J.W. STALIN Ein Feind der Imperialisten - ein Führer der Arbeiterklasse Seite 9

1 H 3752 CX

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 10 vom 6. März 1976 | 10. Jahrgang | 50 Pfennig

Schluss mit der Hetze gegen unsere ausländischen Kollegen

Nachdem die Kapitalisten, ihre Wirtschaftswissenschaftler und ihre Bonner Regierung immer offener zugeben müssen, daß selbst bei einem gewissen wirtschaftlichen Aufschwung mit einer Beseitigung der Massenarbeitslosigkeit nicht zu rechnen ist, wird uns nun der angebliche Sündenbock präsentiert. Die Gastarbeiter sollen verantwortlich sein für das Elend der über 1 Million Arbeitslosen. Die ausländischen Arbeiter nehmen den deutschen Arbeitern die Arbeitsplätze weg — das soll die entscheidende Ursache für die Massenarbeitslosigkeit sein. Und die Lösung des Problems? — Überschrift in der „Bild"-Zeitung vom 28.2.76: „900000 Gastarbeiter sollen gehen".

Warum da eigentlich noch das so angestrengt höfliche Wort „Gastarbeiter"? Warum sagt man nicht gleich „Ausländer raus" wie es einst „Juden raus" geheißen hat? Es ist doch das gleiche Strickmuster, nach dem hier gehetzt wird. Immer, wenn kapitalistische Krisen ausbrechen und Elend unter den werktätigen Massen hervorrufen, fürchten die Kapitalisten, ihre Minister und Schreiberlinge, daß sich die Empörung der werktätigen Massen gegen das kapitalistische Ausbeutersystem, die wirkliche Ursache ihres Elends richtet. Darum erfinden sie einen Buhmann, den sie dann direkt oder indirekt als den „wahren Schuldigen" präsentieren. Bei Hitler waren es die Juden. Jetzt sollen unsere ausländischen Kollegen als Buhmann für das Problem der Massenarbeitslosigkeit herhalten.

Und so kommen jetzt von allen Seiten die Vorschläge, wie man sich eines Teils der ausländischen Kollegen entledigen könnte. Der baden-württembergische Ministerpräsident Filbinger schlägt vor, den arbeitslosen ausländischen Kollegen einen Teil des ihnen zustehenden Arbeitslosengeldes auf einen Schlag in die Hand zu drücken und sie dann abzuschieben. Daß er diesen Kollegen „nur" einen Teil des ihnen zustehenden Arbeitslosengeldes stehlen will, findet Herr Filbinger ausgesprochen human. Was kümmert es Leute wie ihn, daß diese sogenannte Abfindung weitgehend für Rückreise und Umzug draufgeht und diese Kollegen dann samt Frau und Kindern in ihren Heimatländern mittellos und natürlich in der Regel ohne Arbeit auf der Straße liegen.

Die Bundesregierung plant sogar, einen Teil der ausländischen Kollegen noch ‚kostengünstiger' davonzujagen. Hatten die ausländischen Kollegen bislang genau wie die deutschen Arbeiter Anspruch darauf, im Falle von Arbeitslosigkeit bis zu einem Jahr Arbeitslosengeld zu erhalten, falls sie lange genug gearbeitet hatten, so soll zukünftig ihr Anspruch auf Arbeitslosengeld schon erheblich vor Ablauf der Jahresfrist enden. Wenn aber das Arbeitslosengeld für die ausländischen Kollegen früher ausläuft, läuft auch ihre Arbeitserlaubnis entsprechend früher ab und sie können abgeschoben werden — ganz ohne Abfindung.

Alles das soll angeblich im Interesse der deutschen Arbeiter sein. Kann man sagen, daß die ausländischen Kollegen die Chance eines deutschen Arbeitslosen, einen Arbeitsplatz zu kriegen, mindern? — In gewisser Hinsicht läßt sich das natürlich nicht abstreiten. Wenn auf einen angebotenen Arbeitsplatz drei Arbeitslose kommen, ist für den einzelnen Arbeitslosen die Chance, Arbeit zu bekommen, natürlich größer, als wenn auf einen angebotenen Arbeitsplatz 5 Arbeitslose kommen. Dabei ist es aber völlig gleichgültig, ob die zusätzlichen 2 Arbeitslosen Deutsche oder Ausländer sind. Mit der gleichen Berechtigung, mit der man sagen kann, daß die ausländischen Kollegen die Chance der deutschen Arbeitslosen mindern, einen Arbeitsplatz zu finden, könnte man sagen, daß die ledigen Arbeiter die Chance der arbeitslosen Familien-

Fortsetzung auf Seite 2



Lenin und Stalin legten gemeinsam die Fundamente für den ersten sozialistischen Staat der Welt. Nach Lenins Tod setzte Stalin das Werk Lenins fort. Bild: Lenin und Stalin in Gorki, 1922 (s. dazu Artikel auf Seite 9).

Spanien

Hunderttausende im Kampf gegen das Carlos-Regime

Die Gewalt und der Terror des faschistischen Juan-Carlos-Regimes können den ständig zunehmenden Kampf des spanischen Volkes nicht niederhalten. Trotz äußerst brutaler Polizeieinsätze, bei denen mit Knüppeln, Rauchbomben und Gummigeschossen gegen demonstrierende und streikende Männer, Frauen und Kinder vorgegangen wird, wachsen die Kampfaktionen der spanischen Werktätigen gegen die schwere Ausbeutung, Unterdrückung und Gewalt des faschistischen Regimes weiterhin an. Die Städte Spaniens sind von machtvollen Streiks, die zum Teil seit Wochen andauern und von mächtigen Demonstrationen der Arbeiter von verschiedenen Wirtschaftszweigen erfaßt worden.

Das faschistische Regime unter dem Monarchen Carlos sieht sich durch die Kampfaktionen immer mehr bedrängt und es schlägt wild um sich. Verhaftungen, Verurteilungen, Folterungen werden unaufhörlich fortgesetzt. Der Militärstaatsanwalt hat allein in den letzten Tagen schwere Strafen zwischen 15 und 110 Jahren Gefängnis für eine Gruppe Patrioten und Kämpfer der KP Spaniens / Marxisten-Leninisten und der FRAP beantragt. Doch trotz der brutalen Gewalt, trotz des Terrors gelingt es dem faschistischen Regime nicht, die Kampfaktionen gewaltsam niederzuschlagen. Im Gegenteil, die Empörung unter den Volksmassen wächst an und die Welle des Kampfes, die gegen das Regime zurückschlägt, wird immer breiter und mächtiger. Auch die demagogischen Versprechungen und Losungen über künftige „freie Wahlen", über Zulassung bürgerlicher Parteien und verlogene „Demokratisierung" können das Volk in seinem Kampf nicht aufhalten. Denn tagtäglich stellt das Regime durch sein Vorgehen selbst seine faschistische Natur unwiderlegbar unter Beweis.

Angesichts dessen ist es eine offene Unterstützung des faschistischen Regimes, wenn Eugen Loderer, als Chef des reaktionären IGM-Apparates und als Vorsitzender des „Internationalen Metallarbeiterbundes", nach Madrid reist, um dort mit den Faschisten über den Eintritt Spaniens in die EG zu verhandeln. In einem Interview mit dem DGB-Blatt „Welt der Arbeit" beweist Loderer unverhüllt, daß er als Feind des gerechten Kampfes des spanischen Volkes in Madrid verhandelt, der bewußt den Demokratisierungsschwindel der Faschisten unterstützt.

Fortsetzung auf Seite 11

25. Parteitag der "K"PdSU

Nur die Rüstungspläne wurden erfüllt

In Moskau hat der 25. Parteitag der revisionistischen KPdSU begonnen. Fast auf den Tag genau 20 Jahre nachdem Chruschtschow auf dem 20. Parteitag 1956 seine berüchtigte Geheimrede gegen den hervorragenden Marxisten-Leninisten Stalin gehalten hat, wo dem vollständigen Verrat am Marxismus-Leninismus Tor und Tür geöffnet wurde und der Entartung der Sowjetunion zur heutigen aggressiven sozialimperialistischen Supermacht der Weg gebahnt worden ist. Der gegenwärtige Parteitag der Sowjetrevisionisten, wie auch die Parteitage 1964 und 1971, ist nichts anderes als ein Parteitag der russischen Großbourgeoisie, der Neuen Zaren, auf dem — verbrämt mit sozialistischer Phrase — die Richtlinien für die Innen- und Außenpolitik des russischen Sozialimperialismus festgelegt und unter dem lauten Beifallsgeschrei des gesamten revisionistischen Parteiapparats entgegengenommen werden.

Das Hauptthema in Breschnews Rede war, wie es in den letzten Jahren, insbesondere aber seit der Konferenz von Helsinki, den russischen Sozialimperialisten gelungen ist, im internationalen Maßstab die Macht und Herrschaft der Neuen Zaren im Kreml zu erweitern und zu festigen. Immer wieder hob Breschnew hervor, wie sehr sich ihre „Entspannungsoffensive" gelohnt habe. In der Tat ist es den russischen Sozialimperialisten unter dem Deckmantel von „Friedensinitiativen" und „Entspannungskonferenzen" gelungen, ihren imperialistischen Einfluß in der Welt auszuweiten und im Ringen mit dem US-Imperialismus, der anderen Supermacht, um Weltherrschaft an Boden zu gewinnen. **Und wenn Breschnew betont, daß dieser Weg weiter beschritten werden soll, so bedeutet das für alle Völker der Welt und besonders auch für die Völker Europas, daß sie gegenüber dieser aggressiven Supermacht, die bereits ihre Vorbereitungen trifft, um durch eine gewaltsame Neuaufteilung der imperialistischen Weltherrschaft zur Supermacht Nr. 1 aufzusteigen, noch wachsamer sein und ihre Anstrengungen im Kampf gegen sie noch mehr erhöhen müssen.**

Doch daß die russischen Sozialimperialisten trotz aller Demagogie von „Frieden und Sicherheit" sowie trotz aller sozialistischen Phrasen sich im-

Fortsetzung auf Seite 2

AUS DEM INHALT

Schluss mit der Hetze gegen unsere ausländischen Kollegen

Fortsetzung von Seite 1

väter herabsetzen, Arbeit zu finden oder umgekehrt. Die ganze Argumentation läuft doch darauf hinaus, daß die Arbeiter Schuld an der Arbeitslosigkeit sind, weil es eben zu viele Arbeiter gibt.

Vom Standpunkt der Arbeiterklasse sieht die Sache anders aus. **Wie kommt es, daß es in diesem Land, das zu den reichsten und entwickeltsten der Welt gehört, nicht Arbeit und Existenz für alle hier lebenden Arbeiter, egal welcher Nationalität sie sind, gibt?** — So muß man die Frage stellen und das ist die Frage, die die Kapitalisten und ihre Lakaien fürchten wie der Teufel das Weihwasser. Denn auf diese Frage gibt es nur eine Antwort: Weil der Reichtum und die entwickelten Produktionsanlagen dieses Landes nicht im Interesse der Werktätigen eingesetzt werden, sondern ausschließlich für den Profit der Ausbeuter. Die Ware Arbeitskraft ist für die Kapitalisten nur so lange interessant, wie sich Profit aus ihr herauspressen läßt, wenn das nicht mehr oder nicht mehr in einem für die Kapitalisten lohnendem Maß der Fall ist, fliegen die Arbeiter auf die Straße. Und wenn dann ein Teil von ihnen Ausländer sind, dann bietet es sich eben als „elegante" Lösung an, sie außer Landes zu jagen. Nicht die ausländischen Kollegen, die kapitalistische Ausbeuterordnung verweigert uns das Recht auf Arbeit und nimmt uns die Arbeitsplätze weg.

Mit wem verbindet den deutschen Arbeiter mehr Gemeinsames — mit seinem türkischen Kollegen oder mit den Herren Krupp, Quandt, Abs usw.? Die Antwort liegt auf der Hand. **Und wem nützt es, wenn die deutschen Arbeiter, statt gemeinsam mit ihren ausländischen Kollegen gegen Krupp und Konsorten zu kämpfen, in ihren ausländischen Kollegen nicht Klassen- und Kampfgenossen, sondern Feinde sehen? — Die Antwort liegt ebenfalls auf der Hand.**

Nationalismus und Rassismus werden immer von der Bourgeoisie in die Arbeiterklasse getragen, um die Arbeiterklasse zu spalten nach dem Motto „Teile und Herrsche". Und es ist kein Wunder, daß auch der DGB-Apparat sich an dieser chauvinistischen Hetze beteiligt. So erklärte DGB-Bundesvorstandsmitglied Heinz Richter vor kurzem: *„Die Zahl der gegenwärtig in der Bundesrepublik tätigen ausländischen Arbeitnehmer ist um 300000 bis 500000 zu hoch."* Und DGB-Chef Vetter heizte vor einigen Tagen die Hetze gegen unsere ausländischen Kollegen mit einer Erklärung an, in der er die Abschiebung von ausländischen Kollegen forderte, die sich „erkennbar und beweisbar" in der Bundesrepublik politisch betätigen. In Duisburg befinden sich türkische Patrioten und Antifaschisten in Abschiebehaft, denen im Falle ihrer von Vetter geforderten Abschiebung in der Türkei Folter und unter Umständen Tod drohen. In Nürnberg stehen türkische Arbeiter von Dynamit Nobel vor Gericht, weil sie einen sogenannten „wilden Streik" initiiert und sich gegen einen Polizeiangriff zur Wehr gesetzt haben sollen. Auch ihnen droht die von Vetter geforderte Abschiebung und einige ihrer Kollegen sind bereits abgeschoben worden.

Dieser reaktionären Hetze gegen unsere ausländischen Kollegen muß die gemeinsame Solidarität der deutschen und der ausländischen Arbeiter entgegengestellt werden. Wir haben einen gemeinsamen Feind: den Kapitalismus.

Verstärkte Aktionen des isländischen Volkes

Der Kampf um die isländischen Fischereigründe im Nordatlantik hat sich weiter verschärft. Aus Protest gegen die weiter andauernde Anwesenheit von britischen Piratenschiffen in den isländischen Gewässern blockierten Fischer und Schiffsbesitzer mehrere Tage lang mit Bulldozern und Lastwagen fast sämtliche Zugänge zum isländischen NATO-Stützpunkt Keflavik.

Die Empörung der isländischen Werktätigen, vor allem der Fischer, gegen die britischen Imperialisten, die unter dem Schutz von Kriegsschiffen, die isländischen Fischgründe ausplündern, ist in der letzten Zeit immer größer geworden. Denn der Kampf um die Wahrung der 200-Meilen-Zone ist für Islands Werktätige eine Existenzfrage, da die isländische Wirtschaft fast vollständig von der Fischerei abhängig ist. Bereits im Januar fanden in ganz Island Demonstrationen gegen die Raubfischer statt, die Zugänge zu zwei NATO-Radarstationen wurden besetzt.

Auf den Druck der Werktätigen hin, sah sich auch die isländische Regierung gezwungen, schärfere Töne gegenüber den britischen Imperialisten anzuschlagen. Sie brach die diplomatischen Beziehungen ab und lehnte bis jetzt auch den Vorschlag Britanniens ab, NATO-Beobachter in die isländischen Gewässer zu entsenden. Dieser neuerliche Vorschlag Britanniens ist bezeichnend für die Haltung der NATO. Oder würden die britischen Imperialisten etwa einen solchen Vorschlag machen, wenn sie nicht genau wüßten, daß sie damit eine Rückendeckung für ihre Piratenakte gegen isländische Schiffe bekommen? So ist es reiner Hohn, daß die britischen Imperialisten auf die Ablehnung Islands mit der Bemerkung reagiert haben, Island wünsche offenbar nicht, daß sein „rücksichtsloses Verhalten" von „unabhängigen Beobachtern" bezeugt wird. Allein an einem Tag, dem 25.2. wurden drei isländische Schiffe von einer britischen Fregatte und einem einzelnen Kriegsschiff angegriffen und beschädigt.

Die britischen Imperialisten versuchen ihre Aggressionen gegen das isländische Volk mit ihrer angeblichen „Fürsorge" für die englischen Fischer zu rechtfertigen. Wie sieht es damit in Wirklichkeit aus? Der „Worker", das Zentralorgan der KPB/ML, schrieb vor kurzem: „Die Entsendung britischer Kriegsschiffe in isländische Gewässer muß als Aggression gegen das isländische Volk verurteilt werden... Bei dieser Aktion sorgt sich die Regierung nicht um die Interessen der britischen Arbeiterklasse. Die Schiffe werden nicht dorthin gesandt, um die Versorgung Britanniens mit Nahrungsmitteln zu sichern und auch nicht, um den Fischern ihre Beschäftigung zu garantieren. Denn während die Regierung die Navy dorthin sendet, rauben riesige Super-Trawler den Fisch aus unseren eigenen Gewässern, um ihn zu Dünger zu verarbeiten. Die sowjetische Fischereiflotte allein holt sich jeden Tag 15000 t Fisch..."

Nicht die Interessen der isländischen und der britischen Fischer sind also unvereinbar, sondern allein die Interessen der isländischen Fischer und derjenigen Imperialisten, die die isländischen Fischgründe ausrauben. Dazu gehören neben den britischen Imperialisten auch die russischen Sozialimperialisten und die westdeutschen Imperialisten.

Dieser Krieg der Imperialisten gegen das isländische Volk und seine Existenzgrundlagen ist auch bei den anderen europäischen Völkern auf Empörung gestoßen. So ist es in Norwegen auf Initiative der Kommunistischen Arbeiterpartei Norwegens/Marxisten-Leninisten bereits Ende Januar zu Solidaritätsdemonstrationen mit dem Kampf des isländischen Volkes gekommen. Die isländischen Werktätigen werden auch weiter auf breite Unterstützung in ihrem gerechten Kampf rechnen können.

25.Parteitag der "K"PdSU
Nur die Rüstungspläne wurden erfüllt

Fortsetzung von Seite 1

mer mehr ertappt fühlen und ihr blankes Gieren nach imperialistischer Weltherrschaft vor aller Welt entlarvt sehen, das zeigten die wütenden Angriffe Breschnews und seines revisionistischen Gefolges gegen die Volksrepublik China und gegen die wahrhaft marxistisch-leninistische Kommunistische Partei Chinas. Der „Maoismus" sei es, der einen Weltkrieg schüre, um sich daran die Hände zu wärmen. Hier schreit der sich bloßgestellt fühlende Kriegstreiber. Sollen etwa plötzlich diejenigen Kriegstreiber sein, nur weil sie die fieberhafte Aufrüstung und die immer breiteren Kriegsvorbereitungen der beiden Supermächte und insbesondere des russischen Sozialimperialismus entlarven und die Völker warnen, ihrerseits ihre Vorbereitungen zu treffen? Die unverschämten Angriffe gegen die Volksrepublik China, gegen die Kommunistische Partei Chinas wie gegen die gesamte marxistisch-leninistische Weltbewegung, wird die Tatsachen nicht aus der Welt schaffen — im Gegenteil, diese Hetze wird auf den Widerstand Millionen und Abermillionen Menschen stoßen und die Verbrecher erst recht isolieren.

Um sich nicht noch mehr dem Spott der Weltöffentlichkeit auszusetzen, sah Breschnew sich in seinem Bericht gezwungen zuzugeben, daß es während des letzten Fünfjahrplans Niederlagen gegeben hat. Aber auch dies geschah natürlich nur, indem er im übrigen von „beispiellosen Leistungen" und „gewaltigen Erfolgen" sprach. Tatsächlich aber bedeutete das letzte Planjahrfünft einen völligen **Bankrott der sowjetischen Wirtschaft.** Die angegebenen Planziele wurden auf vielen Gebieten nicht erfüllt. Die Versorgung der Bevölkerung ist erbärmlich und hat sich in Bezug auf tägliche Nahrungsmittel, wie z. B. die Brotversorgung, verschlechtert. Wenn man jedoch nicht in die Bäckerläden sieht, sondern in die Arsenale der sowjetischen Kriegsarmee, dann kann man in der Tat von „beispiellosen Leistungen", von beispielloser Aufrüstung sprechen. Denn einzig auf dem Rüstungssektor und den ihm verwandten Industrien wurde das Plansoll erfüllt — wenn nicht übererfüllt. Natürlich sind sich die sowjetischen Revisionisten darüber im klaren, daß die Widersprüche im Innern sich verschärfen, und so machte Breschnew denn auch Versprechungen, daß auf dem Gebiet der Landwirtschaft und der gesamten Konsumgüterindustrie etwas geschehen soll. Doch was? Es soll dort nicht etwa mehr investiert werden, sondern Breschnew forderte, daß die Arbeitsproduktivität erhöht werden soll. Das heißt, daß die Ausbeutung der Werktätigen erhöht, die Arbeitshetze noch mehr gesteigert werden soll. Wahrlich, welch ein „Weg des Volksglücks", wie Breschnew abschließend feststellte! **Sozialfaschistische Unterdrückung, Gefängnisse und Konzentrationslager, mehr Arbeit, kleinere Brote — das ist der Weg, den die sowjetischen Revisionisten für das Volk bereit halten. Es ist die für den aggressiven Imperialismus schon sprichwörtlich gewordene Politik „Kanonen statt Butter".**

Die zunehmenden Schwierigkeiten der sowjetischen Revisionisten, diese Politik als „Politik des Friedens und des Aufbaus des Sozialismus" auszugeben, zeigte sich ganz offensichtlich in dem Krach zwischen den Sowjetrevisionisten und der wachsenden Zahl revisionistischer Parteien verschiedener Länder, die nicht gewillt sind, für die sozialfaschistische Unterdrückung in der Sowjetunion und die aggressive Hegemoniepolitik der Kremlzaren Rückendeckung zu geben. Seit zwei Jahren bereits bemühen sich die Sowjetrevisionisten eine internationale Konferenz mit allen revisionistischen Parteien zustande zu bringen. Doch ihr Wunsch, noch vor dem 25. Parteitag sich so als anerkannter Anführer dieser Bande feiern zu lassen, ging nicht in Erfüllung — bis heute hat man sich noch nicht einmal auf eine gemeinsame Tagesordnung einigen können. Im Gegenteil: Es kam kurz vor dem 25. Parteitag sogar noch zum großen Krach. Die italienischen Revisionisten hatten sich offen gegen den Führungsanspruch der Sowjetrevisionisten gestellt. Die französischen Revisionisten erklärten sogar, daß sie mit den Verhältnissen in der Sowjetunion gar nicht zufrieden seien. Der Vorsitzende der französischen Revisionisten, Marchais, schickte nur einen Stellvertreter nach Moskau. Die japanischen Revisionisten, seit langem im Streit mit den Sowjetrevisionisten, erschienen gleich gar nicht. Und nur wenige Tage vor Beginn des 25. Parteitages verabschiedete das Politbüro der britischen Revisionisten eine Erklärung, in der es betonte, daß die britischen Revisionisten ihren eigenen Weg gehen würden, und in der zugleich Kritik an den sogenannten Irrenanstalten in der Sowjetunion und andere Mißfallensäußerungen über Politik der Sowjetrevisionisten enthalten waren.

Der Grund für das Aufbegehren dieser Revisionisten ist offensichtlich. Die Werktätigen in diesen Ländern durchschauen immer besser die ganze Demagogie der sowjetischen Sozialimperialisten, und der Haß gegen diese aggressive Supermacht wächst. Für die revisionistischen Parteien in diesen Ländern wird damit die Verteidigung all dieser sowjetischen Verbrechen ein immer größerer Ballast bei ihren Versuchen, mit ihren eigenen revisionistischen Parolen unter den Massen breiteren Einfluß zu gewinnen. Gerade in Italien oder in Frankreich, wo die Klassenkämpfe sich immer mehr zuspitzen und die Bourgeoisie immer stärker darauf angewiesen ist, zur Täuschung der Werktätigen die modernen Revisionisten in die Regierungssessel zu hieven, bestehen die revisionistischen Parteien auf ihre Eigenständigkeit, auf ihren eigenen Weg des Verrats, ohne den Vormund in Moskau. Daß diese Parteien dennoch weiterhin mit den Sowjetrevisionisten in Kontakt bleiben, hier und da eine Lobrede halten, widerspricht sich durchaus nicht. Denn eines ist ihnen allen gemeinsam, den Sowjetrevisionisten wie auch den anderen revisionistischen Parteien: Sie alle sind Verräter, Feinde des Marxismus-Leninismus und Feinde der proletarischen Revolution und des Befreiungskampfes der Völker. Trotz aller Beschwörungen der Sowjetrevisionisten auf die gemeinsame Grundlage, die man habe — die Risse werden die Neuen Zaren im Kreml nicht kitten können; im Gegenteil, sie werden sich gesetzmäßig vertiefen. Denn Einheit ist nur auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus möglich. Aus dem Weg des Verrats aber gibt es nur Spaltung und nochmals Spaltung, kapitalistische Konkurrenz.

Kurz berichtet

HAMBURG

In Hamburg erschien jetzt die erste Nummer der Betriebszeitung „Roter Endlauf". Die Zeitung erscheint für die Kollegen von Rheinstahl-Eggers-Kehrhan.



„Roter Endlauf" geht im ersten Artikel auf einen Warnstreik ein, der kürzlich im Werk stattfand und erklärt daran, wie die Fronten bei den Tarifverhandlungen verlaufen.

DITHMARSCHEN

Mitte Februar wurde die Rote Garde Dithmarschen gegründet. Die Rotgardisten spendeten zur Unterstützung des Aufbaus der KPD/ML in der DDR 16,73 DM.

WITTEN

Am 21. 2. fand in Witten eine Veranstaltung zur Gründung der Sektion DDR der KPD/ML statt. Mit den anwesenden Genossen des KBW wurden weitere Diskussionen über grundlegende Fragen der politischen Linie verabredet.

HEIDE

Auf Antrag von zwei Genossen der KPD/ML verabschiedeten alle Anwesenden eines Leserkreises der „Kommunistischen Volkszeitung" des KBW eine Resolution gegen das 14. Strafrechtsänderungsgesetz.

WUPPERTAL

Die Rote Garde Wuppertal nahm die Roter-Morgen-Kampagne zum Anlaß, die Arbeit als Schulzelle an einer Schule aufzunehmen. Es wurden dort als Auftakt Werbeexemplare des Roten Morgen verteilt.

ESSEN

In Essen kam jetzt die erste Nummer der Zeitung der Roten Garde für die Essener Krankenhäuser „Die Rote Spritze" heraus.



Ein Artikel der „Roten Spritze" beschäftigt sich mit den verschiedenen Polizeieinsätzen im Essener Klinikum in der letzten Zeit. In einem anderen Artikel stellt sich die „Rote Garde" den Studenten vor.

BERICHTIGUNG

Im ROTEN MORGEN Nr. 9/76 heißt es fälschlich in dem Artikel „Bundestag beschließt Menschenhandel mit Polen" auf Seite 1: „Gewiß, seit in Polen von der revisionistischen Husak-Clique und der heute herrschenden Gierek-Clique der Sozialismus zerschlagen..." Natürlich nicht Husak und seine Bande, die in der CSSR nach dem Sturz Dubceks an die Regierung und in die Parteispitze gehievt worden ist, sondern Gomulka war es, der als Vorgänger Giereks in Polen den Kapitalismus restaurierte. Richtig heißt der Satz: „Gewiß, seit in Polen von der revisionistischen Gomulka-Clique und der heute herrschenden Gierek-Clique der Sozialismus zerschlagen und der Kapitalismus restauriert worden ist, ..."

Dieser Ausgabe liegt eine Beilage bei.



HERAUSGEBER: ZK DER KPD/ML

Verlag G. Schubert, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb: 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26. Postscheckkonto Dortmund Nr. 417 06—466. Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 393 (Verlag G. Schubert). Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur Gernot Schubert, Bochum. Druck Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich samstags, mit monatlicher Jugendbeilage „Die Rote Garde". Einzelpreis: 50 Pfennig. Abonnement: 30,-DM für 1 Jahr, 15,--DM für 1/2 Jahr. Die jeweilige Abonnementsgebühr ist im voraus auf eines unserer o. a. Konten zu überweisen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um die entsprechende Laufzeit, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Ausgenommen davon sind Geschenkabonnements.

Zeri i Popullit

Ein Sieg der Marxisten-Leninisten und revolutionären Kräfte Deutschlands

Am 24. Februar wurde in der albanischen Presse die Gründungserklärung der Sektion DDR der Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten veröffentlicht. Wir drucken im folgenden einen Artikel des Zentralorgans der Partei der Arbeit Albaniens „Zeri i Popullit" in einer von Radio Tirana gesendeten Zusammenfassung ab.

Diese Gründung ist ein bedeutendes Ereignis, ein Sieg der deutschen Arbeiterklasse in ihrem Kampf für die sozialistische Revolution. Gleichzeitig ist sie auch ein Sieg aller marxistisch-leninistischen und revolutionären Kräfte für die Sache der Revolution und des Sozialismus gegen den modernen Revisionismus, gegen den Imperialismus und die Reaktion.

Die Gründungserklärung der Sektion DDR der KPD/ML, schreibt „Zeri i Popullit", analysiert marxistisch-leninistisch die in der DDR entstandene schwere Lage, entlarvt und brandmarkt entschlossen den Verrat der deutschen Revisionistenchefs Ulbricht und Honecker sowie ihre Moskauer Oberherren Chruschtschow, Breschnew und Konsorten. Der Verlauf der Ereignisse zeigt, wie es in der Erklärung heißt, daß die SED schon lange zu einer bürgerlichen sozialfaschistischen Parteientartet ist, daß sowohl in der Sowjetunion und den anderen Ländern, wo die revisionistischen Renegatencliquen herrschen, also auch in der DDR, die sozialistischen Errungenschaften liquidiert sind, der Kapitalismus wiederhergestellt ist und die faschistische Diktatur der revisionistischen neuen Bourgeoisie herrscht. Auf den Schultern der Werktätigen der DDR lastet eine doppelte Unterdrückung: durch die revisionistische Bourgeoisie des Landes und durch ihre Oberherren, die Moskauer Sozialimperialisten, die diese Länder durch den aggressiven Warschauer Pakt und den RGW in Vasallen verwandelt haben, sie in vollständige politische, wirtschaftliche und militärische Abhängigkeit gebracht haben und durch Drohungen zwingen, die Befehle Moskaus bis ins Einzelne auszuführen. Zu Recht betont die Erklärung, daß die deutsche Frage nur vom deutschen Volk gelöst werden kann und daß der Weg zu seiner nationalen Einheit über den entschlossenen Kampf gegen die beiden imperialistischen Supermächte, über die Vertreibung aller Besatzungsmächte vom deutschen Boden und den revolutionären Sturz ihrer Lakaien und Bündnispartner in Ost- und Westdeutschland führt. Erst die sozialistische Revolution in beiden deutschen Staaten, heißt es in der Erklärung, schafft die Bedingungen für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland.

Unter den heutigen Bedingungen, da die Sowjetunion zu einem kapitalistischen Staat und einer imperialistischen Macht geworden ist und eine Hegemonie- und Aggressionspolitik betreibt, werden auch die katastrophalen Folgen ihrer Herrschaft über die Länder, in denen die revisionistischen Renegatencliquen an der Macht sind, immer offensichtlicher. Unter diesen Umständen steht die Arbeiterklasse dieser Länder heute, wie die Partei der Arbeit Albaniens betont hat, vor der historischen Notwendigkeit, wieder das Schlachtfeld zu betreten und den entschlossenen Kampf aufzunehmen, um die Verrätercliquen zu stürzen und hinwegzufegen, erneut die proletarische Revolution durchzuführen und die Diktatur des Proletariats wiederherzustellen. Das verlangt Mut und Opfer. Verlangt in erster Linie und vor allem, daß sich die wirklichen Revolutionäre in neuen, marxistisch-leninistischen Parteien organisieren, die das Proletariat und die übrigen werktätigen Massen mobilisieren und den allgemeinen Aufstand organisieren und zum Sieg führen müssen. Ein neues Beispiel in dieser Hinsicht ist die Gründung der Sektion DDR der KPD/ML.

Bestimmt werden sich auch in der Sowjetunion, in der Tschechoslowakei, in Bulgarien, der Mongolei und anderswo, wo die Revisionisten herrschen, die Arbeiterklasse, die übrigen werktätigen Massen und wirklich revolutionären Kräfte erheben, wie es in Ostdeutschland geschah, um ihre marxistisch-leninistischen Parteien zu gründen.

Die Gründung der Sektion DDR der KPD/ML zeugt davon, daß im Kampf für die große Sache der Revolution und des Sozialismus die Reihen der marxistisch-leninistischen Kräfte wachsen und erstarken. Im politischen Kampf und in konkreten Aktionen gegen die Bourgeoisie, gegen den Imperialismus, Revisionismus und die Reaktion stählen, organisieren und bewähren sich die neuen marxistisch-leninistischen Bewegungen und Parteien täglich mehr als die revolutionäre Kraft im Leben ihres Landes. Das macht die Bourgeoisie und ihre Agenten, besonders die Chruschtschow-Revisionisten, rasend, die sich mit ihren Predigten vom „friedlichen Übergang zum Sozialismus" und mit ihrer Verrätertätigkeit an die Sozialdemokratie anpaßten und mit ihr zu einer einzigen konterrevolutionären Strömung im Dienst der Bourgoisie wurden.

Die albanischen Kommunisten, unsere Arbeiterklasse und unser ganzes Volk, schließt „Zeri i Popullit", freuen sich aus ganzem Herzen über die Gründung der Sektion DDR der KPD/ML und begrüßen sie flammend. Die Partei der Arbeit Albaniens, hat Genosse Enver Hoxha betont, wird die marxistisch-leninistische Bewegung, alle, die gegen Imperialismus und Revisionismus für den Sieg der Revolution und des Sozialismus kämpfen, mit all ihren Kräften und Möglichkeiten unterstützen. Das sozialistische Albanien entbietet den deutschen Marxisten-Leninisten und allen Revolutionären zur Gründung der Sektion DDR der KPD/ML revolutionäre Grüße und wünscht ihnen neue Siege in der sozialistischen Revolution zu erringen.



DORTMUND, 7. März, 15.00 Uhr, Westfalenhalle, Halle 3. Es spricht: Genosse Ernst Aust, Vorsitzender der KPD/ML.

"Grassierende Bereicherungssucht"

Die Dresdner „Sächsische Zeitung" hat unter den Werktätigen der DDR „grassierende Bereicherungssucht" entdeckt. Das FdJ-Organ „Forum" wettert gegen die „Sachanbeter", gegen das „übersteigerte Besitzstreben", das sich in Fiat Polski, Wohnhaus und Farbfernseher ausdrücken soll.

„Bereicherungssucht", „übersteigertes Besitzstreben" — das gibt es in der DDR zweifellos. Aber um das nachzuweisen, braucht man wahrhaftig nicht einen Fiat Polski oder einen Fernsehapparat anzuführen, für den ein Arbeiter schwer geschuftet hat. Ist es nicht einfacher und näherliegender, über die „Bereicherungssucht" von Honecker und Konsorten, der hohen Partei- und Staatsfunktionäre und der anderen Teile der neuen Bourgeoisie zu sprechen? Diese Herrschaften brauchen allerdings nicht jahrelang auf ein Auto sparen, und sie brauchen sten in Kauf zu nehmen. Ihnen stehen jederzeit mehrere Luxuslimousinen samt Chauffeur zur Verfügung. Ihr Luxusleben aber beruht auf der Ausbeutung und Ausplünderung der Werktätigen. Durch die „leistungsorientierte Lohnpolitik" verschärfen die SED-Revisionisten diese Ausbeutung der Arbeiterklasse immer mehr. Außerdem gibt es noch vielfältige andere Formen der Ausplünderung der Werktätigen, die zum Teil sogar gegen die Gesetze der DDR verstoßen. So mußte die „Märkische Volksstimme" jetzt zugeben, daß im Bezirk Potsdam 30% der Einzelhandelsbetriebe ihre Waren zu Preisen verkaufen, die über den offiziell staatlich festgesetzten Preisen liegen. Wer aber bestimmte Mangelwaren kaufen will, muß, zusätzlich zu dem überhöhten Preis, noch einen größeren Schein als Bestechungsgeld hinblättern, damit er bei der Zuteilung überhaupt berücksichtigt wird. Die Leipziger Zeitung „Die Union" berichtet, daß auch bei Industrieinvestitionen durch Preismanipulationen in die eigene Tasche gewirtschaftet wird.

Über die „Bereicherungssucht" der neuen Bourgeoisie der DDR ließe sich noch viel mehr berichten. Durch die erneute sozialistische Revolution und die Wiedererrichtung der Diktatur des Proletariats werden die Werktätigen der DDR dieses „übersteigerte Besitzstreben" mit Stumpf und Stil ausrotten.

Weshalb gibt es in der SU Arbeitslosigkeit?

Die Vertiefung der Wirtschaftskrise in der Sowjetunion geht in beschleunigtem Tempo vor sich. Eine Erscheinung dieser bitteren Realität ist auch die Arbeitslosigkeit, die für Millionen sowjetischer Familien zu einem großen Problem geworden ist.

Über 6 Millionen arbeitsfähiger Bürger bilden in der Sowjetunion das ständige Arbeitslosenheer, das damit zu den größten auf der Welt gehört. Die Frage der Arbeitslosigkeit kann in der Sowjetunion nicht mehr vertuscht werden. Selbst die sowjetische Presse, die streng zensiert wird, um die großen Mißstände in der heutigen Sowjetunion zu verheimlichen, ist gezwungen, einzugestehen, daß es das Problem der Arbeitslosigkeit in der Sowjetunion gibt. So schrieb die Zeitung „Prawda", daß überschüssige Arbeitskräfte existieren und daß es ein Problem geworden ist, eine Beschäftigung zu finden.

Spendet für den Aufbau der Sektion DDR der KPD/ML
Vorstand der KPD/ML
— Spendenkonto —
Stadtsparkasse Dortmund
Kto-Nr.: 321 004 547
Stichwort: KPD/ML Sektion DDR

So weit ist es gekommen, weil der sowjetische Staat sich nicht um die Erschließung neuer Arbeitszweige, um die Errichtung neuer Betriebe oder Abteilungen kümmert. Jedes Jahr stellen viele Betriebe die Arbeit ein, weil notwendige Investitionen und Erweiterungen nicht vorgenommen werden können, was natürlich zur Erhöhung der Arbeitslosenzahl führt.

Besonders in den nichtrussischen Republiken ist die Arbeitslosigkeit zu einer ernsten Frage geworden. Von Jahr zu Jahr hat sich die Arbeitslosenzahl erhöht. In Armenien z.B. erhöhte sich die Zahl der arbeitsfähigen Bevölkerung in der dreijährigen Periode von 1971-1973 wesentlich schneller als die Zahl der Arbeitsplätze. So betrug der Überschuß an Arbeitskräften jährlich 20000 Menschen. Die Presse Aserbeidschans muß Schwierigkeiten bei der Beschäftigung von Schulabgängern melden. In der Republik Kirgisien fehlen feste Arbeitsplätze für die Einwohner der Steinkohlenreviere. In Asserbeidschan gab es allein in einem Jahr 50000 Arbeitslose.

Offiziellen sowjetischen Statistiken zufolge verlassen jährlich rund 10% der Frauen ihren Arbeitsplatz, wegen der Ausbeutung und Unterdrückung durch die revisionistische neue Bourgeoisie. Über 200000 Arbeiter wurden allein in der sowjetischen Erdölindustrie durch die Einführung neuer kapitalistischer Methoden der Arbeitshetze auf die Straße gesetzt. Im Zellulose-Kombinat in Solimansk wurden 1974 innerhalb von 9 Monaten 1300 Arbeiter entlassen.

Die Arbeitslosigkeit in der Sowjetunion tritt in offenen und versteckten Formen auf. Zur versteckten Form der Arbeitslosigkeit gehört die Kürzung von Arbeitsstunden, das Ausfallen von Schichten und andere Manöver, die letztlich darauf abzielen, das Recht der Werktätigen auf Arbeit zu untergraben. Eine besondere Form der versteckten Arbeitslosigkeit ist die steigende Zahl der sogenannten Wanderarbeiter. Diese Arbeiter finden jeweils nur für eine kurze Zeit Arbeit und müssen dann wieder einen anderen Arbeitsplatz suchen. So sind sie einen großen Teil des Jahres in Wirklichkeit arbeitslos. 20% der sowjetischen Industriearbeiter und 30% der Bauarbeiter sind Wanderarbeiter. In Georgien machen die Wanderarbeiter sogar 25% und in der autonomen Republik Kasachstan sogar 50% der Arbeiter aus. Die Existenz dieser großen Zahl von Arbeitern, die ständig gezwungen sind, einen neuen Arbeitsplatz zu suchen und keinen Stammarbeitsplatz finden, ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß die Betriebsleiter praktisch uneingeschränkt das Recht haben, Arbeiter zu entlassen.

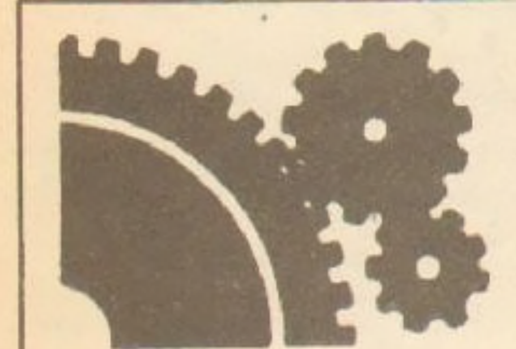
Besonders von der Arbeitslosigkeit betroffen sind Jugendliche und Landarbeiter. Rund 20% der Arbeitslosen der Sowjetunion sind Jugendliche. Darunter eine große Zahl von Jugendlichen, die die höhere Schule oder sogar die Universität besucht haben. Besonders schwer ist es für die Lohnabhängigen auf dem Lande, eine Arbeit zu finden. Die Landarbeiter erhalten nur ein Viertel des Industriearbeiterlohns. Zudem gibt es auf dem Land kaum freie Arbeitsplätze. So ist eine wachsende Zahl von Landarbeitern gezwungen, in die Städte zu ziehen, wo sie das Heer der Arbeitslosen noch vergrößern.

Diese Tatsachen zeigen, daß die Arbeitslosigkeit, die eine chronische Krankheit des bürgerlichen Systems ist, zum Begleiter der kapitalistischen Wirtschaft der Sowjetunion geworden ist. **Doch unabhängig von all diesen Tatsachen, die die heutige kapitalistische Realität in der Sowjetunion voll entlarven, versuchen die Sowjetrevisionisten, die Arbeitslosigkeit zu rechtfertigen und sie als „natürliche" Erscheinung hinzustellen.** So schreibt die sowjetische Zeitschrift „Vaskovsni Ekonomitschi" beispielsweise: „Diejenigen, die behaupten, im Sozialismus dürfe über Vollbeschäftigung nicht diskutiert werden, sind im Unrecht." Anders ausgedrückt: nach Ansicht der Sowjetrevisionisten darf die Frage der Vollbeschäftigung also auch im Sozialismus keine „heilige Kuh" sein, muß es als „normal" hingenommen werden, daß es auch im Sozialismus Arbeitslosigkeit gibt. Das ist eine Bankrotterklärung der Sowjetrevisionisten. Was soll das für ein Sozialismus sein, in dem nicht einmal die schlimmsten Plagen der kapitalistischen Ausbeuterordnung beseitigt sind? Allerdings ist die Vollbeschäftigung in dem sozialistischen China oder in Albanien kein Diskussionspunkt. Dort kann es keine Diskussion darüber geben, ob jeder ein Recht auf Arbeit hat oder nicht. Und auch in der Sowjetunion gab es, solange dort der Sozialismus aufgebaut wurde, keine Arbeitslosigkeit. Wenn es heute wieder Millionen Arbeitslose in der Sowjetunion gibt, dann ist das kein Beweis dafür, daß Sozialismus und Arbeitslosigkeit miteinander vereinbar sind, wie es die Sowjetrevisionisten gerne drehen möchten, sondern beweist lediglich, daß in der Sowjetunion der Kapitalismus wieder vollständig restauriert worden ist.

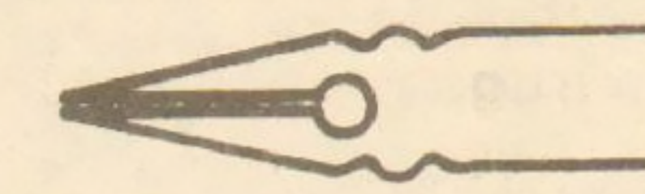
Die Zunahme der Arbeitslosigkeit hat auch in der Sowjetunion die Widersprüche zwischen Kapital und Arbeit äußerst zugespitzt und wird sie weiterhin zuspitzen. Die sowjetischen Arbeiter lehnen sich gegen die Ausbeutung durch die revisionistische Bourgeoisie auf und haben sich zu Streiks erhoben, die von dem Polizeiapparat der Sowjetrevisionisten brutal unterdrückt werden. **Aber die werktätigen Massen werden sich, wie Genosse Enver Hoxha gesagt hat, „mit Sicherheit erheben, um ihre Lebensinteressen zu verteidigen und diese Situation der Krise in eine für die Sache der Revolution günstige Situation verwandeln." Die sowjetische Arbeiterklasse erkennt immer klarer, daß die Ursache all dieser Übel das kapitalistische System ist. Nur durch die erneute sozialistische Revolution und die Wiedererrichtung der Diktatur des Proletariats können die sowjetischen Werktätigen diesem Übel ein Ende setzen und die wahre Ursache für die Arbeitslosigkeit beseitigen.**

(nach einer Sendung von Radio Tirana)

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT



Arbeiterkorrespondenzen



Adresse der Redaktion des ROTEN MORGEN:
46 Dortmund 30, Wellinghofer Straße 103, Postfach 30 05 26

„Krankfeier-Kontrollen" bei der ATH

Kürzlich erzählten Kollegen davon, daß einige von ihnen zum Personalbüro vorgeladen wurden, um Rechenschaft über ihre Krankfeierzeiten abzulegen. Mit einem Kollegen habe ich gesprochen, er hat mir erzählt, wie das ablief:

„Von meinem Vorgesetzten bekam ich einen Zettel, auf dem stand, daß ich im Personalbüro erscheinen soll. Ich erfuhr nicht, warum und um was es ging. Als ich dort ankam, waren Vertreter des Personalbüros anwesend, Vertreter meiner Betriebsleitung (der Abteilung, in der ich arbeite), ein Werksarzt und zwei Betriebsräte. Als erstes wurde ich gefragt: ‚Wissen Sie, warum Sie hier sind?' ‚Keine Angst, niemand will Ihnen den Kopf abreißen!' — ‚Wir führen eine Untersuchung zu den Krankfeierzeiten durch. Sie hat reinen Informationscharakter. Wir haben unter anderem Sie ausgewählt, weil Sie recht oft einen Krankenschein haben. Können Sie mal sagen, welche Beschwerden Sie hauptsächlich haben?' Erst später habe ich erfahren, daß ich darüber keine Auskunft zu geben brauche, denn offiziell darf die Werksleitung nicht mal bei der Krankenkasse Informationen über Krankheiten einholen. Daher sagte ich, daß ich oft wegen Schmerzen am Lendenwirbel und wegen Blutdruck- und Kreislaufbeschwerden krankfeiern muß. ‚Worauf führen Sie das zurück?' Ich beschrieb, wie wir in unserer Abteilung schwere ‚Klamotten' tragen müssen und wie körperlich hart überhaupt die Arbeit ist. Außerdem, daß wir oft abwechselnd bei Hitze (Temperaturen bis an die 100 Grad bei Reparaturen in Heißbetrieben, an Tieföfen usw.) und Staub (Sinteranlage) arbeiten müssen und daß daher mein Kreislauf nicht in Ordnung ist. Jetzt schaltete sich der Werksarzt ein: ‚Ich muß Sie da auf eine Tatsache aufmerksam machen. Es ist wissenschaftlich erwiesen, daß Gesundheitsschäden dieser Art in den modernen Industriebetrieben der westlichen Länder ausgeschlossen sind. Rückenschmerzen und Kreislaufschwäche kommen ja gerade von der Trägheit unserer heutigen Wohlstandsgesellschaft, wo die Menschen nicht wissen, was sie mit ihrer Freizeit anfangen sollen. Wahrscheinlich sitzen Sie zu Hause zuviel ohne Bewegung herum! Treiben Sie eigentlich Sport?' Ich bin im Handballverein und sagte, daß ich einmal in der Woche 3 Stunden trainiere. ‚Sehen Sie, das ist natürlich zu wenig! Wenn Sie hier auf der Hütte arbeiten, müssen Sie wenigstens dreimal in der Woche ein paar Stunden Sport treiben.' Ich sagte, wenn ich von der Arbeit nach Hause komme, bin ich kaputt und kann soviel nicht mehr unternehmen. Werksarzt: ‚Sehen Sie, das ist nur eine gesunde Müdigkeit, wenn man fleißig gearbeitet hat.' Ich sagte, die Arbeit ist oft eine einzige Hetze. Darauf ein Vertreter meiner Betriebs (Abteilungs-)leitung: ‚Also davon kann nun wirklich nicht die Rede sein, der Schlosserberuf ist schließlich heute keine Schwerarbeit mehr. Überlegen Sie mal, welche Werkzeuge und Maschinen Sie heute bereits haben! Früher mußte das alles mit den Händen gemacht werden!' Ich sagte noch, daß das doch wohl nicht hinhaut mit der ‚gesunden Müdigkeit' und daß es ‚keine Arbeitshetze' gibt. Mir wurde noch gesagt, daß ich mich mit Beschwerden o. ä. jederzeit an meine Vorgesetzten wenden könne, falls ich meinte, mich durch einen Fall von Arbeitshetze benachteiligt zu fühlen. — Die Betriebsräte saßen die ganze Zeit herum und ‚unterstützten' mich durch Bemerkungen wie: „Ja, ja, die Arbeit ist natürlich nicht immer leicht, das muß man schon berücksichtigen."

Ich meine, daß die Befragungen reine Einschüchterung sein sollen, weil die Kollegen Angst haben, ihren Arbeitsplatz zu verlieren. Es nehmen auch immer weniger Kollegen Krankenscheine, auch wenn sie sie brauchen."

Sympathisant bei der ATH-Duisburg

IGM-Apparat — Angst vor der KPD/ML, mit der D„K"P auf gutem Fuß

In unserer Abteilung wurden letzte Woche die Vertrauensleute gewählt. Die Kollegen wurden bei Schichtwechsel ins Betriebsratsbüro gerufen. Dort warteten schon die Obleute und ein bekannter IGM-Bonze. Diese Leute machten zunächst kräftig Propaganda für die IGM und fanden viele schöne Sprüche, wie gut doch die Kollegen mit Vertrauensleuten von der IGM dran wären.

Als es an die Wahl ging, betonten sie, daß eben nur solche Kollegen gewählt werden können, die mindestens ein Jahr IGM-Mitglied sind und vor allem den satzungsgemäßen Beitrag zahlen. Im gleichen Atemzug fügten sie in Anspielung auf mich hinzu, daß kein Kollege, der mit der KPD/ML zu tun habe, etwas in der IGM zu suchen habe, geschweige denn Vertrauensmann werden könne. Das gelte natürlich nicht für die D„K"P. D„K"P-Leute dürfen natürlich Mitglied sein und auch V-Mann werden. Aber so leicht kamen sie nicht damit durch. Drei Kollegen erhoben gegen diese Gesinnungsschnüffelei Einspruch. Einer sagte: „Wie denn, Ihr wollt hier eine Wahl machen und schließt schon Kollegen gleich davon aus."

Leider gelang es den Gewerkschaftsbonzen, mit ihren Hetztiraden gegen die KPD/ML die Kollegen zu verwirren und sie zu überrumpeln, so daß der bisherige linientreue Vertrauensmann wiedergewählt wurde. Andererseits hat die Wahl auch ihr Gutes gehabt. Denn noch nie haben die Gewerkschaftsbonzen bei uns so deutlich herausgestellt, daß sie ganz rigorosen Gesinnungsterror gegen Kollegen mit revolutionärer Gesinnung ausüben. So manchem Kollegen wird klargeworden sein, daß die IGM-Bonzen vor der KPD/ML Angst haben, aber mit der D„K"P auf gutem Fuß stehen.

Die Wahl ist auch eine gute Gelegenheit, den Kollegen zu erklären, daß die modernen Revisionisten der D„K"P sich nur „kommunistisch" tarnen, daß sie aber in Wahrheit genauso wie die IGM-Bonzen die Todfeinde des Kommunismus sind.

Eine Großzügigkeit von Klöckner?

Schmelzer am Hochofen ruinieren zwar ihre Gesundheit, werden aber trotzdem miserabel bezahlt (Lohngruppe 4). Weil dafür kaum ein Kollege zu kriegen ist, stellt Klöckner in Bremen seit über einem Jahr neue Kollegen nicht als Schmelzer, sondern als „Anlerner-Hochofen" ein und bezahlt Lohngruppe 6. Für diese „Großzügigkeit" kommt aber nicht Klöckner auf, sondern das Arbeitsamt, weil eine Einstellung als „Anlerner" als Umschulung gilt und mit entsprechenden Zuschüssen vom Staat bedacht wird.

Als im letzten Herbst wieder ein Schub neuer Kollegen kam, sprach es sich schnell herum, daß sie für Lohngruppe 6 eingestellt waren. Die Kollegen, die schon 5 und mehr Jahre am Hochofen für Lohngruppe 4 arbeiten, waren empört. Für den Betriebsrat Holtorp (D„K"P) war es eine schwere Schicht. Er lief bei den Kollegen herum, dann ins Betriebsratsbüro um sich mit den Ingenieuren zu beraten, dann wieder zum Ofen usw. Später sagte er im Betriebsratsbüro: „Ich glaube, ich habe einen wilden Streik verhindert."

Ein Genosse aus Bremen

Vertrauensleutewahlen

"Dann wird sie eben ausgeschlossen"

Gegenwärtig finden in den Betrieben der Metallindustrie — der ROTE MORGEN berichtete bereits mehrfach darüber — Vertrauensleutewahlen statt. Der IG Metall-Apparat versucht, in den Abteilungen Leute seines Vertrauens durchzusetzen. Nach Ansicht der IGM-Bonzen dürfen nur solche Arbeiter Vertrauensleute werden, von denen zu erwarten ist, daß sie als willfährige Sprachrohre und Handlanger des Gewerkschaftsapparats fungieren werden. Unsere Partei hat dagegen folgende Losungen für die Vertrauensleutewahlen aufgestellt: „Kämpft für revolutionäre Vertrauensleute! Nieder mit dem reaktionären DGB-Apparat! Unterstützt den Aufbau der revolutionären Gewerkschaftsopposition (RGO)!

Überall da, wo revolutionäre und klassenkämpferische Kollegen für die Vertrauensleutewahlen kandidieren, versucht der Gewerkschaftsapparat, falls er davon Wind bekommt, durch Einschüchterungsversuche, Gewerkschaftsausschlußandrohungen und Manipulationen eine freie Wahl durch die Kollegen zu verhindern. Im folgenden werden zwei Fälle geschildert, wo der Kampf sich scharf zugespitzt hat. Sie zeigen beide, daß die Propaganda des DGB-Apparates, die Vertrauensleutewahlen seien ein Beweis für die „innergewerkschaftliche Demokratie" in Wirklichkeit nur demagogische Heuchelei ist. Gerade die Vertrauensleutewahlen zeigen, daß der Gewerkschaftsapparat selbst einfachste demokratische Regeln mit Füßen tritt, wenn er um seine Macht und seinen Einfluß fürchtet.

Hoesch (Phoenix)

Am 28. 2. erhielt die Kranführerin Hella S. ein Einschreiben der Ortsverwaltung Dortmund der IGM. Darin wird ihr ein Gewerkschaftsausschlußverfahren angedroht, falls sie nicht eine beigefügte Erklärung unterschreibt, in der sie sich von der KPD/ML und einem Extrablatt der „Stählernen Faust" (Betriebszeitung der KPD/ML für die Hoesch-Betriebe) distanziert. Die im Betrieb als Kommunistin bekannte Kollegin kandidiert als Vertrauensfrau.

Die Initiative, Hella als Kandidatin aufzustellen, ging von einer Kollegin aus. Sie ging zum Betriebsrat Langenbach, um Hella als Kandidatin vorzuschlagen. Langenbach wollte sie gleich abwimmeln, indem er erklärte, eine Kandidatur Hellas würde nicht zugelassen, er würde im Vertrauensleutekörper darüber abstimmen lassen, ob Hella kandidieren dürfe oder nicht.

Als die Kollegin sich nicht einschüchtern ließ, sondern erklärte, er könne das nicht machen, kündigte Langenbach unverfroren an, dann würde Hella eben ausgeschlossen. Daraufhin erschien ein Extrablatt der „Stählernen Faust", in dem die Versuche des IGM-Apparats, Hellas Kandidatur zu verhindern, entlarvt und die Kolleginnen aufgefordert wurden, dafür zu kämpfen, daß Hella Vertrauensfrau wird. Gegen Hella kandidierte die bisherige Vertrauensfrau, die vom Gewerkschaftsapparat unterstützt wird. Einzeln wurde versucht, die Kolleginnen unter Druck zu setzen und einzuschüchtern. Die Wahl ging unentschieden aus. Zunächst hieß es seitens des Wahlausschusses, es müsse so schnell wie möglich eine Stichwahl stattfinden. Aber genau das wurde dann vom IGM-Apparat und seinen reaktionären Betriebsräten systematisch hinausgezögert, obwohl seitens der Kolleginnen die sofortige Durchführung der Wahl gefordert worden war. 2 Wochen nach der 1. Wahl wurde Hella ins Betriebsratsbüro gerufen. Dort erwarteten sie u. a. Hellermeyer von der IGM-Ortsverwaltung und Betriebsrat Langenbach. Hellermeyer erklärte, wegen des Extrablatts, der „Stählernen Faust", sei ein Anhörungsverfahren gegen Hella eingeleitet worden. Darum könne sie auch nicht Vertrauensfrau werden. Die Durchführung der Stichwahl sei damit nicht mehr notwendig, weil Hellas Gegenkandidatin als nunmehr einzige Kandidatin automatisch gewählt sei.

Dieser Versuch des IGM-Apparates, eine Wahl der Vertrauensfrau durch die Kolleginnen zu verhindern, hat unter den Kolleginnen und Kollegen Empörung ausgelöst. Zur Zeit läuft eine Unterschriftenaktion, in der die Zurücknahme der Ausschlußdrohung gegen Hella S. und die Durchführung der Wahl gefordert wird.

Thyssen (Hamborn)

Bei Thyssen in Hamborn besteht eine Sonderregelung, nach der **betriebliche** Vertrauensleute gewählt werden. Die Vertrauensleute müssen also nicht Mitglieder der IG Metall sein und werden auch von allen Kollegen, nicht nur von IGM-Mitgliedern gewählt. Die Kollegen der Schicht 586 konnten so den als Kommunisten bekannten Kollegen Fritz R. als einzigen Kandidaten aufstellen. Vor zwei Jahren war Fritz auf Antrag des VLK-Vorsitzenden Rakowski aus der IG Metall wegen Mitgliedschaft in der KPD/ML ausgeschlossen worden. Der Wahlvorschlag der Schicht 586 war, wie auch die Wahlvorschläge anderer Schichten, von einem Vertrauensmann des Reparatur-Betriebes entgegengenommen und schriftlich festgehalten worden. Als aber am 18. Februar die Kandidaten für die Vertrauensleutewahlen durch Aushang bekanntgegeben wurden, hatte der IGM-Vertrauensleutevorstand den Genossen Fritz R. als Kandidaten einfach gestrichen. Stattdessen erschien auf der Liste der Name eines anderen Kollegen, der nach eigenen Worten gar nichts von dieser Kandidatur wußte. Der Wahlvorschlag der Schicht 586 soll ungültig gewesen sein, weil Wahlvorschläge nur telefonisch oder durch persönliches Erscheinen beim Wahlausschuß gemacht werden könnten. In Wirklichkeit wurden die Wahlvorschläge der anderen Schichten als gültig anerkannt und nur die Kandidatur von Fritz R. abgelehnt.

Unter der Überschrift *„IGM-Apparat betreibt offenen Wahlbetrug!"* entlarvte der „Rote Greifer" (Betriebszeitung der KPD/ML bei Thyssen) dieses Manöver des IGM-Apparates zur Verhinderung der Wahl des Kommunisten Fritz R. zum Vertrauensmann. Dieses Flugblatt hat im ganzen Betrieb heftige Diskussionen ausgelöst. Viele Kollegen, besonders natürlich in der Schicht von Fritz R., sind empört. Der Kollege, der von der VLK-Leitung als einziger Kandidat genannt worden ist, hat erklärt, daß er nicht kandidiert, wenn Fritz R. nicht auch kandidieren kann. Unter den Kollegen wurde mit einer Unterschriftensammlung begonnen, in der die Kollegen noch einmal erklären, daß Fritz R. von der Mehrheit der Kollegen als einziger Kandidat vorgeschlagen wurde.

Recklinghausen:

Erneuter Lohnraub bei Hella

Als die Arbeiterinnen bei Hella in Recklinghausen jetzt ihre Lohnabrechnung bekamen, fehlten dort 14 Pfennig. 1973 hatten sich die Arbeiterinnen bei Hella in Lippstadt eine Leistungszulage von 29 Pfg erkämpft. Im Januar 75 zog das Hella-Kapital erstmals 10 Pfg ab. Mit dem erneuten Abzug von 14 Pfg wurde den Arbeitern fast die gesamte Leistungszulage wieder geraubt.

Der Betriebsrat und einige IGM-Vertrauensleute haben von diesem Plan gewußt und nur auf einen günstigen Moment gewartet. Den glaubten sie jetzt, kurz vor den Lohnverhandlungen, gekommen. Aber sie haben sich geirrt. Bereits am gleichen Tag, als sie von dem erneuten Lohnraub erfuhren, zogen 15 Frauen zum Betriebsrat — die Empörung ist groß.

HDW - Kiel

Polizei gegen Roten Betriebsrat

Kurz nach den Betriebratswahlen im letzten Jahr war einer, der bei HDW in Kiel gewählten Roten Betriebsräte, der Kommunist Bernd Woitalla, auf Betreiben des reaktionären Betriebsrats fristlos entlassen worden. Die Partei nahm den Kampf dagegen auf. Bernd ging vors Arbeitsgericht und gewann in erster und zweiter Instanz, weil selbst das Arbeitsgericht die Kündigungsgründe der HDW-Kapitalisten nicht mit den bestehenden Gesetzen in Einklang bringen konnte.

Aber ein gewonnener Arbeitsgerichtsprozeß bedeutet noch lange nicht, daß man auch in der Wirklichkeit gewonnen hat: Der Rote Betriebsrat darf weder in den Betrieb noch seine Arbeit als Betriebsrat aufnehmen. Bernd ging aber trotzdem in den Betrieb. Die Kollegen fanden es gut, daß er den Kampf weiterführte. Sie haben ihn und drei andere Rote Betriebsräte gewählt und wollen sie auch behalten. Völlig entgegengesetzt war die Haltung des Betriebsrats. Als Bernd in das Betriebsratsbüro ging, um an der gerade stattfindenden Betriebsratssitzung teilzunehmen, forderte ihn Betriebsratsvorsitzender Böhm auf zu gehen und drohte ihm sogar mit Prügel. Als der Rote Betriebsrat trotzdem nicht ging, holte er erst den Werkschutz und dann die Polizei. Werkschutz und Polizei zusammen brachten Bernd aus der Werft.

Nicht anders als für die Kapitalisten heißt es auch für die reaktionären Betriebsräte „Die Polizei — Dein Freund und Helfer". Sie stehen auf der anderen Seite der Barrikade und kämpfen gegen die Arbeiter und ihre Interessen.

Stahlarbeiter kämpfen gegen Entlassungen

Ca. hundert Stahlarbeiter des Walzwerkes der Stahlwerke Bochum in Neviges bei Wuppertal haben in der letzten Woche gegen die geplante Entlassung von ca. hundert Arbeitern vor dem Gebäude der Hauptverwaltung demonstriert. Die Eingänge waren verriegelt und das ganze Gebäude von der Polizei abgesperrt.

Nachdem die Kollegen in Neviges im Januar von der Entlassung von ca. 320 Stahlarbeitern gehört hatten, und es sich auch schon damals andeutete, daß eventuell sogar das ganze Werk stillgelegt werden wird, antworteten die Kollegen schon Anfang Februar mit Streik. Die Konzernleitung begründete die Entlassung damit, daß mehr Kaltwalzblech auf dem Markt gefragt sei, und deshalb die Zahl der Arbeiter im Warmwalzwerk reduziert werden müßte. Mit üblichen Versprechungen, daß die Kollegen in anderen Werken untergebracht würden, sollten die Kollegen hingehalten werden. Doch darauf ließen sie sich nicht ein. Wie uns Kollegen selbst berichteten, ist es so, daß vielmehr auch die anderen Arbeitsplätze in Gefahr seien, und Kollegen um die 50 Jahre kaum andere Arbeitplätze bekommen würden — wobei ca. die Hälfte der Belegschaft bereits über 40 Jahre alt ist. Die Kollegen, die ins Bochumer Werk kommen würden, müßten entweder umziehen oder hohe Fahrtkosten in Kauf nehmen. Einige Kollegen sind sogar erst vor etwa 2 Jahren aus Bochum nach Neviges versetzt worden und mußten schon einmal mit ihrer Familie umziehen.

Der Betriebsrat tat ganz am Anfang so, als wüßte er gar nichts von den geplanten Entlassungen. Um sich nicht als Handlanger der Konzernleitung vor den Kollegen zu entlarven, stimmte er den Entlassungen offiziell nicht zu, wollte aber sofort Verhandlungen über einen Sozialplan führen, womit natürlich die Entlassungen vom Betriebsrat besiegelt werden. Über die genauen Absichten ließ er die Kollegen bewußt im Unklaren, beteuerte, daß es sich ja um einen Mitbestimmungsbetrieb handele und deshalb die Interessen der Kollegen stärker berücksichtigt würden. Tatsache ist aber, daß gerade aufgrund dessen, daß es sich um einen Mitbestimmungsbetrieb handelt, der Betriebsrat und der Gewerkschaftsapparat genaustens über die Pläne informiert und an ihrer Ausarbeitung beteiligt waren, denn sie sitzen ja selbst im Aufsichtsrat.



Die Stahlarbeiter vor der von Polizei abgesicherten Hauptverwaltung der Stahlwerke Bochum.

Die ständigen Beteuerungen und Verhandlungen mit der Konzernleitung konnten die Kollegen nicht zum Stillhalten zwingen. Es geht um ihre Arbeitsplätze, sie wollen Klarheit über die Pläne und gegen die Entlassungen kämpfen. Deshalb zogen sie mit Transparenten vor das von der Polizei abgesperrte Verwaltungsgebäude. Auch hier zeigte sich, wie der Betriebsrat als Instrument der Kapitalisten arbeitet.

Während die Kollegen in Sprechchören forderten: „Vorstand raus! Polizei weg!", kam natürlich vom Betriebsrat kein Wort gegen die Polizei, sondern er versuchte, mit der Polizei im Rücken, die Kollegen mit seinen Sprüchen zu beruhigen. Als sich die Demonstration dennoch zuspitzte, kam Betriebsratsvorsitzender Brockmann ins Schwitzen: „Lange halte ich das nicht mehr aus!" brachte er hervor, und machte dann den Vorschlag, eine Delegation von sechs Kollegen solle zum Vorstand gehen und verhandeln. Damit wollte er die Kollegen natürlich spalten und verhindern, daß sich der Vorstand allen Kollegen stellen muß. Doch die Kollegen lehnten den Vorschlag ab. Einige Arbeiter waren so empört, daß sie riefen: „Stürmen!" Die Polizei wagte es noch nicht, mit Gewalt einzugreifen. Sie sollte, falls es dem Betriebsrat nicht gelingen sollte, die Kollegen aufzuhalten, mit Gewalt den Kampf der Kollegen zerschlagen, insbesondere wenn sie versuchen würden, das Verwaltungsgebäude zu betreten. Inzwischen hatte Brockmann wieder mit dem Vorstand verhandelt und kam mit dem neuen Vorschlag, daß noch heute eine Belegschaftsversammlung gemacht werden solle. Dieser Vorschlag wurde von den Kollegen angenommen.

Auf dieser Belegschaftsversammlung versuchte Brockmann, die Kollegen wieder vom Kampf abzuhalten. Er ließ sich lang und breit aus über die guten alten Zeiten, und wie gut die Kollegen da verdient hätten, und daß man jetzt, wo es den Stahlwerken schlechter gehe, eben kürzer treten müsse.

Als Genossen der Partei am nächsten Morgen mit den Kollegen am Tor sprachen, sagten einige, daß es Kollegen gibt, die unabhängig vom Betriebsrat den weiteren Kampf organisieren wollen. Einige machten den Vorschlag, eine erneute Demonstration zur Hauptverwaltung in Bochum zu unternehmen. Dabei sagten sie, daß sie dann härter vorgehen und sich nicht vom Betriebsrat zurückhalten lassen wollen.

"Konzertierte Aktion" gegen die Werktätigen

In der vergangenen Woche trafen sich in Bonn die Spitzenvertreter von Kapital, Regierung und Gewerkschaftsapparat zu einer Sitzung der „Konzertierten Aktion". Sie stimmten sich darüber ab, wie im weiteren die Ausbeutung und Ausplünderung der Werktätigen verschärft werden soll, um auch in der gegenwärtigen Krise die Profite des Kapitals so hoch wie möglich zu schrauben.

Vetter als Vertreter des reaktionären Gewerkschaftsapparates gab sich nicht einmal wie gewöhnlich die Mühe, den „kämpferischen Vertreter der Arbeiterinteressen" zu spielen. In aller Öffentlichkeit erklärte er unter dem Beifall der Vertreter des Kapitals und seines Staatsapparates, man denke nicht daran, der Öffentlichkeit „Gladiatorenkämpfe zu bieten". Und: „Der DGB hat nicht die Absicht, hier einen Eklat zu veranstalten". Der Präsident des „Bundesverbandes der deutschen Industrie" (BDI), Sohl, konnte da nur zustimmend nicken und hinzufügen: Man solle alles unterlassen, „was das Leben miteinander unnötig erschwert". Wie könnte man besser die wahre Rolle des DGB charakterisieren, als auf dieser Sitzung durch die Vertreter der „Konzertierten Aktion" selbst geschehen, nämlich bisweilen zirkusartige Schaukämpfe zu liefern, im übrigen aber alles zu tun, um dem Kapital das Leben nicht unnötig schwer zu machen? In der Tat richtet sich die gesamte ‚Konzertierte Aktion', richten sich Kapital, kapitalistischer Staatsapparat wie auch der reaktionäre Gewerkschaftsapparat gegen die Arbeiterklasse.

Geeinigt hatte man sich von vorneherein auf die demagogische Parole, daß das gemeinsame Ziel sei, Stabilität und Vollbeschäftigung zu erreichen. Daß dies bloße Lüge ist, beweist bereits eine Dokumentation des Wirtschaftsministeriums, wonach auch 1980 3% Arbeitslose angenommen werden! Vor allem aber entlarvt die Wirklichkeit ihre wahren Ziele, denn es sind schließlich niemand andere als das Kapital und der kapitalistische Staatsapparat, die die Arbeiter auf die Straße setzen, und es ist der reaktionäre Gewerkschaftsapparat, der dies stets mit seiner Unterschrift gegenzeichnet. Nicht anders ist das mit der Stabilität, die erreicht werden soll. Wirtschaftsminister Friderichs sprach in diesem Zusammenhang auf der Frankfurter Messe von einem „dornenreichen Weg", der zur Stabilität führen würde. Aber wer hat denn auf diesem „dornenreichen Weg" zu bluten? BDI - Sohl stellte fest — und darin sei der DGB mit ihm einig —, daß zur Erreichung von Stabilität es notwendig sei, daß die Betriebe investieren könnten. Das heißt nichts anderes, als daß die Werktätigen noch mehr von ihrem Lohn streichen sollen, die Ausbeutung und Ausplünderung noch mehr verschärft werden wird, heißt Rationalisierung, heißt neue Entlassungen. Das ist der Weg, den die Werktätigen gehen sollen. Wofür? Dafür, daß die Kapitalisten auch in der Krise, die die ganze kapitalistische Welt erfaßt hat, ihre Profite stabilisieren und steigern können.

Nicht zufällig fand diese Sitzung der „Konzertierten Aktion" zu einer Zeit statt, wo ebenfalls die Verhandlungen über einen neuen Metalltarif laufen. Den Arbeitern im Metallbereich soll so gleich deutlich gemacht werden, daß sie bereits zufrieden sein sollen, wenn ihnen der Lohn nicht gesenkt wird. Vetter selbst bekräftigte nach der „Konzertierten Aktion": „Ich vertraue darauf, daß meine Kollegen, die jetzt in schwierigen Verhandlungen sind (weil die Arbeiterklasse nicht bereit ist, den Betrug hinzunehmen — RM), wie auch früher aus ihrer Verantwortung für das Ganze und für unsere Mitglieder und die Arbeitnehmerschaft den richtigen Weg finden." Diesen Weg hat der DGB in der Tat noch immer gefunden, denn von Anfang an hat sich der DGB zwischen dem sogenannten „Ganzen", dem Kapitalismus, und der Arbeiterklasse entschieden: Er ist ein Apparat der vollständig unter der Herrschaft des Kapitals steht, ja selbst Kapital geworden ist und an dem nichts fortschrittlich ist. Er ist ein mit dem Staatsapparat aufs engste verknüpftes Unterdrückungsorgan, das sich nur dadurch von den direkten staatlichen Unterdrückungsorganen wie Polizei und Justiz unterscheidet, daß er sich den Anstrich zu geben sucht, die Interessen der Werktätigen gegen das Kapital zu vertreten. Das hat diese „Konzertierte Aktion" aufs neue bestätigt.

Aus unseren Betriebs- und Stadtteilzeitungen

Ein Arbeitsunsicherheitsprogramm „Stein- und Kohlefall"

„Humanisierung am Arbeitsplatz" — Betrugsmanöver gegen die Kumpels

Die ganze Zeche ist damit verklebt — mit den Plakaten zum „Arbeitssicherheitsprogramm Stein- und Kohlefall". Der Kumpel Robert Rölleke (Der Kumpel ist tödlich verunglückt — RM) hat sie auch gelesen. Mit diesem großangelegten Betrugsmanöver soll den Kumpels wieder zum x-ten Mal Sand in die Augen gestreut werden, und sie sollen damit auf das kapitalistische Ausbeutersystem eingeschworen werden. Außerdem sollen die Kumpels untereinander gespalten werden.



Warum passieren denn solche „bedauerlichen Unglücksfälle", als die, die Kapitalisten die Morde verniedlichen wollen, nicht vereinzelt, sondern tagtäglich?

Am Montag der Kumpel Robert. Am Dienstag ein anderer Kumpel Hand und Unterarm zerquetscht. Am Donnerstag auf „Ewald" zwei Hauer im Korb bei der Seilfahrt getötet. Eis war am Tage abgetaut und durchschlug 600 Meter tiefer die Korbdecke und zerschmetterte die zwei Hauer, ein dritter wurde schwer verletzt.

Das passiert, weil die Kapitalisten nur ein Gesetz gelten lassen: Das Dschungelgesetz des unbegrenzten Profitstrebens. Und weil deshalb überall einer hinter Dir steht und Dich antreibt: „Laß gehen, die Kohle muß kommen!"

Der Kumpel zahlt immer drauf, egal, ob mit oder ohne Sicherheitsprogramm, ob mit oder ohne die frommen Sprüche der DGB-Bonzen und der Revisionisten von der D„K"P, die gemeinsame Sache mit den Kapitalisten gegen uns machen, und die uns vom entschlossenen, unversöhnlichen Kampf abhalten wollen. Sie lassen Sprüche los wie „Humanisierung der Arbeitswelt" oder „Schach der Gefahr am Arbeitsplatz". Aber hast Du eine Veränderung bemerkt? Nein! Die müssen wir selbst herbeiführen. Wir müssen das kapitalistische System stürzen unter Führung der Kommunistischen Partei, der KPD/ML. Denn im Kapitalismus wird es nie wirkliche Arbeitssicherheit geben, das gibt es nur im Sozialismus wie in China und Albanien.

Menschenvernichtende Arbeitsbedingungen — im Kapitalismus

Gerade durch den Stein- und Kohlefall werden immer mehr Kumpels gefährdet. 31,6% aller Untertageunfälle gehen auf dieses Konto. Schutzvorrichtungen dagegen sind entweder gar nicht vorhanden oder völlig unzureichend. Helfen etwa die Perlonnetze zur Ortsbrustsicherung? Aus der Firste und den Stößen geht der Stein- und Kohlefall ungehindert weiter.

Oder wie sieht die Streckensicherung aus bei den Übergängen von Streb zu Strecken? Wo sind denn die Abfangbleche, die die Wucht der geförderten Kohle und der Berge bei den Streben in halbsteiler Lage abhalten sollen? Die fehlen natürlich, und es ist oft genug vorgekommen, daß die Kumpels sich mit einem Satz vor der Kohle und dem Stein retten mußten. Es ist verboten, Fahrung und Transport gleichzeitig durchzuführen. Doch was wird getan? Wird etwa die Seilbahn gestoppt, wenn Fahrung ist? Wie sehen die Fahrwege aus? Um eine sichere Fahrung zu machen, braucht man eine Gesellenprüfung als Artist und viel Glück. Liegt ein Schnipsel Papier auf der Sohle, macht der Fahrsteiger Theater — aber die Bleche, Kabelrollen, Stempel, Kappen, Bandrollen usw., die im Wege liegen, kümmern ihn nicht. Das muß wohl so sein?

Das neue „Sicherheitsprogramm" — ein altbewährtes Betrugsmanöver

Jeder Kumpel weiß es: An den Sicherheitsmaßnahmen wird nur unzureichend etwas getan — der Rubel für die Kapitalisten muß ja rollen.

Um dies zu verschleiern, haben sie sich wieder etwas Neues einfallen lassen: Mit riesigem Aufwand vom Gesamtverband des deutschen Steinkohlebergbaus das Arbeitssicherheitsprogramm „Stein- und Kohlefall". Während des Werbefeldzugs soll der „Ausbau aller Betriebspunkte unter Tage besonders kritisch kontrolliert und eventuelle (?) Mängel beseitigt werden" (so die „Einheit" 18).

Dann kommen sie wieder mit ihren weißen Anzügen und den dicken Gehältern ein halbes Stündchen zu uns runter, gucken ein bißchen und verschwinden wieder. Keine Bleche oder andere Hindernisse liegen im Fahrweg, und es flutet nur so von Licht.

Wer erinnert sich nicht daran, als Willi Brandt auf Minister Stein ein wenig Bergmannsluft schnuppern wollte: Die Handwerker mußten vorher Sonderschichten fahren, um neue Lampen aufzuhängen; Steiger, Aufsichtshauer und Betriebsräte, als Kumpels verkleidet, mimten die Kumpels unter Tage. Befriedigt über das süße Leben unter Tage konnte Brandt wieder ausfahren.

Aber zurück zum Sicherheitsprogramm. Nach den schönen Einleitungsworten wird die Katze aus dem Sack gelassen: „Im Schwerpunkt bezweckt das Sicherheitsprogramm jedoch, ein auf Sicherheit ausgerichtetes Verhalten der Beschäftigten zu fördern." Das ist die alte Masche der RAG-Kapitalisten. Wenn es zum Unfall gekommen ist, dann sind nicht die unzureichenden Sicherheitsvorkehrungen, sondern die Kumpels selber schuld. Sie haben dann eben ihr Verhalten nicht genügend „auf Sicherheit ausgerichtet".

Im Kapitalismus wird es niemals eine wirkliche, dauerhafte Arbeitssicherheit geben. Sie ist nur im Sozialismus möglich, wenn die Arbeiter selbst an der Macht sind. Die Unfallverhütungsvorschriften sind mit viel Schweiß und Blut von der Arbeiterklasse selbst erkämpft worden.

Doch was den Kapitalisten im revolutionären Klassenkampf abgetrotzt wurde, das muß mit der gleichen Entschlossenheit verteidigt und weitergeführt werden. Die Kapitalisten warten nur darauf, daß die Arbeiter still halten, um ihnen Stück für Stück ihre erkämpften Positionen wieder entreißen zu können.

Auf wen müssen wir uns im Kampf für Sicherheit am Arbeitsplatz stützen? — Vertrauen auf unsere eigene Kraft!

Kumpels! Worauf müssen wir uns in diesem Kampf stützen? Auf die IGBE-Führung oder die D„K"P-Revisionisten? Nein! Denn dann sind wir verraten und verkauft.

Die IGBE-Führung ist wie der DGB-Apparat überhaupt ein Instrument gegen die Bergarbeiter in den Händen der Kapitalisten. Und die D„K"P-Revisionisten versuchen, sich als Agenten der Bourgeoisie in die Reihen der Arbeiterklasse einzuschleichen, um sie vom revolutionären Klassenkampf abzuhalten. Sie empfehlen stattdessen den Bittgang zu den RAG-Kapitalisten.

Deshalb müssen wir uns im Kampf gegen die mörderischen Arbeitsbedingungen im Bergbau zuallererst auf unsere eigenen Kräfte stützen. Wir müssen uns im Kampf zusammenschließen.

Die Arbeiterklasse hat den Kapitalisten in langen und schwierigen Kämpfen gerade in der Arbeitssicherheit Erfolge abgerungen. Die Unfallverhütungsvorschriften sind nicht, wie der Betriebsrat es immer so gerne darstellt, in Verhandlungen von den Kapitalisten „geschenkt" worden. Eher frißt ein Tiger nur noch Gemüse, als daß die Kapitalisten freiwillig auf ihren Profit verzichten, den sie aus den Knochen der Arbeiter herauspressen.

Tun wir keinen Handschlag mehr, wenn die notwendigen Sicherheitsvorkehrungen fehlen und ein Weiterarbeiten bedeuten könnte, als Krüppel zum Tage gebracht zu werden!

Schmeißen wir die Brocken in den Stoß, wenn ein Weiterarbeiten Lebensgefahr bedeutet! Kumpel, kämpf mit deiner Partei, der KPD/ML, für ein sozialistisches Deutschland, in dem die Arbeiterklasse die Macht hat — für die Diktatur des Proletariats!

Revisionistisches

DDR-WERBEFERNSEHEN

Auch in der DDR gibt es nun Werbefernsehen. Es ist ein weiterer Ausdruck der dekadenten, vollständig entarteten Gesellschaft, die mit Sozialismus nicht das geringste zu tun hat.

Ein Beispiel: Hans im Glück marschiert pfeifend daher, ein Schwein hinter sich herziehend. Plötzlich bleibt er stehen, läßt das Schwein Schwein sein und läuft ... Wohin wohl? Geradewegs auf eine Lotteriebude zu, die im Bild erscheint. Das Mädchen in der Bude bekommt einen Kuß — ach, wie das Glück winkt! Und jeder kann natürlich gewinnen!

Es ist genau dergleiche Betrug wie bei uns auch. Das „Glück" winkt nicht den Millionen Lotto-Glücksspielern, sondern denjenigen, die auf diese Weise den Werktätigen das Geld aus der Tasche ziehen, in der DDR der neuen Bourgeoisie mit ihrer Honecker-Clique an der Spitze. Die Hoffnung auf „das große Los" soll dabei zugleich von dem tatsächlichen Los der Arbeiterklasse, der sozialfaschistischen Unterdrückung und Ausbeutung durch die neue Bourgeoisie in der DDR und ihre Oberherren in Moskau ablenken, es erträglicher machen.

„GESCHMATZT UND GETRUNKEN" FÜR DEN SOZIALISMUS?

In allen größeren Städten hat die SDAJ, die Jugendorganisation der revisionistischen D„K"P, ihre Reklamekampagne für ihr „Jugendfestival" begonnen, das im April in der Westfalenhalle in Dortmund stattfinden soll. Wer sich unter einem Jugendfestival der SDAJ nicht recht etwas vorstellen kann, der wird im Rahmen der SDAJ-Reklame in der Tat aufgeklärt. Da heißt es: „Wenn Rock-Stars und Amateure ihre Anlagen in Stellung bringen, wenn Fußballbegeisterung Wellen schlägt, wenn Motorradfans in den Geschicklichkeitswettbewerb treten, wenn Lehrlinge ihre Probleme diskutieren, wenn auf griechisch oder spanisch geschmatzt und getrunken wird — ja dann ist das Festival der Jugend." Geben sich bereits bürgerliche Reklameagenturen die größte Mühe mit dekadentesten Sprüchen für Pop- und Hasch-Festivals zu werben, sie dürften hier vor Neid erblassen. Die Bourgeoisie selbst, mit ihren Versuchen, die Jugend vom Klassenkampf weg auf den Weg bürgerlicher Subkultur zu lenken, hätte das nicht besser gekonnt. Im Gegenteil, gerade weil die modernen Revisionisten so tun, als ginge es hier um eine fortschrittliche Sache für den Sozialismus, als würde hier für den Sozialismus „geschmatzt und getrunken", als würde für die Sache des Sozialismus verkommene Rock- und Pop-Kultur aus den Lautsprechern dröhnen, sind die SDAJ-Revisionisten noch wesentlich besser als irgendeine x-beliebige Reklame-Agentur der Bourgeoisie in der Lage, die Arbeiterjugend vom konsequenten Kampf für die proletarische Revolution wegzuführen. Denn die SDAJ ist eine Agentur für die Bourgeoisie innerhalb der Bewegung der Arbeiterjugend. Und das ist auch der Grund, warum die Bourgeoisie auf diese ihre Agenten so angewiesen ist.

„KONTROLLE" à la DDR

Korrespondenz — Ein Kollege mußte wegen eines Trauerfalls in die DDR reisen. Auf der Rückfahrt nach Westdeutschland wurde er von DDR-Zöllnern äußerst genau kontrolliert. Der Kollege mußte auch seine Ausweispapiere nebst Brieftasche abliefern. Als er nach dieser Kontrolle seine Brieftasche wiedererhielt, fehlten 100 DM. Auf seine Beschwerde hin, meinten die Zollbeamten, er müsse sich irren. Der Kollege aber beharrte darauf, daß ihm 100 DM fehlen. Daraufhin erklärten ihm die Beamten unverblümt, daß sie ihn solange festhalten würden, bis er eine Erklärung unterschreibe, daß er sich geirrt hätte. Der Kollege unterschrieb.

Westberlin: Fahrpreise um 40% verteuert

2500 demonstrierten gegen höhere Fahrpreise

Wie in verschiedenen Städten Westdeutschlands, so sind nun auch in Westberlin die Fahrpreise für die öffentlichen Verkehrsmittel stark erhöht worden. Ein Einzelfahrschein ist 40% teurer geworden. Zugleich aber sind die Verkehrsbedingungen verschlechtert worden. Die Bevölkerung ist vollkommen zurecht empört.

Kostete bisher ein Einzelfahrschein bei der BVG (Berliner Verkehrsgesellschaft) für eine U-Bahn-Fahrt 60 Pfg, für eine Busfahrt 70 Pfg, eine Umsteigerkarte für U-Bahn und Bus 75 Pfg, so soll jetzt jede Einzelfahrt 1 DM kosten. Zugleich aber werden immer mehr Busse auf Einmannbetrieb umgestellt, was für den Fahrer, der kassieren und fahren muß, eine größere Belastung bedeutet und obendrein das Losfahren an den Haltestellen verzögert. Die BVG hat das auf ihre Weise gelöst: Die Busse fahren jetzt in größeren Zeitabständen. Fuhr z. B. die Linie 75 in Kreuzberg alle 15 Minuten, so fährt sie jetzt alle 20 Minuten. Anders ist das natürlich in den Vierteln, wo die Bourgeois sich rumtreiben: Am Kudamm oder in Steglitz fahren die Busse weiterhin alle 5 bis 10 Minuten — mit Schaffner.

Natürlich hat die BVG damit gerechnet, daß es unter der Bevölkerung zu Protestaktionen kommt. Und da bei der letzten Preiserhöhung 1972 hauptsächlich die Schüler, Studenten und Lehrlinge Kampfmaßnahmen ergriffen haben, wurden sie diesmal vorerst von der Preiserhöhung ausgenommen, sie erhielten sogar einige Begünstigungen. Doch die Rechnung der BVG, die Jugend auf diese Weise abspalten zu können und zum Stillhalten zu bewegen, schlug fehl. Es waren gerade Jugendliche, die auch gegen die diesmaligen Preiserhöhungen den Kampf aufnahmen und damit zeigten, daß sie nicht nur allein für ihre eigenen Interessen zu kämpfen bereit sind, sondern gegen die verschärfte Ausplünderung der Bevölkerung überhaupt. Angesichts der großen Bereitschaft der Schüler, Kampfmaßnahmen zu ergreifen, rief der Landesschülerausschuß zu einer Demonstration auf.

Die ROTE GARDE und die KPD/ML in Westberlin beschlossen, den Kampf der Jugendlichen zu unterstützen, unter ihnen den revolutionären Ausweg zu propagieren und die Jugendlichen zusammenzuschließen. Dabei ging die Partei mit dem KBW eine Aktionseinheit auf revolutionärer Grundlage ein. Die Gruppe Rote Fahne (KPD) hingegen lehnte von vornherein ab, in dieser Bewegung der Jugendlichen zu arbeiten. Ihre Begründung: Die Junge Union, die ebenfalls im Landesschülerausschuß vertreten sei, habe zur Bedingung für eine Teilnahme gemacht, daß bei der Demonstration keine eigenen Transparente getragen werden dürften. Außerdem habe sie Revisionisten und Trotzkisten zur Teilnahme aufgefordert.

Während unsere Partei gerade in diese Bewegung den Kampf gegen den modernen Revisionismus hineintrug, zog die GRF es vor, eine spalterische eigene Demonstration durchzuführen. Wie haltlos die demagogischen Klagen der GRF sind, unsere Partei würde bereit sein, mit den modernen Revisionisten gemeinsam zu demonstrieren, zeigt der gemeinsame Aufruf der Partei und des KBW, in dem es heißt: „Die SEW, die sich in den Mantel des Kommunismus hüllt, versucht uns dagegen einzureden, man solle auf die Nachgiebigkeit des bürgerlichen Staates vertrauen. Soll man der SEW glauben, daß sie wirklich gegen Fahrpreiserhöhungen ist? Am 1. Januar erhöhte Ostberlin die Fahrpreise im U-Bahnverkehr zwischen Ost- und Westberlin: Vom U-Bhf. Friedrichstraße nach West-Berlin kostet die Fahrt für Erwachsene jetzt 60 Pfg, vorher 20 Pfg, für Kinder 40 Pfg, vorher 10 Pfg. Die Schwesterpartei der SEW in der DDR, die SED, stoppt mit ihren Preiserhöhungen also erst bei 200 bis 300 Prozent — fürwahr ein radikaler ‚Preisstopp'. Und nach Aussagen von Westberliner Reichsbahnern ist es jetzt schon abgemachte Sache, daß die S-Bahn mit den Preisen nachziehen will. Die SEW ist eine revisionistische Partei, die den Kommunismus verraten hat. Die modernen Revisionisten sind Schmiede im Dienste der Bourgeoisie. Dort, wo die Arbeiterklasse die Ketten, die sie an den Kapitalismus fesseln, sprengt, sollen sie durch Illusionsmacherei und Spaltung der revolutionären Reihen die Ketten neu zusammenschmieden."

Auf der Grundlage der gemeinsamen Erklärung wurden von der Partei und vom KBW gemeinsame Aktionen durchgeführt. In kleinen Trupps fuhren die Genossen in den U-Bahnen mit und verteilten Flugblätter und führten Diskussionen. Das war sehr erfolgreich. Fast jeder nahm ein Flugblatt, bald las das ganze Abteil. Die große Mehrheit fand es vollkommen richtig, daß etwas gegen die Fahrpreiserhöhungen getan werden müsse, und von den Jugendlichen wollten eine ganze Reihe zur angekündigten Demonstration kommen. Die Polizei, die sich seit Wochen gegen die Aktionen zu den Fahrpreiserhöhungen vorbereitet hatte, konnte keinen Genossen erwischen. Bevor sie an Ort und Stelle waren, hatte die U-Bahn längst eine andere Station erreicht. Als einmal eine U-Bahn anhalten sollte, bis Polizeikäme, protestierten die Fahrgäste so sehr, daß die Bahn weiterfahren mußte. Als ein anderes Mal Polizisten am Bahnsteig auf Genossen stießen, konnten sie ihnen dennoch nichts anhaben, weil diese im Berufsverkehr leicht untertauchen konnten und die Leute zugleich auf die Polizisten schimpften.

An der Demonstration nahmen weit über 2500 Menschen teil. Die Revisionisten erschienen nicht. Lediglich die Trotzkisten versuchten, sich an die Demonstration anzuhängen. Doch waren es etwa die anwesenden Genossen der GRF, die gegen die Trotzkisten vorgingen? Keineswegs. Es war die Partei, die die Trotzkisten abdrängte. Noch während des ersten Drittels der Demonstrationsroute gelang es, ihnen die Transparente mit trotzkistischen Parolen abzunehmen und ihren Block aufzulösen. Die Schüler der einzelnen Schulen marschierten in Blocks, an deren Spitze ein Schild mit dem Namen der Schule getragen wurde; ROTE GARDE und Partei bildeten einen eigenen Block, in dem auch Transparente gegen den modernen Revisionismus getragen wurden, sowie die Kampfparole der Partei: „Für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland.

Während der Abschlußkundgebung kam es zu einer schweren Auseinandersetzung mit der Polizei, die 6 Wasserwerfer sowie 550 Polizisten zusammengezogen hatte. Als Mitglieder einer anarchistisch-spontaneistischen Gruppe Brandflaschen in das Gebäude der BVG warfen, stürmten die Polizeieinheiten los und knüppelten auf die Teilnehmer der Kundgebung ein. Die Partei suchte gemeinsam mit anderen den Angriff abzuwehren. Mehrere Teilnehmer der Demonstration wurden durch die brutal knüppelnde Polizei verletzt — doch auch sechs Polizisten trugen, wie die Zeitungen berichten, Verletzungen davon.

Das Vorgehen der Polizei hat die Reihen der kämpferischen Jugendlichen fester gefügt. Weitere Kampfmaßnahmen gegen die Fahrpreiserhöhungen werden vorbereitet.

Massenentlassung im Krankenhaus geplant

Korrespondenz. Nachdem die Hamburger Gesundheitsbehörde Einstellungsstops, Bettenreduzierungen, Krankenhausschließungen schon durchgeführt oder geplant hat, wurde jetzt wieder eine neue Schweinerei bekannt. Die „Kinderstuben" (Kindergärten und -krippen) sollen längerfristig sämtlich geschlossen werden.

Zu diesem Zweck wird gerade eine statistische Erhebung über die Belegschaftszahlen bei den „Kinderstuben" von Personalräten durchgeführt, und als erster Schritt wurden bereits die Tagegelder in den „Kinderstuben" erhöht.

Es herrscht eine große Unruhe unter den Kolleginnen, denn was bedeutet das für sie? Die Schwestern und Pflegerinnen, die ihrem Beruf nachgehen und die Kinder zwangsläufig unterbringen müssen, sind gezwungen zu kündigen. Denn wenn man im Krankenhausschichtdienst arbeitet, bekommt man kaum einen anderen Kindergartenplatz.

Von dieser Maßnahme sind Hunderte von Kolleginnen betroffen, allein im St. Georg Krankenhaus, in dem eine Zelle der Partei und der Roten Garde arbeitet, sind es über 60 Kolleginnen.

Die Betriebszeitung „Kämpfende Station" schrieb dazu in ihrer neuesten Ausgabe: „Die große Einsparung ist nämlich für die Behörde nicht die Schließung der (meist jahrelang sowieso nicht renovierten) „Kinderstuben" und Einsparung der Kindergärtnerinnen, sondern die indirekte Massenentlassung Hunderter Schwestern und Pflegerinnen.

Die Kolleginnen mit Kindern sind gezwungen zu kündigen. So werden Stellen frei für frisch Examinierte, oder noch wahrscheinlicher werden sie nur frei und nicht wieder besetzt. Nach dem bürgerlichen Arbeitsrecht, so wurde vom Norddeutschen Rundfunk (NDR) schon versichert, ist gegen eine solche versteckte Massenentlassung nichts zu machen... Kolleginnen und Kollegen, halten wir zusammen! Lassen wir keine Spaltung zu zwischen den Kolleginnen mit und ohne Kinder! Schluß mit Entlassungsdrohungen und Sparmaßnahmen!"

Mittlerweile werden in den Krankenhäusern bereits Unterschriften gesammelt, und es hat auch bereits ein erstes Treffen von betroffenen Kolleginnen stattgefunden. Viele Kolleginnen sind bereit zu kämpfen. Es wurden schon Stimmen laut, die „Kinderstuben" in die eigenen Hände zu nehmen.

Schwestern aus dem Eilbeker Krankenhaus informierten den NDR und sorgten so für eine überraschende Information der ziemlich geheimen Pläne.

Man muß jetzt aufpassen, daß der Staat nicht einen besonders beliebten Trick anwendet, nämlich nach einiger Zeit nur einen Teil der „Kinderstuben" zu schließen und die anderen zentral weiterzuführen. So sollen dann die empörten Kolleginnen erst einmal beruhigt werden. Und wieder ist dann eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen eingetreten, denn es ist schon ein großer Unterschied, ob man sein Kind morgens um 6 Uhr erst woanders hinbringen muß oder ob die „Kinderstuben" am Haus sind. Dementsprechend hat die oberste Oberin bei der Gesundheitsbehörde schon Pläne zur Beruhigung der Kolleginnen vorgeschlagen. Wir werden uns darauf nicht einlassen!

Eine Genossin aus Hamburg

Vom Aufbau des Sozialismus

VR CHINA: ERFOLGE DES 4. FÜNFJAHRESPLANS

Das chinesische Volk hat bei der großen Aufbauarbeit glänzende Siege errungen. In Schanghai, einem der größten Zentren des Hüttenwesens in der Volksrepublik China, stiegen während der Periode des 4. Fünfjahrplans von 1971 bis 1975 die Stahlschmelze um 53% und die Produktion von Walzstahl verschiedener Stärke um 49% im Vergleich zur Periode des 3. Fünfjahrplans. Die Hüttenarbeiter von Schanghai erreichten nicht nur eine Steigerung der Produktion, sondern auch eine Steigerung der Auswahl. Ende 1975 produzierten sie 1300 Stahlsorten sowie 20000 Typen Walzstahl verschiedenen Ausmaßes. Diese Erfolge erzielten sie, indem sie sich auf die eigenen Kräfte stützten, viele Neuerungen und revolutionäre Initiativen in die Tat umsetzten und eine moderne Technologie und Technik in der Produktion einführten.

Wichtige Erfolge hat das chinesische Volk auch in der Leichtindustrie erzielt. Im autonomen Gebiet Kiangsi/Südostchina stieg die Gesamtproduktion der Leichtindustrie in der Periode des 4. Fünfjahrplanes 1971 bis 1975 um mehr als das Doppelte. Um mehr als das Doppelte ist die Produktion von Lebensmittelkonserven und anderen Lebensmitteln, von Papier, Zukker und einigen weiteren Produkten gestiegen.

Wußten Sie schon...

...daß den Jugendlichen im sozialistischen China Arbeitslosigkeit nur aus den Erzählungen der Eltern bekannt ist? Mit dem Aufbau der sozialistischen Gesellschaft ist diese Geißel des Kapitalismus endgültig beseitigt worden. Am Vorabend der Befreiung gab es in den Städten Chinas mehr als vier Millionen Arbeitslose, was damals mehr als die Hälfte der Angestellten und Arbeiter ausmachte. Nach der Gründung des Neuen China begann die Volksregierung sofort, den Arbeitslosen entsprechend ihren Fähigkeiten und aufgrund des Bedarfs für den nationalen Wiederaufbau, einen passenden Arbeitsplatz zu beschaffen. Mit der schnellen Entwicklung des sozialistischen Aufbaus fanden im Laufe von acht bis neun Jahren alle vier Millionen Arbeitslose Arbeit, so daß dieses Problem gelöst war. Den Hoch- und Mittelschulabsolventen wird heute in China eine Arbeitsstelle im Hinblick auf den Aufbau des Sozialismus vom Staat zugeteilt. „Absolvent sein bedeutet arbeitslos sein" — diese allgemein übliche Aussage während der Kuomintang-Zeit gilt heute schon lange nicht mehr. Auch viele Frauen, die sich von der Hausarbeit befreit haben, üben jetzt einen Beruf aus.

...daß die Arbeiter und Angestellten Chinas allgemeine kostenlose ärztliche Behandlung genießen? Ihnen wird auch für Krankenversicherung kein Pfennig vom Lohn abgezogen. Egal, ob ein Arbeiter oder Angestellter zum Arzt zur Untersuchung geht, oder ob er sich einer komplizierten Behandlung im Krankenhaus für längere Zeit unterziehen muß — die gesamten Behandlungskosten zahlt der Staat. Auch bei Entbindungen genießen Arbeiterinnen und Angestellte kostenlose Behandlung und Krankenhausaufenthalt. Die Familienangehörigen von Arbeitern und Angestellten in Staatsbetrieben bezahlen die Hälfte der ärztlichen Gebühren. Sie betragen in DM umgerechnet für einen Krankenhausaufenthalt pro Tag zwischen einigen Groschen bis zu 1,30 DM, für eine Entbindung 6 bis 7 DM, für eine kompliziertere Operation — wie zum Beispiel eine Gehirnoperation an die 40 DM. Im Vergleich dazu beträgt der Tagessatz in einem der überfüllten westdeutschen Krankenhäuser pauschal 150 DM (Stand Juni 1974).

Prozeß wegen "wilden Streiks" in Fürth

Streikende Arbeiter und Kommunisten sollen ins Gefängnis

Am 23. Februar begann vor dem Schöffengericht in Fürth ein Prozeß gegen zwei türkische Arbeiter von Dynamit-Nobel und vier Genossen der GRF (KPD) wegen „Landfriedensbruch". Worum geht es?

Im Mai 1975 streikten bei Dynamit-Nobel in Fürth-Stadeln türkische Arbeiterinnen und Arbeiter gegen die Entlassung von Kollegen verschiedener Nationalitäten. Genossen der KPD/ML und der GRF haben diesen Streik unterstützt. Die Polizei ging gegen diesen Streik mit brutaler Gewalt vor. Es wurden Hunde eingesetzt, Frauen und Männer zusammengeschlagen und mißhandelt. 28 türkische Kollegen und 4 Deutsche wurden verhaftet. 26 türkische Kollegen wurden abgeschoben, weil sie sich an einem „wilden Streik" beteiligt hatten, wurden sie wie Verbrecher behandelt und ausgewiesen.

Aber damit nicht genug. Jetzt sollen in verschiedenen Prozessen weitere Teilnehmer des Streiks und Verteiler und presserechtlich Verantwortliche von Flugblättern zu diesem Streik verurteilt werden.

Bereits zu Beginn des Prozesses in Fürth zeigte sich, daß das Gericht hier das Recht der Kapitalisten gegen Arbeiter und Kommunisten durchsetzen will: Die meisten Angeklagten waren erst eine Woche vor dem Prozeßtermin informiert worden. Drei der Angeklagten hatten in der kurzen Zeit keinen Anwalt mehr besorgen können. Trotzdem wurde der Antrag auf Verschiebung der Verhandlung abgelehnt. Den anderen Rechtsanwälten wurde keine ausreichende Akteneinsicht gegeben. Während vorher 83 Photos in den Akten waren, bekamen sie nur noch 7 zu sehen. Der Grund ist der, daß ein Urteil gefällt werden soll, in dem die streikenden Arbeiter als „Kriminelle" dastehen und die Polizisten als Ordnungshüter, die ein Opfer dieser „Gewalttäter" wurden. So behauptet die Staatsanwaltschaft in ihren Anklageschriften, daß die Polizei weder Hunde gegen die Streikenden einsetzte, noch irgendjemand mißhandelte. Und das, obwohl jeder, der dabei war, es besser weiß.

Es ist offensichtlich, daß hier ein Exempel statuiert werden soll. Bereits im Anschluß an die Streiks 1973 bei Ford und bei Hella wurde gegen streikende Arbeiter Anklage wegen „Landfriedensbruch" erhoben, wurden Arbeiter zu Gefängnisstrafen verurteilt. Diese Prozesse zeigen deutlich, was es mit dem angeblichen Streikrecht in der Bundesrepublik auf sich hat: Wer nicht nach der Pfeife des DGB-Apparates tanzt, wer sich an einem „wilden Streik" beteiligt, der riskiert nicht nur Lohnausfall und den Verlust des Arbeitsplatzes; der steht auch mit einem Bein im Gefängnis.



Aus der Anklageschrift gegen die Genossin Baraba Hoffmann: „Die bei der Festnahme eingesetzten Polizeibeamten handelten in rechtmäßiger Ausübung ihres Amtes. Sie haben die Demonstranten nicht mißhandelt." Selbst angesichts dieses Photos aus der bürgerlichen Presse ist ein Kommentar wohl überflüssig.

Freispruch für Massenmörder

„§ 211 Mord. (1) Der Mörder wird mit lebenslanger Freiheitsstrafe bestraft..." So heißt es im Strafgesetzbuch der Bundesrepublik. Aber Mord ist für die Justiz nicht gleich Mord. Auch dieser Paragraph ist ein Klassenparagraph.

Dazu zwei Fälle aus dem letzten Monat.

1. Der Fall des SS-Unterscharführers Willi Sawatzki:

Sawatzki war im Konzentrationslager Auschwitz unter anderem an der Ermordung von 400 ungarischen Kindern beteiligt, die von Lastwagen in Verbrennungsgruben geworfen wurden. Bis 1973 passierte ihm gar nichts. Dann begann mit großem Getöse ein Prozeß in Frankfurt. Er dauerte über 2 Jahre. Über 100 Zeugen wurden vernommen. Jetzt kam das Urteil: Freispruch. Der Staatsanwalt: die Zeugenaussagen seien zu „ungenau". Das Gericht: die Vernehmung der Zeugen habe „nicht mit Sicherheit den Beweis erbracht".

Der Massenmörder Willi Sawatzki läuft weiter frei und als „unbescholtener Mann" herum. Eine Ausnahme? Ja, aber nicht wegen des Freispruchs, sondern weil es überhaupt zum Prozeß kam.

2. Der Fall des Obersturmbannführers Ehlers:

Der ehemalige Obersturmbannführer Ehlers hat im Auftrag Eichmanns in Belgien und Nordfrankreich die Judendeportationen in das Konzentrationslager Auschwitz geleitet. Er ist mitverantwortlich für die Ermordung von 26000 Menschen.

Nach dem Krieg kam Ehlers nicht etwa ins Gefängnis, sondern in den Staatsdienst, er wurde Richter. Erst Hilfsrichter, dann Verwaltungsgerichtsrat. 1962 wurde ein Ermittlungsverfahren gegen ihn eingeleitet. Ehlers wurde aus dem Staatsdienst suspendiert — aber sein Gehalt bekam er weiter. Heute bezieht er Pension. Ebenfalls als „ehrenwerter Mann". Das Ermittlungsverfahren gegen ihn wurde jetzt eingestellt. Das Flensburger Landgericht: die Wahrscheinlichkeit einer Verurteilung bestehe nicht.

Das sind nur zwei Fälle von Hunderten. Die Masche ist immer die gleiche. Entweder es werden überhaupt keine Ermittlungen aufgenommen — wie im Fall des Bundespräsidenten Lübke und des Bundeskanzlers Kiesinger, oder man wartet mit dem Prozeß so lange, bis man sicher gehen kann, daß die Zeugen entweder gestorben sind oder sich nach so vielen Jahren nicht mehr genau erinnern können. Oder es gibt einen „glatten Freispruch" wie im Fall Bach und Wunder zum Beispiel, angeklagt des tausendfachen Mordes. Hier erklärte das Gericht: „Objektiv wurde zwar Hilfe bei den Tötungen geleistet, doch der Wille zum Töten ist nicht nachweisbar." Oder im Fall des Polizeikommissars Kuhr, ein Frankfurter Gericht: „Keiner der Angeklagten ist kriminell und ohne das NS-Regime hätten sie niemals vor einem Schwurgericht gestanden. Sie handelten in Übereinstimmung mit ihrer Umwelt, nicht gegen sie, und nicht einmal aus Kreisen der Justiz regte sich Einspruch."

Das sind klare Worte darüber, was heute in der Bundesrepublik kriminell ist. Mordtaten können noch so scheußlich sein; wenn der Mörder in Übereinstimmung mit der Gesellschaftsordnung handelte, im Auftrag der herrschenden Klasse, dann ist er nicht kriminell, sondern hat seine Pflicht getan. Das gilt beileibe nicht nur für Morde zur Zeit des Hitlerfaschismus. Oder ist etwa ein einziger der Polizisten, die einfache Menschen, Kommunisten und Revolutionäre erschossen haben, bestraft worden? Bei Schüssen im Auftrag des Staates heißt es nicht Mord, sondern „Notwehr", die Täter gehen frei aus und werden sogar befördert, wie z.B. der Polizist Kurras in Westberlin, der Benno Ohnsorg erschoß.

Kriminell ist für die Bourgeoisie nicht jede Gewalt und nicht jede Befürwortung von Gewalt. Kriminell ist nur das, was sich gegen ihre Interessen und gegen ihre Herrschaft richtet:

Das gleiche Landgericht Flensburg, das den Massenmörder Ehlers als ehrenwerten Mann ansah, verurteilte den Kommunisten Martin Peleikis zu 7 Monaten Gefängnis, weil sein Name unter einem antimilitaristischen Flugblatt stand. Die gleichen Gerichte, die die faschistischen Massenmörder reihenweise freisprechen, verurteilen Hunderte von Angeklagten allein deshalb, weil sie eine kommunistische Weltanschauung vertreten. Allein im Bereich des Oberlandesgerichts Hamm wurden im letzten Jahr über 2500 Ermittlungsverfahren gegen Revolutionäre und Kommunisten eingeleitet. An die 500000 DM Geldstrafen wurden allein gegen Genossen der KPD/ML in den letzten Jahren verhängt. Immer häufiger werden Gefängnisstrafen ausgesprochen.

Das ist Klassenjustiz. Das zeigt, daß die Aufgabe der Gerichte nicht darin besteht, Verbrechen zu bestrafen, sondern die Herrschaft der Kapitalistenklasse vor den Kommunisten, den revolutionären Arbeitern und Jugendlichen zu schützen.



HAMBURG

In der berüchtigten Hamburger „Glokke" ist einem Häftling aus Afrika von Wärtern die Wade gebrochen worden. Das geschah, als die Wärter den Gefangenen äußerst brutal an eine Pritsche in einer Beruhigungszelle fesselten. Zwei der Anstaltsärzte, die der Gefangene nacheinander aufsuchte, erklärten, er habe nichts. Erst ein dritter Arzt stellte nach fünf Tagen den Beinbruch fest.

In der Hamburger „Glocke" wurden bisher zwei Menschen ermordet: Sie starben nach Mißhandlungen durch Wärter. In beiden Fällen wurden die Ermittlungen so geführt, daß kein Schuldiger entdeckt wurde.

DORTMUND

In Dortmund wurde Genosse Dose, presserechtlich Verantwortlichen des Zentralorgans des KSV „Dem Volke dienen" zu dreieinhalb Monaten Gefängnis auf Bewährung verurteilt. Der Staatsanwalt hatte 9 Monate ohne Bewährung beantragt. Genosse Dose soll unter anderem deshalb ins Gefängnis, weil durch Artikel in „Dem Volke dienen" angeblich die Bundesrepublik verächtlich gemacht wurde.

WESTBERLIN

In Westberlin findet zur Zeit ein Prozeß gegen die Genossen Christian Heinrichs und S. Gummelt im Zusammenhang mit der Bethanienkampagne der GRF (KPD) statt. Zu Beginn des Prozesses klagte die Staatsanwaltschaft die Genossen in einer 47 Seiten langen Anklageschrift an, die sich zu einem Großteil gegen revolutionäre Punkte in der Linie der GRF richtet und in der unter anderem von einer „Bedrohung der inneren Sicherheit der BRD und Westberlins" durch die GRF die Rede ist. Während der Verhandlung, am 17. 2., erweiterte die Staatsanwaltschaft die Anklageschrift um weitere 34 Seiten. Grundlage dafür waren Flugblätter, die die GRF vor Polizeikasernen verteilt hatte sowie handschriftliche Aufzeichnungen des Genossen Heinrichs, die die Polizei am 21. 1. bei einer Durchsuchung des Parteibüros der GRF beschlagnahmt hatte.

Spenden zur Unterstützung politisch Verfolgter bitte einzahlen auf das Konto:

Vorstand der KPD/ML
— Spendenkonto —
Sparkasse Dortmund
Kto.-Nr.: 321 004 547
Stichwort: SOLIDARITÄT

PROZESSANKÜNDIGUNG

RECKLINGHAUSEN

Am 10. 3. 76 beginnt vor dem Amtsgericht Recklinghausen um 9 Uhr, Zi 25 ein Prozeß gegen Genossen Ulrich Grober, den ehemaligen presserechtlich Verantwortlichen in Recklinghausen. In 14 Anklageschriften wird Genosse Ulrich im Zusammenhang mit Flugblättern zur Ermordung des Genossen Günter „Volksverhetzung", „Verächtlichmachung der Bundesrepublik" und „Beleidigung" vorgeworfen. Weitere Prozeßtermine sind am 17. und 24. 3. 76.

Haftbefehl besteht weiter, weil Klaus Mitglied der KPD/ML ist

Klaus Kercher wurde im letzten Jahr zu 16 Monaten Gefängnis verurteilt, weil er 1972 an der Demonstration zum Roten Antikriegstag teilgenommen hatte. Immer noch besteht gegen Klaus Haftbefehl. Er ist zwar außer Vollzug gesetzt, aber Klaus muß sich jede Woche auf der Polizei melden.

Im Januar begann die Berufungsverhandlung. Sie wurde bereits nach einem Tag abgebrochen, weil das Gericht Rechtsanwalt Croissant, den Verteidiger, von der Verteidigung ausschloß, weil er schon einmal in einem Prozeß wegen der Demonstration am Roten Antikriegstag verteidigt habe. Gegen diesen Beschluß des Gerichts wurde Beschwerde eingelegt. Außerdem wurde Beschwerde gegen die Aufrechterhaltung des Haftbefehls gegen Klaus eingelegt. Jetzt erhielt Klaus Kercher die Antwort des Oberlandesgerichts München. Er schreibt uns:

„Wie ihr wißt, ist der Haftbefehl gegen mich zwar außer Kraft gesetzt, aber nicht aufgehoben. Deswegen muß ich mich wöchentlich einmal, wie ein Verbrecher oder Landstreicher, bei der Polizei melden. Das Oberlandesgericht, das meine Beschwerde dagegen jetzt ablehnte, verweist auf die zahlreichen Entscheidungen, die es in dieser Sache bereits zu fällen hatte und fügt als neuen Grund für die Ablehnung meines Antrages hinzu:

‚Der von dieser erheblichen Freiheitsstrafe ausgehende Fluchtanreiz ist besonders hoch einzuschätzen, da der Angeklagte auch nach den mehrfachen Ausführungen seines bisherigen Verteidigers Kommunist und Mitglied der KPD/ML ist und also die revolutionäre Beseitigung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung in der Bundesrepublik anstrebt; **bei dieser Einstellung liegt die Besorgnis des Untertauchens besonders nahe ...**" (hervorgehoben von der Redaktion)

Diese „Besorgnis" des Gerichts ist frei erfunden. Und gerade die Münchner Gerichte wissen das ganz genau. Sie haben bisher 6 Genossen der KPD/ML zu einer Gefängnisstrafe von einem Jahr und mehr verurteilt. Alle im Zusammenhang mit der Demonstration zum Roten Antikriegstag. Kein einziger dieser Genossen ist wegen der drohenden Gefängnisstrafe untergetaucht. Auch Klaus Kercher nicht, obwohl ihm die Strafe bereits seit fast eineinhalb Jahren droht.

Die „Besorgnis" des Gerichts ist also in Wirklichkeit ein Vorwand, um Genossen der KPD/ML immer dann, wenn eine Gefängnisstrafe zu erwarten ist, in Haft nehmen zu können, ohne vorher ein rechtskräftiges Urteil abzuwarten. Die Tatsache, daß allein im letzten Jahr an die 10 Jahre Gefängnis gegen Genossen der Partei verhängt wurden, zeigt, daß eine solche Gefängnisstrafe immer häufiger zu „erwarten" sein wird.

Die Ablehnung der Beschwerde von Klaus Kercher ist ein klarer Beweis für die Gesinnungsjustiz in der Bundesrepublik. Es ist weiter ein Beweis dafür, daß es der Bourgeoisie bei ihren Prozessen nicht darauf ankommt, die „Wahrheit zu finden", sondern ihre politischen Gegner, die Kommunisten, hinter Gitter zu bringen.

Schreibt den Genossen in Haft

Heinz Baron, JVA Münster, Gartenstr. 26.

Sascha Haschemi, JVA Stadelheim, Stadelheimerstr.

Hans-Georg Schmidt, 6110 Dieburg, JVA, Altstadt 25.

Ömer Özerturgut und Mustafa Tutgun, JVA Dinslaken, Zweigstelle Duisburg-Ruhrort, Amtsgerichtsstr.

Bitte den Briefen Rückporto beilegen.

Letzte Meldung:

Genosse Hubert Lehmann wurde am 26. 2. 76 aus der Haft entlassen, am 2. 3. (nach Redaktionsschluß) soll auch Genosse Bernd Reisser entlassen werden. Bei beiden Genossen ist die Reststrafe zur Bewährung ausgesetzt.

FREIHEIT
FÜR DEN KOMMUNISTEN
HEINZ BARON





ROTE HILFE
DEUTSCHLANDS

Ein Plakat der Dortmunder Ortsgruppe der RHD.

Korrespondenzen

Redaktion „ROTER MORGEN"
Wellinghofer Str. 103
Postfach 30 05 26
4600 Dortmund 30

Ein guter Vorschlag

KIEL

Zur ROTER MORGEN Kampagne haben wir einen guten Vorschlag zu machen: In der letzten Woche haben wir bei mehreren Ärzten angefragt, ob wir den ROTEN MORGEN regelmäßig bei ihnen im Wartezimmer auslegen dürfen; ein Teil stimmte zu. Ebenfalls versuchten wir es bei einem Friseur, der auch zustimmte. Da wir wenig Zeit hatten, konnten wir noch nicht so viele Erfahrungen sammeln. Wir haben vor, weiterhin die übrigen Ärzte, Friseure, Waschsalons, Imbißhallen und andere Einrichtungen, wo Menschen warten müssen, zu befragen. Wir meinen, daß die anderen Genossen es auch in ihren Bereichen versuchen sollten.

Zwei Genossinnen aus Kiel

Der KSV auf rechtsopportunistischem Kurs

Der KSV hat einen „Offenen Brief über die gegenwärtigen Aufgaben in der verfassten Studentenschaft" an der Uni in Münster verteilt. In dieser vierseitigen Erklärung findet sich kein Wort darüber, daß die Bundesrepublik ein imperialistischer Staat ist, stattdessen wird ausschließlich ihre positive Rolle als Land der zweiten Welt betont, oder sie wird als „mittelgroßes Land" bezeichnet. Mit solchen klassenneutralen Ausdrücken soll der Charakter des westdeutschen Imperialismus verharmlost werden.

Folglich wird vom Klassenkampf in der Bundesrepublik abgelenkt. Die einzige Erklärung für die „Verschärfung des Kurses der politischen Unterdrückung der Arbeiterklasse und aller anderen Teile des Volkes" ist folgende: „Dieser Kurs der Bundesregierung ist zu einem gewissen Teil auf ihre Politik der Anlehnung an die eine Supermacht (USA) und des Geschäftetreibens mit der anderen zurückzuführen." Kein Wort davon, daß die Bourgeoisie ihre Herrschaft über die Arbeiterklasse, ihr System der Ausbeutung und Unterdrückung aufrechterhält, daß sich zwei Klassen unversöhnlich gegenüberstehen.

In diesem vierseitigen Pamphlet wird eindeutig eine Zwischenetappe konstruiert: „Deutschland ist nach dem 2. Weltkrieg vom US-Imperialismus gespalten worden. In der DDR hat die Sowjetunion heute ihr militärisches, politisches und wirtschaftliches Regiment errichtet, sie ist heute der Hauptgegner der Einheit Deutschlands. Der Kampf für nationale Unabhängigkeit und um die Einheit Deutschlands ist Bestandteil jeder fortschrittlichen Politik." Dementsprechend heißt die Schlußparole: „Die Organe der verfassten Studentenschaft müssen auf der Seite des Kampfes für nationale Unabhängigkeit und Einheit, für demokratische Rechte und Freiheiten und für Völkergemeinschaft stehen!" Kein Wort vom Sozialismus, kein Wort von der proletarischen Revolution in beiden deutschen Staaten. Also ein vereintes imperialistisches Deutschland, oder friedlicher Übergang zu einem vereinten, demokratischen, friedliebenden Deutschland? In jedem Fall sollen die Massen auf den Irrweg geführt werden.

So heißt es: „Eine solche Politik schließt die Bewegungsfreiheit der Massen und eine Politik der Erhaltung und Ausweitung ihrer demokratischen Rechte in der BRD und die Wiedererkämpfung der demokratischen Rechte in der DDR, wo die Rechtlosigkeit des Volkes ein ungeheures Ausmaß erreicht hat ... ein. Denn nationale Unabhängigkeit und Einheit kann nur errungen werden, wenn die Massen für diese Ziele eintreten und kämpfen."

Alles wird dem Ziel der nationalen Einheit untergeordnet, der nationale Widerspruch ist bereits der Hauptwiderspruch für den KSV.

Außerdem wird der moderne Revisionismus verharmlost. Er wird nicht als Agentur des Imperialismus, als Funkenaustreter der Revolution betrachtet, sondern ausschließlich als AGENTENORGANISATION des russischen Sozialimperialismus. Entsprechend sieht die Taktik des KSV in studentischen Gremien aus: da der Sozialimperialismus der Hauptfeind ist und die Revisionisten seine Agentur, werden andere bürgerliche Studentenorganisationen wie die Jusos unterstützt. So sammelt der KSV in einem Ort Unterschriften, daß nicht der Asta, sondern alle Hochschulgruppen im Studentenparlament Delegierte zu den VDS-Tagen schicken sollten, was praktisch dem RCDS, der nicht im Asta ist, den Rükken stärkt. Diese Unterschriftenlisten werden konsequenterweise auch von RCDS-Mitgliedern unterstützt.

Genossen, für uns muß klar sein: auf dieser Linie kann es keine Einheit geben, auf dieser Linie ist auch kein Bündnis möglich, vielmehr müssen wir diese Linie bekämpfen.

Rot Front

KSB/ML Münster

8. März-Internationaler Kampftag der Frauen

„Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Niemand darf wegen seines Geschlechts ... benachteiligt werden." So steht es im Artikel 2 des Grundgesetzes. Die Wirklichkeit aber sieht anders aus. Im Gegensatz zu den Verfassungsphrasen wird die Lage der werktätigen Frau bei uns nach wie vor durch die doppelte Ausbeutung und Unterdrückung bestimmt, der die werktätige Frau im Kapitalismus ausgesetzt ist.

Der 8. März ist der internationale Kampftag der Frau. Seine Geschichte reicht zurück zu jenem 8. März 1878, an dem Fabrikarbeiterinnen in Massachusetts den ersten organisierten Arbeiterinnenstreik durchführten.

Was meinen wir, wenn wir von der doppelten Ausbeutung und Unterdrückung der Frau im Kapitalismus sprechen? Damit ist gemeint, daß die werktätigen Frauen einmal ausgebeutet und unterdrückt werden, weil sie **Arbeiterinnen**, Teil der Arbeiterklasse sind. Darüber hianus werden die werktätigen Frauen besonders ausgebeutet und unterdrückt, weil sie **Frauen** sind. So werden im Betrieb die Frauen einerseits wie alle Arbeiter durch die Kapitalisten ausgebeutet. Andererseits aber erhalten sie die niedrigsten Löhne, müssen sie die unqualifizierteste und eintönigste Arbeit machen. 91% der Fabrikarbeiterinnen sind ungelernte oder angelernte Arbeiterinnen, nur 6% von ihnen sind Facharbeiterinnen. Bis 1955 wurden die Frauen im Betrieb offen als Arbeiter zweiter Klasse behandelt. Bis dahin gab es den sogenannten Frauenabschlag. Wenn ein Mann und eine Frau die gleiche Arbeit machten, bekam die Arbeiterin automatisch weniger Lohn als ihr männlicher Kollege. Dieser Frauenabschlag wurde 1955 durch ein Urteil des Bundesverfassungsgericht für verfassungswidrig erklärt. Der Frauenabschlag wurde zwar abgeschafft, aber dafür wurden die Leichtlohngruppen eingeführt. Offiziell richtet sich die Einstufung in die Leichtlohngruppen natürlich nicht nach dem Geschlecht. In Wirklichkeit aber werden praktisch nur Frauen und Jugendliche in die Leichtlohngruppen eingestuft.

Von der doppelten Ausbeutung und Unterdrückung der werktätigen Frau spricht die bürgerliche Propaganda nicht. Sie spricht allerdings manchmal von der „Doppelbelastung" der werktätigen Frauen. Damit ist gemeint, daß die werktätige Frau nach Schichtende noch den Haushalt versorgen und sich um die Kinder kümmern muß. Es ist eine Tatsache, daß das Leben der meisten verheirateten werktätigen Frauen so verläuft. Die bürgerliche Propaganda aber will verschleiern, daß die Ursache für dieses mühselige Leben der werktätigen Frauen im Kapitalismus liegt. Stattdessen stellt sie die Frage der „Doppelbelastung" hauptsächlich als ein Problem zwischen den Eheleuten hin. Natürlich stimmt es, daß ein großer Teil der proletarischen Männer die falsche, bürgerliche Auffassung vertritt, daß Fragen des Haushalts und der Kindererziehung ausschließlich die Frauen angehe. Sie kommen nach Schichtschluß nach Hause und warten darauf, daß die Frau, die ebenfalls gerade von der Arbeit kommt, das Essen auf den Tisch bringt, ohne selbst einen Handschlag zu tun. Natürlich ist es richtig, wenn die Frauen gegen die rückschrittliche Ideologie ihrer Männer kämpfen.

Trotzdem ist diese Frage nicht in erster Linie ein Problem zwischen den Eheleuten. Der Kapitalismus hat die proletarischen Frauen als billige Arbeitskräfte in den Produktionsprozeß einbezogen. Rund 30% der Werktätigen sind heute Frauen. Die Kommunisten haben stets die Ansicht vertreten, daß die gleichberechtigte Teilnahme an der Produktion und damit die Aufhebung der wirtschaftlichen Abhängigkeit vom Mann eine Voraussetzung für die gesellschaftliche Gleichstellung von Frau und Mann ist. Hebt die Eingliederung der Frau in die kapitalistische Produktion ihre wirtschaftliche Abhängigkeit vom Mann auf? — In gewisser Hinsicht sicher, auch wenn wir sehen, daß die Kapitalisten dafür sorgen, daß die Frau dem Mann auch wirtschaftlich unterlegen bleibt, indem sie die Frau mehrheitlich nur als „unqualifizierte Billigstarbeitskraft" einstellen, so daß sie meistens gegenüber dem Mann „Zuverdiener" bleibt. Vor allem aber wird durch die Eingliederung der Frau in die kapitalistische Produktion die Abhängigkeit der proletarischen Familie vom Kapital erhöht. Früher hat in der Regel der Lohn des Mannes ausgereicht, um den Unterhalt der Familie zu sichern. Heute ist es für eine große und wachsende Zahl von Arbeiterfamilien zur zwingenden wirtschaftlichen Notwendigkeit geworden, daß Mann und Frau Arbeit finden, um den Unterhalt der Familie zu finanzieren. Die Eingliederung der Frau in die kapitalistische Produktion bedeutet so insgesamt eine ungeheure Verschärfung der Ausbeutung der Arbeiterklasse durch die Kapitalistenklasse. Das soll kein Argument gegen die richtige und notwendige Arbeit der Frau in der Produktion sein. Aber im Kapitalismus wird die werktätige Frau nur um des Profits der Kapitalisten Willen in die Fabriken gezwungen, ohne Rücksicht darauf, wer nun die Aufgaben des Haushalts und der Kindererziehung übernimmt, die bislang die Frau erledigt hatte. Es ist also die kapitalistische Ausbeutung, die die „Doppelbelastung" der werktätigen Frau schafft, die die werktätige Frau in den Zwiespalt zwischen ihrer Arbeit in der Produktion und den Aufgaben als Mutter und in der Familie bringt.

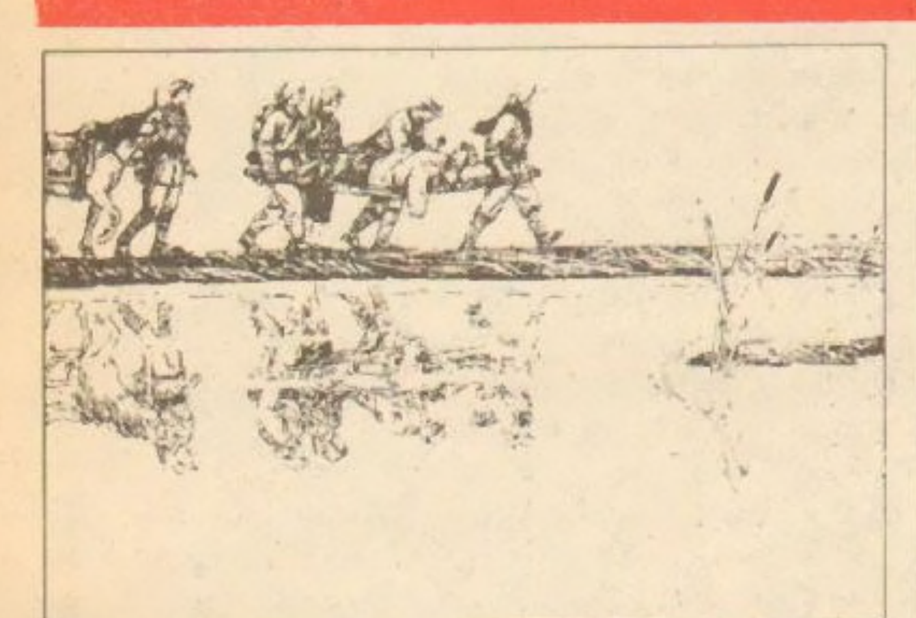
Gleichzeitig schürt die bürgerliche Propaganda unter Männern und Frauen die reaktionäre Auffassung, daß die Frau eigentlich in die Küche und zu den Kindern und nicht in die Fabrik gehört.

„Die Frau kann nicht frei sein, wenn ihr Volk und ihre Klasse versklavt, geknechtet und ausgebeutet sind." Diese Worte der Genossin Vito Kapo, der Vorsitzenden des albanischen Frauenverbandes, bringen die volle Wahrheit zum Ausdruck. Seit jenem Streik der Fabrikarbeiterinnen von Massachusetts haben die Frauen sich eine ganze Reihe von Rechten erkämpft. Ihre vollständige Befreiung aber wird die proletarische Frau nur erreichen, wenn sie als Teil der gesamten Arbeiterklasse den Kapitalismus gestürzt und den Sozialismus errichtet hat.

Norman Bethune in China

6. Folge. „Wir müssen an die Front zu den Verwundeten!" Der von Genossen Bethune organisierte Sanitätstrupp ist überall an der Front zu finden, ungeachtet der Gefahren. Genosse Bethune operiert Tag und Nacht. Bei einem Gefecht in Zentralhopeh wird der Kompanieführer Hsü schwer verwundet. Das Gefecht endet mit dem Sieg. Genosse Hsü wird in ein Lazarett hinter der Front gebracht...

(Die Geschichte ist leicht gekürzt — RM)



Genosse Bethune begleitete den Kompanieführer Hsü und einige andere Verwundete zum Lazarett hinter der Front. Auf dem Wege fragte er oft nach ihrem Befinden, was die Verwundeten tief rührte. Wenn sie ihm versicherten, es gehe ihnen gut, dann meinte er: „Solange sich die Verwundeten wohl fühlen, mache ich mir keine Sorgen."





Im Lazarett hinter der Front konstruierte Genosse Bethune Kompanieführer Hsü eine verstellbare Rückenlehne und erklärte den Ärzten: „Bauchwunden rufen Atemnot hervor. So gestützt ist es bequemer für ihn."



Genosse Bethune kochte für Hsü täglich vier Mahlzeiten. Der Koch wollte ihn ablösen, aber Genosse Bethune sagte: „Behandlung mit Medikamenten ist natürlich nötig, aber wenn die Verwundeten die richtige Speise bekommen, werden sie sich noch schneller erholen. Du verstehst nicht, was meine Kranken brauchen, daher laß mich das Kochen besorgen!"



Die Speisen trug Genosse Bethune selbst zu Hsü und flößte sie ihm mit einem Löffel ein, indem er sagte: „Iß', dann wirst du schnell wieder gesund werden und kannst noch mehr Feinde vernichten!" Dem Kompanieführer Hsü traten die Tränen in die Augen, und er konnte kein Wort hervorbringen.



Unter der liebevollen Behandlung und Pflege des Genossen Bethune war Hsü bald wieder hergestellt und konnte wieder an die Front zurückkehren. Beim Abschied sagte er: „Doktor Bethune, ich werde bestimmt noch mehr Feinde vernichten!"



Eines Tages brauchte ein Schwerverwundeter bei der Amputation eine große Transfusion. Dazu meldeten sich viele Genossen. Genosse Bethune sagte: „Vor einigen Tagen habt ihr erst Blut übertragen. Diesmal muß ich an die Reihe. Ich habe Blutgruppe 0. Ich kann jedem Blut spenden." Dann streckte er seinen Arm aus. Die Genossen sagten: „Du bist nicht mehr so jung...." Genosse Bethune erwiderte: „Unsere Kämpfer vergießen an der Front ihr Blut für das Vaterland und die Nation. Wieso soll ich da nicht Blut spenden?"



Genosse Bethune legte sich neben den Verwundeten und sagte: „Verliert keine Zeit! Am wichtigsten ist der Verwundete!" So floß das frische Blut des großen Sohnes des kanadischen Volkes, des Genossen Bethune, in die Adern dieses chinesischen Kämpfers. So wurde er durch das Blut des proletarischen internationalistischen Kämpfers Genosse Bethune gerettet.



Es wurde rasch bekannt, daß Genosse Bethune dem Verwundeten der Achten Route-Armee Blut übertragen hatte. Bald darauf bildete die Bevölkerung freiwillig eine Bluttransfusionsgruppe. Genosse Bethune sagte aufgeregt: „Die Massen sind unser Blutvorrat. Das ist ein neues Ereignis in der Geschichte der Chirurgie!"

(Wird fortgesetzt).

Ein Feind der Imperialisten - ein Führer der Arbeiterklasse

J.W.Stalin

Am 5. März dieses Jahres waren es bereits 23 Jahre, daß Josef W. Stalin, der große Führer der internationalen Arbeiterklasse starb. Sein Tod rief nicht nur unter den Kommunisten aller Länder, nicht nur bei den Völkern der Sowjetunion, sondern bei den fortschrittlichen Menschen in der ganzen Welt Trauer hervor. Auch in Deutschland bekundeten die Arbeiter in Trauerzügen ihre Erschütterung über den Tod Stalins.

Ein Revolutionär wie Stalin, der stets kompromißlos Partei ergriffen hat für die Sache der Arbeiterklasse und der unterdrückten Völker, für die Sache der Revolution und des Sozialismus, hat nicht nur Freunde, sondern auch Feinde. Feinde, die ihn hassen, weil unter seiner Führung die Sowjetunion allen Versuchen der Bourgeoisie, die Diktatur des Proletariats zu stürzen, standhielt, weil die Sowjetunion nicht nur zu einem Grab für die Faschisten wurde, sondern weil sie durch ihre Hilfe mit dazu beitrug, daß in der Folge des 2. Weltkrieges ein starkes sozialistisches Lager entstand, das 1/4 der Weltbevölkerung umfaßte.

Sollen die Imperialisten und ihre Kreaturen Stalin hassen — für die Arbeiterklasse und alle fortschrittlichen Menschen ist dies nur ein Beweis mehr, daß Stalin der Bourgeoisie schwere Schläge versetzt hat und ein unbestechlicher Soldat der Revolution war.

Angriffe auf Stalin sind Angriffe auf einen Freund des deutschen Volkes

In einer Unterredung mit dem deutschen Schriftsteller Emil Ludwig im Jahre 1931 sagte Stalin: *„Wenn wir schon über unsere Sympathien für irgendeine Nation sprechen oder richtiger für die Mehrheit irgendeiner Nation, so müssen wir über unsere Sympathien für die Deutschen sprechen."* Diese Sympathie für die Mehrheit der deutschen Nation — also für das deutsche Volk, nicht aber für die deutsche Bourgeoisie — bewahrte Stalin bis an sein Lebensende. Man kann sagen, daß der gesamte Große Vaterländische Krieg, in dem Stalin die Völker der Sowjetunion und ihre Bundesgenossen gegen den Hitlerfaschismus führte, ein einziger Beweis dieser Sympathie, der proletarisch-internationalistischen Gesinnung Stalins war.

Worum handelte es sich bei diesem Krieg für die Sowjetunion?

Stalin sagte dazu:

Die Deutschen führen einen Raubkrieg, einen ungerechten Krieg, der auf die Eroberung fremden Gebiets und die Unterwerfung fremder Völker abzielt. Darum müssen sich alle ehrlichen Menschen gegen die deutschen Eindringlinge als ihre Feinde erheben. Im Unterschied zu Hitlerdeutschland führen die Sowjetunion und ihre Bundesgenossen einen Befreiungskrieg, einen gerechten Krieg, der auf die Befreiung der unterjochten Völker Europas und der UdSSR von der Hitlertyrannei abzielt."

Man sollte meinen, diese Tatsachen sind klar und eindeutig. Millionen Menschen erlebten am eignen Leib die barbarische Aggression des Hitlerfaschismus. Millionen Menschen erkannten im Laufe des Krieges, daß die sozialistische Sowjetunion die einzige Kraft war, die imstande war, die Bestie Hitlerfaschismus zu vernichten und setzten ihre ganze Hoffnung auf Stalin. Die sozialistische Sowjetunion unter Führung Stalins enttäuschte diese Hoffnungen nicht. Die Bestie wurde in die Knie gezwungen. Auf den Trümmern des Faschismus entstand das sozialistische Lager, das von der Sowjetunion selbstlos unterstützt wurde.

Das sind die Tatsachen. Aber es waren Tatsachen, die den Imperialisten absolut nicht gefielen. Deshalb starteten sie eine beispiellose Verleumdungskampagne gegen den „Hauptschuldigen", gegen Stalin. Zwar konnten sie die Verbrechen des Hitlerfaschismus nicht vollständig leugnen, aber sie versuchten, sie zu verharmlosen und dafür Stalin und die Sowjetunion als „zweiten Hitler" hinzustellen.

So sollte der Charakter des 2. Weltkrieges, wie Stalin ihn gekennzeichnet hat, verfälscht und die Völker, die sich im 2. Weltkrieg als Triebkraft der Geschichte erwiesen hatten, als Spielball in der Hand von Diktatoren verleumdet werden.

Die Lüge über den „Hitler-Stalin-Pakt"

Eine dieser Lügen, die bis heute aufrechterhalten wird, ist die über den „Hitler-Stalin-Pakt". Er ist angeblich der Beweis dafür, daß Hitler und Stalin unter einer Decke gesteckt haben bzw. dafür, daß Stalin „schwere Fehler" gemacht habe.

Was hat es mit dieser Lüge auf sich? Stalin selbst hat dazu Stellung genommen: *„Man könnte fragen"*, sagte Stalin 1941, *„wie konnte es geschehen, daß sich die Sowjetregierung auf den Abschluß eines Nichtangriffpaktes mit solchen wortbrüchigen Leuten und Ungeheuern wie Hitler und Ribbentrop eingelassen hat? Ist hier nicht von der Sowjetregierung ein Fehler begangen worden? Natürlich nicht! Ein Nichtangriffspakt ist ein Friedenspakt zwischen zwei Staaten. Eben einen solchen Pakt hat Deutschland uns im Jahre 1939 angeboten. Konnte die Sowjetregierung ein solchen Angebot ablehnen? Ich denke, kein einziger friedliebender Staat kann ein Friedensabkommen mit einem benachbarten Reich ablehnen, selbst wenn an der Spitze dieses Reiches solche Ungeheuer und Kannibalen stehen wie Hitler und Ribbentrop...*

Was haben wir durch den Nichtangriffspakt mit Deutschland gewonnen? Wir haben unserem Land für anderthalb Jahre den Frieden gesichert sowie die Möglichkeit, unsere Kräfte zur Abwehr vorzubereiten, falls das faschistische Deutschland es riskieren sollte, unser Land trotz des Paktes zu überfallen. Das ist ein bestimmter Gewinn für uns und ein Verlust für das faschistische Deutschland."

Wer trotz dieser eindeutigen Tatsachen gegen den sogenannten „Hitler-Stalin-Pakt" hetzt, der muß es sich gefallen lassen, daß man ihn fragt, ob es ihm lieber wäre, wenn der Krieg der Hitlerfaschisten gegen die sozialistische Sowjetunion bereits 1939 ausgebrochen wäre — mit weniger Waffen auf der Seite der Roten Armee, mit einer schlechteren Verteidigungslinie gegen den Hitlerfaschismus — mit einem Wort, unter günstigeren Bedingungen für den Hitlerfaschismus und ungünstigeren Bedingungen für die sozialistische Sowjetunion und für die europäischen Völker.

Die Lüge über die Rote Armee Stalins

Nicht weniger entlarvend als die Lüge vom sogenannten „Hitler-Stalin-Pakt" ist eine andere Lüge für ihre Urheber. Nämlich die Lüge über das angebliche Wüten der Roten Armee. Diese Lüge über die „Verbrechen der Roten Armee" ist in erster Linie als ein Versuch anzusehen, die Verbrechen der Hitlerarmee zu verharmlosen und den Charakter der Roten Armee als einer Armee des Volkes zu leugnen.

Bekanntlich haben die Hitlerarmeen an den Völkern Europas ungeheuerliche Verbrechen begangen. Weder vor Frauen noch vor kleinen Kindern machte ihre Grausamkeit halt. Sie ließen ganze Dörfer als „Geiseln" ermorden. Wer angesichts dieses Massenmordens von „Verbrechen der Roten Armee" spricht, der hilft, ob er will oder nicht, den Hitlerfaschisten und ihren heutigen Nachfolgern. Diese Methode der „Kritik der Roten Armee", die von den Imperialisten angewandt wird, ist nichts anderes als die Methode des Diebes, der „Haltet den Dieb!" schreit. Es ist eine typisch bourgeoise Methode, die „Vergangenheit zu bewältigen", indem der Mantel des Schweigens über die Verbrechen des Imperialismus gebreitet und ein großes Gezeter über die angeblichen „Verbrechen" der Kommunisten und des Volkes angestimmt wird.

In Wirklichkeit sind diese Greuelgeschichten über die „Verbrechen der Roten Armee" Unsinn. Das heißt natürlich nicht, daß es bei den Mitgliedern der Roten Armee keine Fehler gegeben haben kann. Selbstverständlich können Fehler vorgekommen sein. Aber hätte die Rote Armee etwa Unterstützung und Verbündete in den europäischen Völkern gefunden, wenn sie diese in der Art der Hitlerarmeen behandelt hätte? Hätte die Rote Armee aber ohne eine solche Unterstützung den Hitlerfaschismus besiegen können? Nein, das hätte sie nicht. Und das ist ein klarer Beweis dafür, daß die Rote Armee tatsächlich das genaue Gegenteil der mit einer faschistischen Herrenmenschenideologie verseuchten Eroberungsarmee Hitlers war, nämlich eine Befreiungsarmee des Volkes.

Gerade dieser Charakter der Roten Armee als einer Befreiungsarmee der Völker aber ist entscheidend geprägt durch die führende Hand des Genossen Stalin. So hat er im Gegensatz zu den angeblich so demokratiebeflissenen Regierungen der Alliierten niemals ein einziges Wort der Anklage gegen das deutsche Volk gefunden. Sein Haß und sein erbitterter Kampf galt allein der deutschen Bourgeoisie, dem Hitlerfaschismus. Bereits im Februar 1942, also 8 Monate nach dem Überfall der Hitlerfaschisten auf die Sowjetunion, sagte Stalin: *„In der ausländischen Presse wird manchmal darüber geschwätzt, daß die Rote Armee das Ziel habe, das deutsche Volk auszurotten und den deutschen Staat zu vernichten... Es ist sehr wahrscheinlich, daß der Krieg für die Befreiung des Sowjetbodens zur Vertreibung oder Vernichtung der Hitlerclique führen wird... Es wäre aber lächerlich, die Hitlerclique mit dem deutschen Volk, mit dem deutschen Staat gleichzusetzen. Die Erfahrungen der Geschichte besagen, daß die Hitler kommen und gehen, aber das deutsche Volk, der deutsche Staat bleibt."*

Diesen Standpunkt hat Stalin auch nach Beendigung des 2. Weltkrieges vertreten; er hat das deutsche Volk gegen die Ausrottungspläne der US-Imperialisten verteidigt, den Aufbau eines antifaschistischen, demokratischen und friedliebenden Deutschlands in dem Teil, in dem die Rote Armee war, aktiv unterstützt und einen hartnäckigen Kampf gegen die Spaltung Deutschlands und den Wiederaufbau des deutschen Militarismus geführt. So erwies sich Stalin während und nach dem 2. Weltkrieg als der starke, treue und beste Freund des deutschen Volkes.

Angriffe auf Stalin sind Angriffe auf die Revolution

Stalin hat sein gesamtes Leben für die Sache der Arbeiterklasse gekämpft. Er zog sich durch seinen mutigen Kampf gegen den Imperialismus sowohl den Haß des russischen Zarenregimes zu als auch aller Imperialisten und ihrer Kreaturen in späteren Zeiten.

Stalin wurde am 21. 12. 1879 als Sohn eines Schuhmachers in Tiflis geboren. Bereits mit 15 Jahren — als Schüler an einem geistlichen Seminar — nahm er Kontakt mit einer illegalen marxistischen Gruppe auf. Wegen seiner revolutionären Tätigkeit wurde er vom Seminar ausgeschlossen und mußte von 1901 bis 1917 illegal für die SDAPR, die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands, arbeiten. 1902 wurde Stalin das erste Mal verhaftet und nach Sibirien verbannt. Aber bereits nach kurzer Zeit floh er und organisierte anschließend einen großen Streik der Arbeiter von Baku, der zum Signal für die Revolutionskämpfe 1905 wurde. Insgesamt wurde Stalin bis 1917 achtmal verhaftet und siebenmal verbannt. Sechsmal gelang es ihm, aus der Verbannung zu fliehen, beim siebten Mal wurde er während der Februar-Revolution 1917 befreit.

Trotz dieser Verfolgung erwarb sich Stalin große Kenntnisse, Erfahrungen und Verdienste in der Leitung des Kampfes der Arbeiter. Zugleich kämpfte er an der Seite Lenins für die Schaffung der marxistischen Vorhutpartei gegen alle opportunistischen Strömungen. 1912 wurde Stalin in das Zentralkomitee der SDAPR gewählt. Ab 1917 war Stalin auch verantwortlich für die „Prawda", das Zentralorgan der Partei. Gemeinsam mit Lenin stand Stalin 1917 an der Spitze der Kämpfe für die sozialistische Revolution. Die Partei legte die Leitung des Aufstandes im roten Oktober in seine Hand. Von 1918 bis 1920 in der Zeit der Interventionskriege gegen den jungen sozialistischen Staat wurde Stalin von der Partei immer wieder an die Front geschickt, wo er die Rote Armee bei der Verteidigung der Sowjetunion leitete und zum Sieg führte.

Am 21. 1. 1924 starb Lenin. Die Partei vertraute Stalin die große Aufgabe an, sein Werk fortzuführen.

Stalin sagte damals:

„Wir Kommunisten sind Menschen von besonderem Schlage. Wir sind aus besonderem Material geformt. Wir sind diejenigen, die die Armee des großen proletarischen Strategen bilden, die Armee des Genossen Lenin. Es gibt nichts Höheres als diese Ehre, dieser Armee anzugehören. Es gibt nichts Höheres als den Namen eines Mitglieds der Partei, deren Gründer und Führer Genosse Lenin ist..."

Zusammen mit Lenin hatte Stalin die Fundamente des ersten sozialistischen Staates der Welt gelegt. Gestützt auf die Lehren von Marx, Engels und Lenin setzte er Lenins Werk fort. 30 Jahre lang leitete Stalin erfolgreich die Kommunistische Partei der Sowjetunion und den proletarischen Staat und verteidigte ihn gegen Angriffe von innen und außen. Unter seiner Führung heilte das sowjetische Volk innerhalb kurzer Zeit und ohne materielle Hilfe von irgendjemandem die Wunden des Krieges, stellte die Wirtschaft wieder her und schuf die notwendige Basis für die Weiterentwicklung der Industrie, der Wissenschaft und Technik. Dabei leistete sie noch wertvolle Hilfe für die anderen jungen Volksdemokratien.

Stalin kannte dabei die Gefahren, die dem sozialistischen Staat drohten. Er sagte: *„Die kapitalistische Einkreisung darf man nicht als einen einfachen geographischen Begriff auffassen. Kapitalistische Einkreisung bedeutet, daß es rings um die Sowjetunion feindliche Klassen gibt, welche bereit sind, unsere Klassenfeinde innerhalb der Grenzen der Sowjetunion moralisch und materiell sowie durch eine finanzielle Blockade und wenn es möglich ist, auch mit Hilfe einer militärischen Intervention zu unterstützen."*

Was war angesichts dessen zu tun? Man mußte die Sowjetunion, die Revolution schützen. Das entscheidende Kettenglied dabei war, wie Stalin im Einklang mit Marx, Engels und Lenin betonte, die Stärkung der Diktatur des Proletariats. Stalin vertrat in Wort und Tat den Standpunkt, daß *„die proletarische Revolution, ihre Bewegung, ihr Elan und ihre Erfolge nur mit Hilfe der Diktatur des Proletariats verwirklicht werden können"*, daß die *„Diktatur des Proletariats die Waffe der proletarischen Revolution, ihr Organ, ihre Hauptstütze ist, geschaffen, um erstens den Widerstand der gestürzten Ausbeuter zu brechen und die errungenen Erfolge zu konsolidieren und zweitens, um die proletarische Revolution bis zum Schluß, bis zum vollständigen Sieg des Sozialismus durchzuführen."*

Die Lüge über die angeblichen Verbrechen Stalins

Die Verwirklichung dieser Aufgabe war nicht leicht. Sie erforderte die Lösung vieler Probleme, die sich zum ersten Mal für eine kommunistische Partei und ihre Führung stellten. Von tödlicher Gefahr für den sozialistischen Staat war die Zusammenarbeit zwischen dem äußeren und inneren Klassenfeind, wie sie sich in der Verschwörung des Blocks der Rechten und Trotzkisten in der Periode der Vorbereitung des 2. Weltkrieges durch die Imperialisten zeigte. Unter der Führung Stalins gelang es aber, alle Intrigen und Komplotte aufzudecken und den Gegner im Innern bis 1941, dem Beginn des Überfalls Hitlerdeutschlands auf die Sowjetunion, zu vernichten.

Gegner vernichten? Viele Menschen können nicht verstehen, daß das richtig war. Das liegt daran, daß sie die Tatsachen nicht kennen. Denn bei dem Kampf zwischen Stalin, dem sozialistischen Staat, der KPdSU (B) auf der einen Seite und Trotzki, Bucharin usw. ging es nicht um „Meinungsverschiedenheiten", da ging es um Leben oder Tod des sozialistischen Staates. Die amerikanischen Autoren Michael Sayers und Albert E. Kahn haben in ihrem Buch „Die Verschwörung des Blocks der Rechten und Trotzkisten gegen die Sowjetunion" im einzelnen aufgrund von Dokumenten nachgewiesen, daß es das Ziel dieser Leute war, den sozialistischen Staat zu stürzen, und ihn im Auftrag ausländischer imperialistischer Mächte von innen sturmreif zu machen für den geplanten Angriff von außen. Auf ihr Konto gehen Sabotage- und Spionageakte gehen Morde an führenden Mitgliedern der KPdSU (B) und der Sowjetregierung, wie auch der Mord an Maxim Gorki. Diese angebliche „Opposition" in der Sowjetunion war nichts anderes als eine 5. Kolonne des Faschismus, die unter anderem direkt von Ribbentrop und Rudolf Heß dirigiert wurde.

Wer darüber lamentiert, daß einige von diesen Verbrechern erschossen und andere zu Gefängnisstrafen verurteilt wurden, der sollte sich klarmachen, was eine Schonung dieser Leute bedeutet hätte. Wären nämlich die Pläne dieser 5. Kolonne in Erfüllung gegangen, der 2. Weltkrieg wäre nicht bereits 1945 zu Ende gegangen. Er hätte nicht 35 Millionen, sondern sehr viel mehr Menschenleben gekostet, auch in Deutschland.

Völlig zu Recht betonen deshalb die albanischen Genossen: „Stalin gebührt das große Verdienst, daß er allen Intrigen und Komplotten der inneren und äußeren Gegner der Sowjetunion die Spitze bot und ihre Pläne für die Wiedererrichtung des Kapitalismus vernichtete. Nur durch die rasche Vernichtung aller Gegner war es möglich, die historischen Erfolge der Revolution und des Sozialismus zu schützen, die faschistischen Horden im Großen Vaterländischen Krieg zu vernichten und glänzende Erfolge beim Aufbau des Sozialismus und Kommunismus zu erzielen."

Tatsächlich können nur die Feinde der Arbeiterklasse, des Sozialismus und des Friedens gegen diesen Standpunkt Stalins und gegen diese Maßnahmen Stalins Position beziehen. Niemand anders als die in- und ausländische Bourgeoisie, deren Pläne für eine Restauration des Kapitalismus in der Sowjetunion zerschlagen wurden unter der Führung Stalins, hatte einen Grund, die Diktatur des Proletariats zu fürchten und sie als „Terrorregime" zu verleumden.

Wer sind denn die Urheber der Lügen über die „Angst- und Terrorherrschaft" in der Sowjetunion zur Zeit Stalins? Diese Verleumdungen kamen zuerst aus der propagandistischen Giftküche des Hitlerfaschismus. Jeder sollte sich überlegen, ob er den Behauptungen solcher Ungeheuer über ihre Gegner Glauben schenken will. Mit genau den gleichen Verleumdungen gingen dann die Chruschtschow-Revisionisten nach Stalins Tod hausieren. Heute ist es nicht schwer zu erkennen, das Chruschtschow und seinesgleichen nicht zufällig in die Propagandakiste des Hitlerfaschismus griffen. Sie taten es, weil sie aus dem gleichen Holz geschnitzt sind wie sie.

In der Sowjetunion herrscht heute eine Diktatur von der Art Hitlers. Die sowjetischen Sozialimperialisten streben wie der Hitlerfaschismus danach, sich die ganze Welt zu unterwerfen. Soll man diesen Verbrechern etwa glauben, die über eine Million politische Gefangene in ihren sogenannten Krankenhäusern und Konzentrationslagern eingesperrt haben, die die CSSR überfielen und ihr Imperium mit Mauer, Stacheldraht und Minengürtel absichern, wie an der Grenze der DDR? Wenn diese Verbrecher über den angeblichen „Terror" Stalins hetzen und den angeblichen Mangel an Demokratie beklagen, dann sprechen sie nicht für die Arbeiterklasse und das Volk. Zur Zeit Stalins, zur Zeit der Diktatur des Proletariats, herrschte in der Sowjetunion Demokratie für das Volk und Unterdrückung für seine Feinde. Heute, zur Zeit Breschnews, herrscht in der Sowjetunion Demokratie für die neue Bourgeoisie und Unterdrückung gegen das Volk. Das sind die Tatsachen, die mit dem Gezeter über die angeblichen „Verbrechen" Stalins auf den Kopf gestellt werden sollen.

Aber Tatsachen sind hartnäckig. Man kann sie zwar verdrehen, aber nicht aus der Welt schaffen. Alle Marxisten-Leninisten und alle ehrlichen Menschen werden auch weiterhin den Lügen und Verleumdungen über Stalin die Wahrheit entgegenhalten. Denn die Geschichte zeigt, daß alle Angriffe auf Stalin Angriffe auf den Marxismus-Leninismus sind, Angriffe auf die Sache der Arbeiterklasse, auf die Revolution und den Sozialismus. Der sogenannte „Stalinismus" ist nichts anderes als der Marxismus-Leninismus, von Stalin angewandt, verteidigt und weiterentwickelt zum Nutzen der Völker und zum Schaden des Imperialismus. Die Tatsache, daß die Imperialisten sich auch heute, 23 Jahre nach dem Tod Stalins, immer noch gezwungen sehen, gegen ihn zu kämpfen, ist der beste Beweis für die Treue und Unbestechlichkeit, mit der Stalin als Soldat der Revolution kämpfte.

Über Stalin

„Er hat einen gescheiten Humor und einen großen Geist, scharfsinnig durchdringend, klug und vor allem — so jedenfalls empfinde ich ihn — weise. Wenn Du Dir eine Persönlichkeit ausmalen kannst, die in allen Stücken das Gegenteil von dem ist, was der rabiateste Stalingegner sich auszudenken vermöchte, dann hast Du ein Bild dieses Mannes."

(Der amerikanische Botschafter in der sozialistischen Sowjetunion, Joseph E. Davis in einem Brief an seine Tochter, 1938).

* * *

Stalin ist ein „Mann mit dem Kopf eines Gelehrten, mit dem Gesicht eines Arbeiters und mit dem Anzug eines einfachen Soldaten."

(Henri Barbusse, französischer Schriftsteller).

* * *

„Den Unterdrückten von fünf Erdteilen, denen, die sich schon befreit haben, und allen, die für den Weltfrieden kämpfen, muß der Herzschlag gestockt haben, als sie hörten, Stalin ist tot. Er war die Verkörperung ihrer Hoffnung. Aber die geistigen und materiellen Waffen, die er herstellte, sind da, und da ist die Lehre, neue herzustellen."

(Bertolt Brecht)

Aus aller Welt

PALÄSTINA

In allen von Israel besetzten Territorien fanden dieser Tage eine Anzahl von Streiks und Demonstrationen gegen die brutale zionistische Besatzung statt. Zu den Streiks kam es im Gazastreifen, am westlichen Jordanufer, in Jerusalem und anderswo. An diesen Streiks beteiligten sich Tausende Einwohner. Hunderte arabischer Einwohner riefen am 20. Februar einen weiteren Streik aus. Sie gaben mehrere Losungen aus, in denen die israelische Besatzung verurteilt wird. Ferner drückten sie ihre Unterstützung für den gerechten Kampf des arabischen Volkes zur Befreiung der von Israel besetzten Gebiete aus. Auch diesmal wurden gegen die Demonstranten Hunderte israelischer Polizisten eingesetzt, die zu Gewalt griffen, um die Demonstranten auseinanderzutreiben. Zwischen beiden Seiten kam es zu heftigen Zusammenstößen.

OMAN

Die Patrioten von Oman führen unablässig ihren Kampf gegen die reaktionären Truppen des Sultans Quabus fort. In einem in den letzten Tagen veröffentlichten Kommunique der Volksfront für die Befreiung des Oman heißt es, daß in Sohar heftige Gefechte stattfanden, bei denen zahlreiche Soldaten des Quabus-Regimes getötet wurden. Das Kommunique teilt mit, daß die reaktionären Truppen bei ihren verbrecherischen Angriffen gegen die Einwohner von Dhofar umfangreich von britischen Kampfflugzeugen unterstützt und von englischen Soldaten instruiert werden. Das Kommunique bekundet nachdrücklich die Entschlossenheit der Patrioten von Oman, ihren Kampf tapfer fortzusetzen, bis das reaktionäre Regime des Sultans Quabus gestürzt ist.

NAMIBIA

Verschiedene Verbände der namibischen Patrioten haben in letzter Zeit ununterbrochene Angriffe auf Militärlager, Autokolonnen und Standorte des Feindes unternommen und ihnen schwere Verluste an Menschen und Heeresausrüstungen zugefügt. Zu diesen Aktionen gehört auch der neuerliche Angriff der namibischen Patrioten auf die südafrikanischen Rassistentruppen in einem Dorf im nördlichen Teil des Landes. Die Rassisten Vorsters führten eine Vergeltungsaktion gegen die Einwohner durch. Doch sie wurden gezwungen, die Flucht zu ergreifen. Bei diesem Angriff der Patrioten auf die feindlichen Truppen fanden eine Anzahl der Komplizen des Rassistenregimes Pretorias den Tod. Viele Hunderte Einwohner Namibias haben zudem dieser Tage eine Reihe machtvoller Demonstrationen veranstaltet. Die Demonstranten verurteilten scharf die brutale Gewalt des südafrikanischen Rassistenregimes und bekundeten ihre vollständige Unterstützung für den Kampf der namibischen Patrioten zur Befreiung des Landes.

USA

In den USA steigen weiterhin die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse, wodurch sich die Lage der breiten werktätigen Massen immer mehr erschwert. Im Januar und Anfang Februar wurde auf dem amerikanischen Binnenmarkt der höchste jemals registrierte Stand erreicht und künftig wird er sich voraussichtlich noch mehr erhöhen. Die krasseste Preissteigerung erfolgte bei landwirtschaftlichen Produkten wie Weizen, Mais, Sojabohnen, Reis und anderem. Nach Angaben der amerikanischen Presse selbst, stieg der Weizenpreis auf dem Markt von Chicago in den letzten Tagen um 10%, der Preis von Sojabohnen mehr als 2% und der von Mais etwa um 2% usw. Neben den pflanzlichen Erzeugnissen steigen die Preise von tierischen Erzeugnissen ständig, z.B. von Milch, Fleisch, Butter usw. Im Vergleich zur gleichen Periode des Vorjahres sind sie durchschnittlich um 3% gestiegen.

BOLIVIEN

In den letzten Tagen fand in La Paz, in Bolivien, eine mächtige Studentendemonstration statt. Die Studenten drückten ihren entschlossenen Widerstand gegen die reaktionäre, proamerikanische Politik des Banzer-Regimes aus. Hunderte Polizisten stürzten sich auf die demonstrierenden Studenten und verhafteten zahlreiche. Die Behörden ordneten die Schließung der Universität in La Paz an. Mehr als 300 Studenten wurden verhaftet. Aus Solidarität mit den demonstrierenden Studenten erhoben sich Zehntausende Arbeiter verschiedener Städte Boliviens. Sie fordern: sofortige Freilassung der verhafteten Studenten und den Abzug der Polizeikräfte aus der Universität La Paz. Am 22. Februar nahmen mehr als 30000 bolivianische Bergarbeiter an Demonstrationen und Streiks teil.

GUAYANA

In Guayana werden Maßnahmen getroffen, um die Kontrolle ausländischer kapitalistischer Gesellschaften über die Nationalreichtümer zu beenden. Im Rahmen dieser Maßnahmen beschloß die Regierung Guayanas vor einigen Tagen, die englische Gesellschaft Whooler Meconal Limited, deren Kapital über 160 Jahre lang eine Reihe bedeutender Wirtschaftszweige des Landes einschließlich der Zuckerindustrie, der Fischindustrie, der Schiffahrt, des Handels usw. kontrolliert hatte, ihrer Kontrolle zu unterstellen. Die Regierung Guayanas, die den oben erwähnten Beschluß bekanntgab, hob dabei hervor, daß dies im Rahmen von Maßnahmen erfolgt, um die wirtschaftliche Unabhängigkeit Guayanas zu festigen.

FPOLISARIO ruft unabhängige Westsahara aus

Am 28. Februar beendeten die spanischen Kolonialisten offiziell ihre Verwaltungsmacht über die Westsahara. Zuvor hatten sie jedoch in einem dreiseitigen Abkommen mit Marokko und Mauretanien, gegen den Willen des Volkes der Westsahara, das Land an Mauretanien und Marokko verschachert. Seit einiger Zeit bereits sind mauretanische und marokkanische Truppen in die Westsahara eingedrungen und gehen mit brutalem Terror gegen die Bevölkerung vor, um deren Widerstand zu brechen. Doch der Kampf des Volkes der Westsahara ist ungebrochen und es wurden gegen die Invasionstruppen große Erfolge errungen. Unter der Führung der Front für die Befreiung der Westsahara, FPOLISARIO, hat das Volk im bewaffneten Kampf den Eindringlingen an verschiedenen Orten schwere Schläge versetzt. Gegen die Teilung des Landes und die Verschacherung durch die spanischen Kolonialisten hat die FPOLISARIO am 28. Februar rechtmäßig einen eigenen souveränen und unabhängigen Staat des Volkes der Westsahara ausgerufen. Das Volk der Westsahara wird diesen rechtmäßigen Staat erkämpfen und sein Territorium von allen Feinden des Volkes der Westsahara und allen Invasoren unbedingt befreien. Ein wichtiger Erfolg ist bereits die Anerkennung des rechtmäßigen Staates unter der Führung der FPOLISARIO durch die Organisation für die Afrikanische Einheit (OAU).



Italien

VANGUARDIA OBRERA

Spanien



Portugal



Türkei

REVOLUTIONÄRE ZEITUNGEN FÜR DIE AUSLÄNDISCHEN KOLLEGEN

Lieber Leser des ROTEN MORGEN!

Die abgebildeten Zeitungen, aber auch andere Zentralorgane der Bruderparteien der KPD/ML sowie weitere revolutionäre Zeitschriften von befreundeten ausländischen Organisationen können über die „Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus" (Gewiso) bezogen werden. Wir bitten, insbesondere auch die ausländischen Kollegen, auf diese Möglichkeit hinzuweisen.

Anfragen über Erscheinungsweise und Bezugspreise sowie Bestellungen bitten wir zu richten an:

Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus
2 Hamburg 11, Postfach 11 1649
PSchKto Hmb Nr. 1935 72-207.

"Den Klassenkampf als Hauptkettenglied fest anpacken!"

In der letzten Zeit berichtet die bürgerliche Presse, insbesondere nachdem der Genosse Hua Kuo-feng amtierender Ministerpräsident der VR China geworden ist, von angeblichen Machtkämpfen in der Führung der Kommunistischen Partei Chinas und einer breiten Kampagne ähnlich der der Kulturrevolution. Jedesmal wenn in der VR China Kämpfe gegen den Einfluß bürgerlicher Ideologien stattfinden, dann sieht die Bourgeoisie und ihre Presse voller Hoffnung den Sozialismus in China zusammenbrechen und spekuliert darauf, daß die VR China den kapitalistischen Weg einschlägt und revisionistisch entartet. So soll auch die Arbeiterklasse, die große Sympathien für den sozialistischen Aufbau der VR China hat, verunsichert und ins Zweifeln gebracht werden. Dabei stellt die bürgerliche Presse die Sache so dar, als sei das eine Frage, welche Machthaber das Heft in der Hand halten würden.

Aber in China gibt es keine Machthaber, sondern in China herrscht die Diktatur des Proletariats. Genosse Mao Tsetung unterstrich vor kurzem: *„Stabilität und Einheit heißt nicht, den Klassenkampf aufgeben. Der Klassenkampf ist das Hauptkettenglied, alles andere hängt von ihm ab."*

Der Klassenkampf verlöscht nicht im Sozialismus, sondern er muß weitergeführt werden. Der Klassenwiderspruch zwischen Proletariat und Bourgeoisie existiert noch in der sozialistischen Gesellschaft, und bürgerliche Elemente versuchen ständig, an Einfluß zu gewinnen, um den Kapitalismus zu restaurieren. Deshalb darf der Klassenkampf nicht aufgegeben werden, sondern muß weitergeführt werden. In diesen Kämpfen wird aber die Diktatur des Proletariats gestärkt und nicht geschwächt.

Die Geschichte der VR China zeigt, daß es häufig zu scharfen Formen des Kampfes gekommen ist, wie z. B. gegen die Anführer der revisionistischen Linie Liu Schao-tschis in der Großen Proletarischen Kulturrevolution, oder gegen Lin Biao. Aus diesen Kämpfen, die unter der Führung der Kommunistischen Partei Chinas standen, ist die VR China gestärkt hervorgegangen. Das chinesische Volk hat sich noch fester um seine Partei zusammengeschlossen.

Die jetzige Kampagne im Erziehungswesen, vor allem im Bildungsbereich, scheint auf den ersten Blick nicht unmittelbar mit dem Klassenkampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie zu tun zu haben, aber das ist falsch. Der Kampf, der in diesem Bereich gegen die bürgerlichen ideologischen Strömungen geführt wird, ist ein Ausdruck des Kampfes zwischen Bourgeoisie und Proletariat, und dieser Kampf ist sehr wichtig, denn in den revisionistischen Ländern, wie z. B. in der Sowjetunion ist es der neuen Bourgeoisie hauptsächlich dadurch gelungen, den Kapitalismus zu restaurieren, indem sie ihren revisionistischen Einfluß im Staatsapparat, im Überbau durchsetzen konnten.

Wir drucken im folgenden Auszüge aus einem Artikel der „Peking Rundschau" Nr. 6/76 zu dieser Frage ab.

Das Wesen des gegenwärtigen Kampfes

In der gegenwärtigen ausgezeichneten Situation existiert immer noch der Kampf zwischen den zwei Klassen, den zwei Wegen und den zwei Linien. Die falsche, die Große Proletarische Kulturrevolution, die sozialistischen neuen Dinge und die proletarische Revolution im Bildungswesen ablehnende ideologische Strömung, die vor kurzem in der Gesellschaft auftauchte, ist der konzentrierte Ausdruck dieses Kampfes. Die großen Siege, die wir seit der Großen Proletarischen Kulturrevolution errungen haben, bedeuten für die Bourgeoisie und alle anderen Ausbeuterklassen zweifellos schwere Niederlagen, die sie nicht so einfach hinnehmen. Sie suchen immer nach Gelegenheiten für Gegenangriffe, die darauf abzielen, die Ergebnisse der Großen Proletarischen Kulturrevolution rückgängig zu machen. (...)

Es gilt nun, diesen Kampf unter einheitlicher Führung und Schritt für Schritt auszufechten, wobei wir gemäß den Lehren des Vorsitzenden Mao den Klassenkampf als Hauptkettenglied fest anpacken müssen. (...) In diesem Kampf müssen wir die dem Wesen nach unterschiedlichen Arten von Widersprüchen streng voneinander unterscheiden und entsprechend behandeln und über 95 Prozent der Volksmassen und der Kader zusammenschließen, um die Errungenschaften der Großen Proletarischen Kulturrevolution zu konsolidieren und auszubauen. Die große Debatte an der Front des Bildungswesens muß unter Führung der Parteikomitees der verschiedenen Ebenen durchgeführt werden; es sind keine Kampfgruppen zu bilden.

In unserer sozialistischen Gesellschaft hat jede gesellschaftliche Erscheinung bestimmten Klasseninhalt, und alle Ideen tragen den Stempel einer bestimmten Klasse. Die Widersprüche in jedem Arbeitsbereich sind alle dem Hauptwiderspruch, dem Kampf zwischen dem Proletariat und der Bourgeoisie, untergeordnet. (...)

In den Bereichen von Kultur und Bildung, von Literatur und Kunst, von Wissenschaft und Gesundheitswesen ist der Hauptwiderspruch ausnahmslos der Kampf zwischen dem Proletariat und der Bourgeoisie. Bei jeder Tätigkeit in diesen Bereichen stellt sich die Frage der politischen Orientierung, die Frage, ob sie der Politik des Proletariats dient und ob dort Diktatur über die Bourgeoisie ausgeübt wird. Bei der gegenwärtigen Debatte im Bildungswesen geht es zwar um das System der Ausbildung, um die Prinzipien und Methoden des Lehrens und Lernens. **Die Grundfrage jedoch ist, ob das Bildungswesen revolutioniert wird, ob die Schulen und Hochschulen der Diktatur des Proletariats als Werkzeug dienen und Bastionen der Ausbildung gebildeter Werktätiger mit sozialistischem Bewußtsein sind oder nicht. Übt das Proletariat auf dem Gebiet des Bildungswesens Diktatur über die Bourgeoisie aus, oder die Bourgeoisie über das Proletariat, das ist der Kern der Frage, das Wesentliche dieser Debatte. Haben wir das Wesen erfaßt, sind wir auch imstande, diese irrigen Ansichten gründlich zurückzuweisen.**

An der grundlegenden Linie und am Studium der Theorie festhalten

Nur wenn wir den Klassenkampf als entscheidendes Kettenglied ansehen, können wir konsequent an der grundlegenden Linie der Partei festhalten. Der Vorsitzende Mao lehrt: *„Unsere Partei hat sowohl die Generallinie und die allgemeine Politik der chinesischen Revolution wie auch verschiedene konkrete Arbeitsrichtlinien und die jeweils konkrete Politik festgelegt. Viele Genossen behalten die einzelnen konkreten Richtlinien und die jeweils konkrete Politik unserer Partei sehr wohl im Gedächtnis, vergessen jedoch oft ihre Generallinie und allgemeine Politik. Wenn wir wirklich die Generallinie, die allgemeine Politik unserer Partei vergessen, werden wir keine klarsichtigen, vollwertigen, nüchtern denkenden Revolutionäre sein, werden wir bei der Befolgung einer konkreten Arbeitsrichtlinie und einer konkreten Politik die Orientierung verlieren, werden links oder rechts abschwenken und unserer Arbeit schaden."* (Rede auf einer Kaderkonferenz im befreiten Gebiet Schansi-Suiyüan).

Das Studium dieser Lehre ist von großer aktueller Bedeutung. Für alle Arbeiten, die wir jetzt verrichten, gibt es konkrete Richtlinien und eine jeweilige konkrete Politik, aber diese Richtlinien und diese Politik hängen vom Hauptkettenglied ab, nämlich von der grundlegenden Linie der Partei, vom Kampf des Proletariats gegen die Bourgeoisie, von der Diktatur des Proletariats. (...) Um den Klassenkampf als das Hauptkettenglied gut anzupacken, ist es unumgänglich notwendig, gewissenhaft die Theorie der Diktatur des Proletariats zu studieren. (...) Nur wenn wir die Theorie der Diktatur des Proletariats wirklich verstehen, ein richtiges Verständnis von den Klassen, Klassenwidersprüchen und Klassenkämpfen in der sozialistischen Geschichtsperiode, richtige Erkenntnisse über den Charakter, das Objekt, die Aufgaben und die Perspektive der sozialistischen Revolution gewonnen haben und verstehen, warum über die Bourgeoisie Diktatur ausgeübt werden muß, können wir bewußt die grundlegende Linie der Partei in die Tat umsetzen (...)

Wir brauchen Stabilität und Einheit, aber das darf auf keinen Fall bedeuten, den Klassenkampf einzustellen. Stabilität und Einheit können nur das Ergebnis des unter Anleitung der revolutionären Linie des Vorsitzenden Mao richtig geführten Klassenkampfes, der richtigen Behandlung der ihrem Wesen nach unterschiedlichen Arten von Widersprüchen sein.

Wir bemühen uns darum, die Volkswirtschaft voranzubringen, aber auch das darf nicht unter Preisgabe des Klassenkampfes geschehen. Gilt uns der Klassenkampf nicht als das Hauptkettenglied, kann die Volkswirtschaft unmöglich auf den richtigen Weg kommen. Es ist grundfalsch, so zu denken und zu handeln, daß nicht mehr vom Klassenkampf als dem alles Entscheidenden ausgegangen wird, im Studium und in der Umsetzung der Theorie der Diktatur des Proletariats nachzulassen oder diese gar zu ignorieren. Denn das führt notwendigerweise dazu, den Hauptwiderspruch, nämlich den Kampf zwischen den zwei Klassen, den zwei Wegen und den zwei Linien, zu negieren, führt dazu, Politik und Ökonomie, Politik und fachliche Arbeit als Gleichrangiges zu betrachten und damit dem fundamentalen Prinzip des Marxismus-Leninismus, *„Politik ist der konzentrierte Ausdruck der Ökonomik"* und *„Die Politik hat notwendigerweise das Primat gegenüber der Ökonomik"*, (Lenin, Noch einmal über die Gewerkschaften, die gegenwärtige Lage und die Fehler Trotzkis und Bucharins) zuwiderzuhandeln.

Wenn wir, angeleitet von der proletarischen revolutionären Linie des Vorsitzenden Mao, den Klassenkampf als das Hauptkettenglied fest anpacken, die Theorie der Diktatur des Proletariats gewissenhaft studieren und an der Weiterführung der Revolution unter der Diktatur des Proletariats festhalten, wird unsere sozialistische Sache neue, noch größere Siege erringen.

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION!

Radio Tirana interviewt Genossen der KPP(Wiederaufgebaut)

Die Lage in Portugal und die aktuellen Aufgaben der PCP(R)

Wie der ROTE MORGEN bereits berichtete, stattete vor einigen Tagen auf Einladung des Zentralkomitees der Partei der Arbeit Albaniens eine Delegation der Portugiesischen Kommunistischen Partei (Wiederaufgebaut) Albanien einen Freundschaftsbesuch ab. Die Delegation der PCP (R) wurde geleitet vom Mitglied des Sekretariats des Zentralkomitees der Partei, Genossen Pedros. In einem Gespräch mit Korrespondenten von Radio Tirana berichteten die Delegationsmitglieder über den von den portugiesischen Marxisten-Leninisten geführten Kampf für die kürzliche Bildung der Portugiesischen Kommunistischen Partei (Wiederaufgebaut) und über die aktuellen Aufgaben der Partei, um die revolutionäre Bewegung der werktätigen portugiesischen Massen zu organisieren und zu führen.

Als erster ergriff der Leiter der Delegation, Genosse Pedros, das Wort. Er sprach über den revolutionären Prozeß, der zur Bildung der Portugiesischen Kommunistischen Partei (Wiederaufgebaut) führte und über die Perspektiven, die sich daraus der revolutionären Bewegung der portugiesischen werktätigen Massen eröffnen.

Die Bildung der Portugiesischen Kommunistischen Partei (Wiederaufgebaut), betonte Genosse Pedros, war ein schwieriger Prozeß. Der Verrat der Revisionisten hatte eine tiefe Krise hervorgerufen. Seit der Trennung von der revisionistischen Partei im Jahre 1963 bis heute sind 12 Jahre vergangen. Das war eine schwierige Periode, in der sich die Kommunisten in viele Gruppen zersplitterten, die Auffassungen im Gegensatz zum Marxismus-Leninismus vertraten. Die Verbindung der Gruppen mit dem Kampf des Volkes war schwach und zwischen ihnen fand ein prinzipienloser Kampf statt. Unter diesen Bedingungen entstand eine Anzahl kleinbürgerlicher Elemente, die sich bemühten, den Zusammenschluß der Kommunisten zu verhindern. Es war eine Periode, die der marxistisch-leninistischen Bewegung großen Schaden zufügte und die Kommunisten von den Massen isolierte, sie in Sekten verwandelte und gleichzeitig das Volk seiner wahren revolutionären Vorhut beraubte.

Unter den Bedingungen der anwachsenden Massenbewegung entschlossen sich einige Kommunisten, diesen Zustand zu beenden. Es begann ein prinzipieller Kampf gegen antimarxistische Standpunkte, die in den verschiedenen Gruppen existierten, gegen den Revisionismus, den Trotzkismus und Opportunismus. Andererseits wurden alle Kommunisten aufgerufen, sich eng mit den Massen zu verbinden und entschlossen an der Spitze der Kämpfe zu stehen. Gleichzeitig wurde die Notwendigkeit der Vereinigung der Gruppen hervorgehoben. Unter der Losung — „Wir kämpfen um die Partei, wir kämpfen um die Massen" — erhielt die Vereinigungsbewegung eine kommunistische Richtung. Die Massenbewegung in den Jahren 1974 und 1975 zeigte allen aufrechten Kommunisten die Notwendigkeit des Zusammenschlusses in einer einzigen marxistisch-leninistischen Partei. Die letzten Monate waren Monate eines entschlossenen Kampfes für die Gründung der Partei gegen kleinbürgerliche Elemente, die sogar bis zum letzten Augenblick versuchten, ihre Gründung zu verhindern.

Die Portugiesische Kommunistische Partei (Wiederaufgebaut), unterstrich Genosse Pedros, läßt sich vom Marxismus-Leninismus leiten und vereinigt in ihren Reihen die besten Kämpfer für die Sache des Proletariats. Ihre Bildung hat eine wichtige Bedeutung für den Zusammenschluß des ganzen Volkes und die Bekräftigung der führenden Rolle der Arbeiterklasse im revolutionären Kampf.

Anschließend wandten sich die Korrespondenten von Radio Tirana an ein weiteres Mitglied der Delegation und baten darum, über die Lage im Land und über aktuelle Aufgaben zu sprechen, die die Partei stellt.

Er erklärte folgendes: Portugal ist in einer schwierigen politischen Lage. Die Volksmassen müssen heute einem Feind widerstehen, der seine Kräfte erneuert und zu allem bereit ist. Die Vertreter des Großkapitals und des internationalen Imperialismus, angeführt von den Amerikanern, fordern offen die Rückkehr der Diktatur. Die Preise steigen täglich, die Löhne sind gestoppt, die Arbeitslosigkeit hat fast eine halbe Million erfaßt, auf dem



Land herrscht große Armut. Um aus der Wirtschaftskrise herauszukommen, nimmt die Regierung weiter Anleihen von den Kapitalisten und Revisionisten auf, wodurch sie noch mehr die Abhängigkeit Portugals von anderen Ländern vertieft. In dieser Lage legt die Portugiesische Kommunistische Partei (Wiederaufgebaut) als Hauptaufgabe den Zusammenschluß des ganzen Volkes fest, um die Rückkehr des Faschismus zu verhindern. Kämpfen wir gegen die volksfeindliche Politik der Bourgeoisie! Verteidigen wir die Freiheit, nationale Unabhängigkeit und die Volkssiege! Das sind einige Hauptparolen der Partei.

Während die Partei das Volk dazu aufruft, gegen Faschismus und Imperialismus, seine Hauptfeinde, zu kämpfen, erhöht die Partei gleichzeitig auch die Wachsamkeit gegen die Tätigkeit der sowjetischen Sozialimperialisten und ihrer Agenten, die in Rivalität mit dem US-Imperialismus darum kämpfen, auf der iberischen Halbinsel herrschende Stellungen zu erlangen.

Die Portugiesische Kommunistische Partei (Wiederaufgebaut) unterbreitet die Notwendigkeit, alle antifaschistischen und patriotischen Volkskräfte in einer breiten Kampffront gegen das Großkapital, die Feudalherren und den Imperialismus zusammenzuschließen. Die Partei arbeitet darauf hin, breite Massenorganisationen zu schaffen und unterstützt die UDP, die demokratische Volksvereinigung — eine breite Front-Organisation — die ein revolutionäres Programm hat. Als marxistisch-leninistische Partei kämpft die Portugiesische Kommunistische Partei (Wiederaufgebaut) dafür, daß das Bündnis der Arbeiter und Bauern die einzig sichere Grundlage der vereinigten Volksfront wird. Die Partei führt einen täglichen Kampf darum, die Revisionisten zu entlarven, ohne den es nicht möglich sein wird, die Arbeiterklasse und die werktätigen Massen zusammenzuschließen. Im Kampf darum, ihre Aufgaben durchzuführen, bemühen sich die portugiesischen Marxisten-Leninisten, den Massen eine revolutionäre Perspektive zu erschließen. Das Volk, betont die Partei, kann die vollständige Befreiung durch die Revolution erringen, die die Macht des Großkapitals, der Feudalherren und des Imperialismus stürzen und eine revolutionäre Volksmacht, geführt von der Arbeiterklasse und gestützt auf das Bündnis der Arbeiter und Bauern, errichten wird. In diesem Rahmen verstärkt die Partei die Verbindungen mit den Massen, um das Volk zu führen, um ihre Hauptziele zu verwirklichen.

Zum Schluß des Interviews ergriff erneut der Leiter der Delegation, Genosse Pedros, das Wort. Er sprach über den von der Portugiesischen Kommunistischen Partei (Wiederaufgebaut) entfalteten Kampf, um vor den portugiesischen werktätigen Massen die verräterische Tätigkeit der Revisionistenclique Cunhals zu entlarven.

Unter anderem sagte er dazu folgendes: Keine der Aufgaben der Partei, betonte Genosse Pedros, wird Erfolg haben, ohne einen entschlossenen Kampf gegen die Revisionistenclique. Unter Benutzung sozialistischer Schlagworte durchdringt diese Clique Massenorganisationen und Gewerkschaften, praktiziert die Klassenversöhnung und spaltet die Werktätigen. Sie nährt Illusionen unter den Massen, daß der demokratische Weg ihre Probleme lösen könne. Die Politik der Revisionisten steht im direkten Gegensatz zu den Interessen des Volkes. Sie ist sehr gefährlich, denn sie schafft Illusionen im Volk und verhindert seinen Kampf gegen die Feinde.

SPENDET FÜR DEN AUFBAU DES BEFREITEN KAMBODSCHA!
VORSTAND DER KPD/ML
— Spendenkonto —
Stadtsparkasse Dortmund
Kto-Nr. 321004547
Stichwort: KAMBODSCHA

Die Portugiesische Kommunistische Partei (Wiederaufgebaut) betrachtet den Kampf gegen die Revisionistenclique als eine ständige Aufgabe und behält ständig vor Augen, daß die Volksbewegung zwei Feinde hat, offene und getarnte. Durch ihre Presse entfaltet die Partei den ideologischen Kampf gegen den Revisionismus, indem sie den Marxismus-Leninismus verteidigt und gleichzeitig die Kommunisten und die Arbeiterklasse erzieht. Daneben leistet die Partei eine tägliche Arbeit, um den Revisionisten die Führung der Massenbewegung abzuringen und ihren Einfluß in allen Massenorganisationen, den Gewerkschaften und Kooperativen zu bekämpfen. Das ist eine schwierige Arbeit, betont die Partei, die als erstes eine prinzipienfeste, marxistisch-leninistische Entschlossenheit und eine ständig größere Verbindung mit den Massen verlangt, eine große Ergebenheit, um die Interessen und die Erziehung der Massen zu verteidigen. Das Ziel der Partei ist, die Revisionistenclique zu isolieren und erneut alle diejenigen in den revolutionären Kampf einzubeziehen, die von dieser verräterischen Clique betrogen wurden.

Hunderttausende im Kampf gegen das Carlos-Regime

Fortsetzung von Seite 1

So erklärte er unter anderem, daß der faschistische Außenminister Areilza für ihn ein „liberaler Exponent" sei. Mehr noch besitzt er die Unverschämtheit, während die verbrecherische Guardia Civil-Polizei den gerechten Kampf des Volkes mit faschistischer Gewalt unterdrückt, zu behaupten, daß Volk besäße jetzt einen grösseren „Freiraum". Aber damit nicht genug, hetzt er offen gegen den heldenhaften Kampf von Hunderttausenden Arbeitern: Während diese vollkommen zu Recht erkannt haben, daß sie die Freiheit nur im Kampf gegen das faschistische Regime erringen können, behauptet Loderer geradewegs, daß dieser Kampf die „Freiheit" gefährden würde. „Eine Gefahr", behauptet er, „ist natürlich nicht zu verkennen, denn die Macht- und Kräfteverhältnisse sind nach wie vor so, daß ein grenzenloses Ausufern dieser Streik- und Demonstrationsaktivitäten die reaktionären Kräfte in der Regierung und im staatlichen Gewerkschaftsapparat stärken könnten. Zudem könnten dadurch diese Kräfte Argumente für einen Rückfall in die Methoden des autoritären Polizeistaates bekommen." Gegenwärtig also herrscht dort kein „autoritärer Polizeistaat"? Offensichtlich gehört es zur „Demokratie" des Herrn Loderer, daß Polizeitruppen in den Straßen die Werktätigen niedermachen. Aus Loderers Worten spricht nichts anderes als das Interesse der westdeutschen Monopole, die faschistische Unterdrückung in Spanien aufrechtzuerhalten, um weiterhin Extraprofite aus den spanischen Werktätigen herauspressen zu können. Und da hat ja nicht zuletzt auch der reaktionäre DGB-Apparat mit seinem g-u-t-Touristik-Konzern ein ganz direktes Interesse daran.

Doch das spanische Volk wird im Kampf gegen das faschistische Regime für die föderative Volkrepublik unter der Führung der KP Spaniens/Marxisten-Leninisten dennoch den Sieg davontragen. In allen größeren Städten haben die Kämpfe für Lohnerhöhungen, für Arbeitsplätze, für die Freilassung aller politischen Gefangenen, für wirklich demokratische Rechte und gegen die faschistische Diktatur in den letzten Woche an Breite gewonnen. In Sevilla streiken die Arbeiter der Metallindustrie und der Verkehrsbetriebe, in Asturien führen die Bergarbeiter seit Wochen einen erbitterten Streik durch. In Barcelona streiken Bau- und Transportarbeiter sowie Arbeiter und Angestellte des öffentlichen Dienstes. Über 200000 Einwohner der Stadt nahmen in den letzten Tagen an Massenstreiks in Barcelona teil. In Vitoria streiken Tausende Arbeiter seit dem 9. Januar. In Valencia streiken ebenfalls Arbeiter verschiedener Betriebe. Ihre Streiks werden geführt von der revolutionären Arbeitergewerkschaft-Opposition OSO, die als Verband Mitglied der FRAP ist. In mehreren Städten ergänzten gewaltige Demonstrationen die Streikkämpfe.

Schon jetzt hat diese breite Woge des Kampfes das Carlos-Regime schwer getroffen. Diese Kampfaktionen drücken erneut die Entschlossenheit des spanischen Volkes aus, den Kampf bis zum Sieg über die faschistische Diktatur weiterzuführen.

Revolutionäre Massenversammlung in Paris



Am 14. März fand in Paris auf Initiative der Kommunisten/Marxisten-Leninisten Frankreichs und ihrer Zeitung „L' Humanite Rouge" eine nationale Arbeiterversammlung statt, an der fast 10000 Werktätige teilnahmen.

Vertreter aus vielen Betrieben berichteten von den gegenwärtigen Kämpfen. Immer wieder wurde die konterrevolutionäre Rolle der revisionistischen P„C"F entlarvt. Verschiedene Diskussionsveranstaltungen zu besonderen Themen wurden durchgeführt. Ein Forum stand unter der Losung „Französische Arbeiter und eingewanderte Arbeiter — eine Arbeiterklasse", ein anderes beschäftigte sich mit dem Thema „Taktiken des Kampfes in den Betrieben und der Kampf gegen den Revisionismus". Große Bedeutung maß die Versammlung auch der Frage des Bündnisses der Arbeiterklasse mit den kleinen Bauern bei. Im Mittelpunkt der Veranstaltung, auf der auch ein vielseitiges revolutionäres Kulturprogramm zu sehen war, stand die Rede des Genossen Jacques Jurquet, der unter anderem schonungslos mit dem 22. Parteitag der revisionistischen P„C"F abrechnete.

HÖRT DIE REVOLUTIONÄREN SENDER

RADIO TIRANA

UHRZEIT	WELLENLÄNGE
1. Programm	
13.00-13.30	32 m und 41 m (KW)
16.00-16.30	32 m und 41 m (KW)
19.00-19.30	41 m und 50 m (KW)
2. Programm	
14.30-15.00	32 m und 41 m (KW)
18.00-18.30	32 m und 41 m (KW)
21.30-22.00	41 m und 50 m (KW) und 215 m (MW)
3. Programm	
6.00-6.30	41 m und 50 m (KW) und 215 m (MW)
23.00-23.30	41 m und 50 m (KW) und 206 m (MW)

32 m entspricht 9,26 MHz (KW)
41 m entspricht 7,23 MHz (KW)
50 m entspricht 5,95 MHz (KW)
215 m entspricht ca. 1400 KHz (MW)

RADIO PEKING

UHRZEIT	WELLENLÄNGE
19.00-20.00	43,3m, 42,7m und 38,5m (KW)
21.00-22.00	ebenso

43,3m entspricht 6,92 MHz (KW)
42,7 m entspricht 7,01 MHz (KW)
38,5m entspricht 7,78 MHz (KW)

Reaktionäre Proteste der Ärzte-Verbände

Verschiedene Ärzte-Verbände haben am Donnerstag letzter Woche zu einer Protestversammlung in der Dortmunder Westfalenhalle gegen die sogenannte „Hexenjagd auf Ärzte", aufgerufen. Der Protest soll sich gegen die Diffamierung der Ärzteschaft in der Öffentlichkeit" wenden, dagegen, daß die Ärzte als „Anbieter von Waren", als „Beutelschneider" bezeichnet werden und dagegen, daß in verschiedenen Veröffentlichungen die hohen Honorare der Ärzte im Zusammenhang mit der sogenannten „Kostenexplosion" und „notwendigen Einsparungen" im Gesundheitsbereich, angegriffen werden. Wir sprachen mit einer Ärztin, die sich nicht an dieser Protestaktion beteiligt hat.

RM: Frau Dr. W. warum haben Sie sich nicht an dieser Protestaktion beteiligt?

Ärztin: Die Ärzte-Verbände wenden sich gegen eine Diffamierung der Ärzte im öffentlichen Leben usw. Ich glaube, daß bei uns ganz andere Probleme anstehen. Einige Beispiele: überfüllte Wartezimmer, überfüllte Krankenhäuser, keine richtige ärztliche Betreuung usw. Diese Zustände werden nicht besser, sondern immer schlechter. Aufgrund staatlicher Anordnung werden „Einsparungsmaßnahmen" durchgesetzt. Z.B. wurde in NRW im Krankenhausplan der Landesregierung festgelegt, daß 79 Krankenhäuser mit 4200 Betten geschlossen werden sollen. Dabei weiß man heute schon nicht mehr, wo man die kranken Menschen unterbringen soll. Aber über diese Probleme, die die Bevölkerung berühren, wurde kein Wort verloren. Die Ärzte-Verbände sehen nur das Ansehen ihres Standes und die Honorare angegriffen. Diese „Protestaktion" diente den ständischen Interessen der Ärzteschaft, lenkt von den oben genannten Problemen ab und ist reaktionär.

RM: Von wem wird denn diese Kampagne, gegen die sich die „Protestaktion" gewendet hat, initiiert?

Ärztin: Hinter dieser Kampagne stehen die Krankenkassen, der Staat und nicht zuletzt die Pharmaindustrie. So treten z.B. solche Leute wie Staatssekretär Buschfort, der SPD Abgeordnete Glombig, Dr. Nölling, Präsident der Gesundheitsbehörde Hamburg, sowie der Bundesverband der Krankenkassen für diese Kampagne in Erscheinung.

RM: Welches Ziel hat diese Kampagne gegen die Ärztehonorare?

Ärztin: Mit dieser Kampagne soll von der Ursache der sich laufend verschärfenden Misere im Gesundheitswesen abgelenkt werden. Es soll der Eindruck erweckt werden, die hohen Honorare der Ärzte seien verantwortlich dafür, daß die Kosten steigen, die Beiträge der Kassen erhöht werden usw. Das stimmt aber nicht. Die Hauptverantwortlichen, das sind die Pharmakonzerne, die Krankenkassen und der Staat. Was nicht heißt, daß nicht viele Ärzte zum Handlanger dieses Systems werden. Der Staat sichert vor allem den Konzernen durch seine Gesetze, Verordnungen und Maßnahmen ihre Profite. Gleichzeitig werden die Beiträge erhöht, die Leistungen gestrichen. Die Pharmaindustrie macht erhebliche Profite. Nicht nur, daß sie an der Ausbeutung der Arbeiter in den Fabriken verdienen, zusätzlich verdienen sie auch an der Produktion von Tabletten, die in der Herstellung Pfennige kosten, aber zu ungeheuer hohen Preisen verkauft werden. Die Ärzte werden angehalten, möglichst viele Tabletten zu verschreiben und wenig Massagen, Kuren usw., die erheblich teurer sind.

Von den gesammten Kosten der Krankenkassen betragen die Kosten für ärztliche Behandlung ganze 18,07%, können also auch von daher nicht die Ursache für die Misere sein. Natürlich sind die Honorare zu hoch, aber das hat seinen Grund. Die Pharmaindustrie und vor allem die privaten Kassen können nur riesige Summen einstreichen, wenn die Ärzte keine kostenaufwendige Krankenbehandlung durchführen und sich entsprechend den Vorschriften der Kassen und des Staates verhalten. Um das zu ermöglichen, gibt man den Ärzten einen Teil vom großen Kuchen ab, sichert ihnen einen besonderen gesellschaftlichen Status, besticht sie sozusagen. So werden die Ärzte z. B. nach ihren einzelnen Leistungen bezahlt, deren Höhe in einem Gebührenkatalog festgelegt ist. Je mehr Krankenscheine ein Arzt pro Quartal einreicht, umso mehr verdient er. Die Gebühren sind so angelegt, daß ein Arzt durch Massenabfertigung viel, durch gute Behandlung wenig verdient. Für das Ausschreiben eines Rezeptes erhält ein Arzt 3 DM, für einen Hausbesuch — egal wie lang er dauert — erhält er aber nur 12,75 DM, obwohl Fahrkosten anfallen, viel mehr Zeit benötigt wird usw. Da schreiben viele Ärzte natürlich lieber ein paar Rezepte aus, damit können sie dann viel mehr verdienen. Teurere Behandlungsmethoden dürfen nur bis zu einem bestimmten Satz verschrieben werden, liegt ein Arzt darüber, wird er regresspflichtig gemacht, und das Geld wird ihm automatisch abgezogen. Das ganze führt dazu, daß die allermeisten Ärzte bestrebt sind, möglichst viele Patienten zu „behandeln". Also zur Massenabfertigung. Der Leidtragende ist der Patient.

Um von den wirklichen Ursachen der Misere im Gesundheitswesen abzulenken, wird gesagt, die hohen Honorare seien hauptsächlich dafür verantwortlich. Dabei wird von den Kassen und dem Staat ausgenutzt, daß bei der Bevölkerung eine berechtigte Empörung über die hohen Honorare und diese Verhältnisse besteht. Die Empörung der Bevölkerung soll sich also vor allem gegen die Ärzte richten, mit denen sie häufig zu tun hat, anstatt hauptsächlich gegen die Pharmakonzerne, die Kassen und den Staat, gegen dieses Gesundheitssystem. Ärzte, die sich mit solchen Forderungen, wie Erhaltung dieses Gesundheitssystems, gegen diese Kampagne zur Wehr setzen, haben nur den eigenen Vorteil im Auge. Darum ging es auch bei der „Protestveranstaltung".

Richtig ist, daß man gegen die Verschlechterungen im Gesundheitswesen kämpfen muß, z. B. gegen die Stillegungen von Krankenhäusern usw. Es wird aber deutlich, daß dieses Gesundheitssystem nicht im Sinne der Volksgesundheit geändert werden kann, denn es ist Bestandteil des Kapitalismus und kann nur durch ein Volksgesundheitssystem ersetzt werden, wenn der Kapitalismus gestürzt wird und der Sozialismus aufgebaut wird.

Menschenversuche mit Plutonium

Ein besonders grauenhaftes Verbrechen der US-Imperialisten wurde vor kurzem aufgedeckt. Im Zusammenhang mit dem Bau der ersten Atombombe in der Welt, der Hunderttausende Menschen auf grausame Weise zum Opfer fielen, ist in den USA 18 Menschen, darunter sogar Kindern von 4 Jahren, radioaktives Plutonium injiziert worden, wie die Behörde für Energieforschung und -entwicklung (ERDA) bestätigte.

Diese Versuche fanden in den Jahren 1945-47 statt, sie waren streng geheim und gehörten zum „Projekt Manhattan", das war der Codename für die Atombombe. Der Zweck war angeblich, genaue Informationen für die Sicherheit der Beschäftigten zu erhalten, die bei der Herstellung von Atombomben mit Plutonium in Berührung kamen.

Die US-Imperialisten suchten sich Menschen verschiedenen Alters aus, die angeblich als unheilbar krank galten, was diese faschistischen Taten wohl noch rechtfertigen soll. Tatsache aber ist, daß drei der achtzehn die Injektion überlebt haben und heute sogar noch leben. Die meisten der achtzehn Menschen wußten von diesem Vorhaben der US-Imperialisten überhaupt nichts, die Injektion wurde ihnen heimlich gegeben, sie betrug zwischen der doppelten bis zur 145fachen Menge des Plutoniums, das ausreicht, nach Aussagen von Wissenschaftlern, Krebs und andere gefährliche Schäden hervorzurufen. Die meisten starben auch einige Zeit nach der Injektion.

Diese Verbrechen der US-Imperialisten stehen denen der Hitlerfaschisten, die lebende Menschen als Versuchsobjekte in den Konzentrationslagern quälten, in nichts nach. Diese Verbrechen zeigen das brutale, faschistische Wesen des Imperialismus, und dieses Wesen des US-Imperialismus hat sich auch bis heute nicht geändert. Wir können uns noch gut an die Atombombendrohung von Schlesinger im letzten Jahr erinnern, die von Leber sofort unterstützt wurde. Der Imperialismus ändert sein Wesen nie, er muß gestürzt und zerschlagen werden.

US-Kampfpanzer rast durch Böblingen



Das nebenstehende Photo zeigt eines von drei Fahrzeugen, die in der letzten Woche von einem US-Panzer zertrümmert wurden, der durch Böblingen in Richtung Stuttgart-Vaihingen raste. Fünf Menschen wurden dabei verletzt, einer von ihnen schwebt in Lebensgefahr. Ein Einzelfall? Erst im vorletzten ROTEN MORGEN berichteten wir über eine 52jährige Frau, die in der Nähe von Bad Kreuznach von einem US-Panzer getötet wurde. Und jeder, der schon einmal bei einem NATO-Manöver miterlebt hat, wie die US-Panzer die Autobahn oder Landstraßen entlangrasen, der weiß, daß die Rücksichtslosigkeit, die bei Fällen wie jetzt in Böblingen, den einzelnen Soldaten zugeschrieben wird, in Wirklichkeit die Rücksichtslosigkeit der aggressiven Armee einer Supermacht ist, die unser Land besetzt hält — als Werkzeug der amerikanischen Imperialisten und als Feind des deutschen Volkes.

Schalke 04 FC-Meineid



Nur Schiebung war sein Leben,
nur dachte er an sich.
Immer nur von andern leben,
daß war seine höchste Pflicht.

Nach langen skandalreichen Spielen verschied plötzlich, für viele aber erwartungsgemäß nach Bielefeld, unser

FC Schalke 04

Genannt FC Meineid

Die Beerdigung ist am Samstag den 21.2.76 in Lichterfeld.
Die Trauerfeier findet im Parkstadion statt, wo auch die Fahnenverbrennung stattfindet.
Der F C Schalke 04 war versehen mit den Gnadenmitteln des DFB durch die Herren Kindermann und Conollas aus der Bundesliga.

In tiefer Trauer
unzählige beschissene Zuschauer

Die Spieler können leider an der Trauerfeier nicht teilnehmen, da sie noch Bestechungsgelder aus der Saison 1971/72 und 1972/73 abholen müssen.

Diese „Spott-Traueranzeige" ist von Hoesch-Kollegen in ihrer Abteilung an das schwarze Brett geheftet worden. Ein Ausdruck der Verachtung und Empörung über den Bundesliga-Bestechungsskandal.

"Narrenfreiheit"?

Gegen zwei Karnevalswagen des Kölner Rosenmontagszuges, die eine Diffamierung und Beleidigung der arbeitslosen Kollegen und ausländischen Arbeiter darstellen, hat ein Kölner Rechtsanwalt mit 130 Mandanten Strafanzeige wegen Volksverhetzung gestellt.

Auch Heinrich Böll sowie verschiedene Verbände und Organisationen haben gegen diese Unverschämtheit protestiert. Der eine Wagen zeigt, wie ein Arbeitsloser mit einer Frau im Bett den Geldbriefträger empfängt, der das Arbeitslosengeld bringt. Der andere Wagen zeigt eine kinderreiche Türkenfamilie, die Kindergeld für die zahlreichen Kinder einstreicht. Zynisch steht an dem Wagen: „Drum rat ich Dir, zieh an den Rhein..."

Vor kurzem fand nun die Verhandlung in dieser Sache statt. Das Ergebnis? Das Strafverfahren wurde eingestellt. Der Staatsanwalt wies zurück, daß es sich hier um eine Beleidigung und Verspottung der Arbeitslosen und der ausländischen Arbeiter handelt. Er bekräftigte vielmehr, daß es ja tatsächlich Fälle, in denen Mißbrauch mit Kindergeld und Arbeitslosenunterstützung getrieben werde, gebe. Eine Unverschämtheit allen Arbeitslosen und ausländischen Arbeitern gegenüber, und das geht sogar soweit, daß die Wagen unter großem Polizeischutz, sogar mit Hunden bewacht, jetzt in einer Fabrikhalle stehen und am Rosenmontag unter Polizeischutz mitgeführt werden, um sie vor dem Zorn der Bevölkerung zu schützen.

Für den Staatsanwalt sind die Probleme der Arbeitslosen und der ausländischen Arbeiter „Begleit- und Randerscheinungen des Wirtschaftslebens". Anders verhält es sich jedoch, wenn diese Herrschaften selbst verspottet werden. So erstattete der Kölner Oberbürgermeister van Nes Ziegler Strafanzeige gegen den anonymen Absender einer Karte, die er in seinem Briefkasten fand, nachdem er in Hagen die „Kette des Goldenen Humors" verliehen bekommen hatte. Auf dieser Karte stand: „En Sau wälz sich em Dreck, un wann se en joldene Halskett hätt."

Abonniert das Zentralorgan der KPD/ML

Verlag
G. Schubert
Postfach 300526
4600 Dortmund 30



Hiermit bestelle ich:

Abonnement ab Nr. ....

○ für 1 Jahr ○ für 1/2 Jahr ○ Probenummer

Name: ....

Straße: ....

Plz/Ort: ....

Unterschrift .... Datum ....

(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben).

Die Zahlung erfolgt:

○ jährlich DM 30,-- ○ halbjährlich DM 15,-- ○ vierteljährlich DM 7,50

Die jeweiligen Gebühren sind im voraus zu überweisen auf das Postscheckkonto Dortmund Nr. 41706—466 oder Bankkonto Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321004—393. Das Abonnement verlängert sich jeweils um 1 bzw. 1/2 Jahr, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird.

Parteibüros der KPD/ML

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der ROTEN GARDE, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen. Über die Parteibüros können auch Literatur aus der VR China, der VR Albanien und Veröffentlichungen des Verlages ROTER MORGEN bezogen werden.

○ Ich möchte besucht werden. Ich bitte um Informationsmaterial ○
(Bitte ankreuzen und an das nächstgelegene Parteibüro einsenden).

Zentrales Büro, Redaktion ROTER MORGEN und Landesverband (LV) NRW: 46 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103. Tel.: 0231 / 43 36 91 und 43 36 92. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15-18, Sa 10-14 Uhr.

PARTEIBÜROS:

LV Wasserkante, Hamburg, Buchladen „Roter Morgen", Stresemannstr. 110. Tel.: 040 / 43 99 137. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Niedersachsen, Hannover, Elisenstr. 20. Tel.: 0511 / 44 51 62. Öffnungszeiten: Di und Do 16.30 bis 19.00, Sa 9-13 Uhr.

LV Südwest, Mannheim, Lortzingstr. 5. Tel.: 0621 / 37 67 44. Öffnungszeiten: Mo-Fr 17.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Bayern, München, Buchläden „Roter Morgen", Isarstr. 10, Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Baden-Württemberg, Stuttgart, Buchladen „Roter Morgen", Haußmannstr. 107. Tel.: 0711 / 432388. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

Sektion Westberlin, Berlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Schererstr. 10. Tel.: 030 / 4652807. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 10-14 Uhr.

Bielefeld, Buchladen „Roter Morgen", Sudbrackstr. 31. Öffnungszeiten: Mo, Do und Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

Bochum, Dorstener Str. 86. Tel.: 0234 / 51 15 37. Öffnungszeiten: Mo-Fr 17.30-19.00, Sa 10-13 Uhr.

Bremen-Walle, Waller Heerstr. 70. Öffnungszeiten: Do und Fr 16.00-19.00, Sa 9-13 Uhr.

Duisburg-Hochfeld, Paulusstr. 36. Öffnungszeiten: Mi und Fr 16.00-18.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

Frankfurt, Buchladen „Roter Morgen", Burgstr. 78

Kiel, „Thälmann-Buchladen", Reeperbahn 13. Tel.: 0431 / 74762. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

Köln-Kalk, Buchforststr. 105 b. Öffnungszeiten: Di und Do 17.00-19.00, Sa 9-13 Uhr.

Lübeck, Buchladen „Roter Morgen", Schlumacherstr. 4. Öffnungszeiten: Mo, Mi und Fr 16.30-18.30 Uhr.

Münster, Buchladen „Roter Morgen", Bremer Platz 16. Tel.: 0251 / 65205. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 11-14 Uhr.

Parteiveranstaltungen

KÖLN
Diskussionsveranstaltung zur Stillegung von „Land&See" am Samstag, den 6. 3. 76 in der Gaststätte Nordeck, Niehler Str./Xantener Str. Es spricht: Roter Betriebsrat von F&G Nordenham

FREIBURG
Gemeinsame Veranstaltung der KPD/ML und der GRF (KPD) zum Thema „Die Partei" im U.Z.H. Lekenerstr. am 6. 3. 76 um 19.30 Uhr.

Filmveranstaltungen der Gesellschaft der Freunde Albaniens:
München IFF im Cinemonde München 40 Leopoldstr. 28 a am Sa., den 6. 3. der Film „Operation Feuer" und am Sonntag, den 7. 3. der Film „Weiße Straße". **Köln:** Helios-Kino Ehrenfeld, Venloer Straße, am Mi. 10. 3. bis So. 14. 3.
Dortmund: Applerbeck, Kino „Postkutsche", Schüruferstr. 350, am Sa. 6. 3. um 15 Uhr „Alte Wunden"